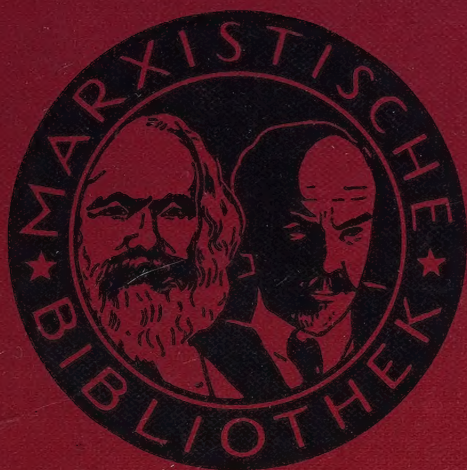



W. I. LENIN



STAAT UND REVOLUTION



Digitized by the Internet Archive
in 2022 with funding from
Kahle/Austin Foundation

MARXISTISCHE BIBLIOTHEK

Werke des Marxismus — Leninismus

Band 19

Einzig autorisierte Ausgabe

W. I. LENIN

STAAT UND REVOLUTION

DIE STAATSTHEORIE DES MARXISMUS
UND DIE AUFGABEN DES PROLETARIATS
IN DER REVOLUTION



VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK
WIEN-BERLIN

Alle Rechte,
insbesondere die
des Nachdrucks, vorbehalten.
Copyright 1929 by VERLAG FÜR LITERATUR
UND POLITIK (Dr. Johannes
Wertheim), Wien VIII
Druck: Peuvag
Leipzig

Vorwort zur ersten russischen Auflage

Die Frage des Staates gewinnt gegenwärtig besondere Bedeutung sowohl in theoretischer wie in praktisch-politischer Beziehung. Der imperialistische Krieg hat den Prozeß der Umwandlung des monopolistischen Kapitalismus in einen staatsmonopolistischen Kapitalismus überaus beschleunigt und verschärft. Die ungeheuerliche Knechtung der arbeitenden Massen durch den Staat, der immer inniger mit den allmächtigen Kapitalistenverbänden verschmilzt, wird immer ungeheuerlicher. Die fortgeschrittenen Länder verwandeln sich — wir sprechen von ihrem „Hinterland“ — in militärische Zuchthäuser für die Arbeiter.

Die unerhörten Greuel und Leiden des sich in die Länge ziehenden Krieges machen die Lage der Massen unerträglich, steigern ihre Empörung. Sichtbar reift die internationale proletarische Revolution heran. Die Frage nach ihrem Verhältnis zum Staat gewinnt praktische Bedeutung.

Die in Jahrzehnten einer verhältnismäßig friedlichen Entwicklung angehäuften Elemente des Opportunismus schufen die in den offiziellen sozialistischen Parteien der ganzen Welt herrschende Strömung des Sozialchauvinismus. Diese Strömung — (Plechanow, Potressow, Breschkowskaja, Rubanowitsch, dann in etwas versteckter Form die Herren Zeretelli, Tschernow und Co. in Rußland; Scheidemann, Legien, David usw. in Deutschland; Renaudel, Guesde, Vandervelde in Frankreich und Belgien; Hyndman und die Fabier in England usw. usw.) — Sozialismus in Worten, Chauvinismus in Taten — ist gekennzeichnet durch die niederträchtige, lakaienhafte Anpassung der „Führer“ des „Sozialismus“ an die Interessen nicht nur „ihrer“ nationalen Bourgeoisie, sondern gerade auch „ihres“ Staates, denn die meisten sogenannten Großmächte beuten seit langem eine ganze Reihe kleiner und schwacher Völkerschaften aus und unterjochen sie. Der imperialistische Krieg ist ja gerade ein

Krieg um die Aufteilung und Neuverteilung dieser Art von Beute. Der Kampf um die Loslösung der werktätigen Massen von dem Einfluß der Bourgeoisie im allgemeinen und der imperialistischen Bourgeoisie im besonderen ist ohne den Kampf gegen die opportunistischen Vorurteile über den „Staat“ unmöglich.

Wir unterziehen zunächst die Staatslehre von Marx und Engels einer Betrachtung, wobei wir uns besonders eingehend mit den in Vergessenheit geratenen oder opportunistisch verzerrten Seiten dieser Lehre beschäftigen. Wir werden uns dann besonders mit dem Hauptvertreter dieser Entstellungen, mit Karl Kautsky, befassen, dem bekanntesten Führer der II. Internationale (1889—1914), die in diesem Kriege einen so jämmerlichen Zusammenbruch erlitten hat. Endlich werden wir das Hauptfazit der Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und besonders von 1917 ziehen. Diese letztere schließt anscheinend gegenwärtig (Anfang August 1917) die erste Phase ihrer Entwicklung ab, diese ganze Revolution kann jedoch überhaupt nur verstanden werden als ein Glied in der Kette der sozialistischen proletarischen Revolutionen, die durch den imperialistischen Krieg hervorgerufen werden. Die Frage des Verhältnisses der sozialistischen Revolution des Proletariats zum Staat gewinnt somit nicht nur eine praktisch-politische, sondern eine höchst aktuelle Bedeutung, als Frage, wie man den Massen klarmachen soll, was sie zu ihrer Befreiung vom Joche des Kapitals in der nächsten Zukunft zu tun haben werden.

August 1917.

Der Verfasser.

Vorwort zur zweiten russischen Auflage

Die vorliegende zweite Auflage erscheint fast ohne Aenderungen. Nur der Paragraph 3 des Kapitels II ist hinzugefügt worden.

Moskau, den 30. (17.) Dezember 1918.

Der Verfasser.

Erstes Kapitel

Klassengesellschaft und Staat

1. Der Staat — ein Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze

Mit der Lehre von Marx geschieht jetzt dasselbe, was wiederholt in der Geschichte mit den Lehren revolutionärer Denker und Führer geknechteter Klassen in ihrem Befreiungskampfe geschah. Die unterdrückenden Klassen hatten für die großen Revolutionäre, solange sie am Leben waren, nur ständige Verfolgungen übrig, sie begegneten ihrer Lehre mit dem wildesten Ingrim, dem wütendsten Haß, dem zügellosesten Lügen- und Verleumdungsfeldzug. Nach ihrem Tode versucht man, sie zu harmlosen Heiligenbildern zu machen, sie sozusagen zu kanonisieren, ihrem Namen einen gewissen Ruhm einzuräumen zum „Trost“ und zur Nasführung der unterdrückten Klassen, indem man den Inhalt der revolutionären Lehre kastriert, ihr die revolutionäre Spitze abbricht, sie verflacht. Bei einer solchen „Bearbeitung“ des Marxismus finden sich jetzt die Bourgeoisie und die Opportunisten innerhalb der Arbeiterbewegung zusammen. Man vergißt, verwischt, entstellt die revolutionäre Seite der Lehre, ihre revolutionäre Seele. Man schiebt in den Vordergrund, man rühmt das, was für die Bourgeoisie annehmbar ist oder ihr annehmbar erscheint. Alle Sozialpatrioten sind heutzutage „Marxisten“ — Spaß beiseite! Und immer häufiger sprechen deutsche bürgerliche Gelehrte, deren Spezialität gestern noch die Ausrottung des Marxismus war, von dem „nationaldeutschen“ Marx, der die so glänzend organisierten Arbeiterverbände zur Führung des räuberischen Krieges erzogen haben soll.

Bei einer solchen Sachlage, angesichts der unerhörten Verbreitung, die die Entstellungen des Marxismus gefunden haben, besteht unsere Aufgabe in erster Linie in der Wiederher-

stellung der wahren Marxschen Lehre vom Staat. Dazu ist es nötig, eine ganze Reihe langer Zitate aus den eigenen Werken von Marx und Engels anzuführen. Natürlich werden die langen Zitate die Darstellung schwerfällig machen und ihrer Popularisierung keineswegs förderlich sein. Es ist aber ganz unmöglich, ohne sie auszukommen. Alle, oder zum mindesten alle entscheidenden Stellen aus den Werken von Marx und Engels über die Frage des Staates müssen unbedingt möglichst vollständig angeführt werden, damit der Leser sich ein selbständiges Urteil bilden kann über die Gesamtheit der Ansichten der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und über die Entwicklung dieser Ansichten, dann aber auch, um deren Verballhornung durch das heute herrschende „Kautskyanertum“ dokumentarisch nachzuweisen und anschaulich zu demonstrieren.

Wir beginnen mit dem verbreitetsten Werke von Fr. Engels: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, das 1894 in Stuttgart bereits in sechster Auflage erschienen ist*.

„Der Staat — sagt Engels bei der Zusammenfassung seiner geschichtlichen Analyse — ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht; ebensowenig ist er ‚die Wirklichkeit der sittlichen Idee‘, ‚das Bild und die Wirklichkeit der Vernunft‘, wie Hegel behauptet. Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der ‚Ordnung‘ halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.“ (S. 177 u. 178 der sechsten deutschen Auflage.)

Hier ist mit voller Klarheit der Grundgedanke des Marxismus über die historische Rolle und die Bedeutung des Staates zum Ausdruck gebracht. Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze. Der Staat entsteht dort, dann und insofern, wo, wann

* Im russischen Original heißt es hier noch: „Wir werden die Zitate aus den deutschen Originalen übersetzen müssen, da die russischen Uebersetzungen, so zahlreich sie sind, größtenteils entweder unvollständig oder äußerst unzulänglich sind.“ Die Red.

und inwiefern die Klassengegensätze objektiv nicht versöhnt werden können. Und umgekehrt: das Bestehen des Staates beweist, daß die Klassengegensätze unversöhnlich sind.

Gerade in diesem wichtigsten und grundlegenden Punkte beginnt die Verfälschung des Marxismus, die in zwei Hauptrichtungen erfolgt.

Auf der einen Seite „verbessern“ die bürgerlichen und besonders die kleinbürgerlichen Ideologen, die unter dem Drucke unbestreitbarer historischer Tatsachen zugeben müssen, daß der Staat nur dort vorhanden ist, wo es Klassengegensätze und Klassenkampf gibt, Marx in der Weise, daß der Staat als Organ der Klassenversöhnung erscheint. Nach Marx hätte der Staat weder entstehen noch sich halten können, wenn eine Versöhnung der Klassen möglich wäre. Bei den kleinbürgerlichen und philiströsen Professoren und Publizisten dient — unter ständigen wohlwollenden Hinweisen auf Marx! — der Staat gerade zur Versöhnung der Klassen. Nach Marx ist der Staat ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ der Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, er ist eine Schöpfung der „Ordnung“, die diese Unterdrückung zum Gesetz erhebt und festigt, indem er den Konflikt der Klassen dämpft. Nach Ansicht der kleinbürgerlichen Politiker ist die Ordnung gerade die Versöhnung der Klassen und nicht die Unterdrückung der einen Klasse durch die andere; den Konflikt dämpfen heiße versöhnen und nicht den geknechteten Klassen bestimmte Kampfmittel und -methoden zum Sturz der Unterdrücker entziehen.

Alle Sozialrevolutionäre (S.-R.) und Menschewiki zum Beispiel sind während der Revolution von 1917, als sich gerade die Frage nach der Bedeutung und der Rolle des Staates in ihrer vollen Größe als Frage der sofortigen Aktion, und zwar der Massenaktion praktisch erhob — sie alle sind mit einem Schlag und gänzlich zur kleinbürgerlichen Theorie der „Versöhnung“ der Klassen durch den „Staat“ hinabgerutscht. Die zahllosen Resolutionen und Artikel der Politiker dieser beiden Parteien sind durch und durch von dieser kleinbürgerlichen und philiströsen „Versöhnungstheorie“ durchdrungen. Daß der Staat das Herrschaftsorgan einer bestimmten Klasse ist, die mit ihrem Antipoden (der ihr entgegengesetzten Klasse) nicht versöhnt wer-

den kann, das vermag die kleinbürgerliche Demokratie nie zu begreifen. Im Verhältnis zum Staat tritt am anschaulichsten zutage, daß unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki gar keine Sozialisten sind (was wir Bolschewiki immer schon zu beweisen suchten), sondern kleinbürgerliche Demokraten mit einer quasi-sozialistischen Phraseologie.

Auf der anderen Seite ist die „kautskyanische“ Entstellung des Marxismus viel feiner. „Theoretisch“ wird weder in Abrede gestellt, daß der Staat ein Organ der Klassenherrschaft ist, noch, daß die Klassengegensätze unversöhnlich sind. Folgendes wird aber außer acht gelassen oder vertuscht: wenn der Staat das Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze ist, wenn er eine über der Gesellschaft stehende, „sich ihr mehr und mehr entfremdende“ Macht ist, so ist offensichtlich, daß die Befreiung der geknechteten Klasse nicht nur ohne gewaltsame Revolution, sondern auch ohne Vernichtung jenes Apparates der Staatsgewalt, den die herrschende Klasse geschaffen hat und in dem sich diese „Entfremdung“ verkörpert, nicht möglich ist. Diese theoretisch von selbst einleuchtende Folgerung hat Marx, wie wir weiter unten sehen werden, mit der größten Bestimmtheit auf Grund einer konkreten historischen Analyse der Aufgaben der Revolution gezogen. Und gerade diese Folgerung hat Kautsky, wir werden das ausführlich in unseren weiteren Darlegungen nachweisen, „vergessen“ und verfälscht.

2. Besondere Formationen bewaffneter Menschen, Gefängnisse usw.

„Gegenüber der alten Gentilorganisation — fährt Engels fort — kennzeichnet sich der Staat erstens durch die Einteilung der Staatsangehörigen nach dem Gebiet...“

Uns kommt diese Einteilung „natürlich“ vor, sie hat aber einen langwierigen Kampf gegen die alte Organisation nach Geschlechtern oder Stämmen erfordert.

...Das zweite ist die Einrichtung einer öffentlichen Gewalt, welche nicht mehr unmittelbar zusammenfällt mit der sich selbst als bewaff-

nete Macht organisierenden Bevölkerung. Diese besondere, öffentliche Gewalt ist nötig, weil eine selbsttätige bewaffnete Organisation der Bevölkerung unmöglich geworden seit der Spaltung in Klassen... Diese öffentliche Gewalt existiert in jedem Staat; sie besteht nicht bloß aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus sachlichen Anhängeln, Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art, von denen die Gentilgesellschaft nichts wußte..." (S. 178 u. 179.)

Engels entwickelt den Begriff jener „Gewalt“, die man als Staat bezeichnet, der Macht, die aus der Gesellschaft hervorgegangen ist, sich aber über sie stellt und sich ihr mehr und mehr entfremdet. Worin besteht hauptsächlich diese Macht? In besonderen Formationen bewaffneter Menschen, die Gefängnisse usw. zu ihrer Verfügung haben.

Wir sind berechtigt, von besonderen Formationen bewaffneter Menschen zu sprechen, weil die jedem Staate eigentümliche öffentliche Gewalt „nicht mehr unmittelbar zusammenfällt“ mit der bewaffneten Bevölkerung, mit ihrer „selbsttätigen bewaffneten Organisation“.

Wie alle großen revolutionären Denker, sucht Engels die Aufmerksamkeit der klassenbewußten Arbeiter gerade auf das zu lenken, was dem tonangebenden Spießertum am wenigsten beachtenswert erscheint, am gewohntesten und nicht nur durch fest eingewurzelte, sondern man kann sagen durch versteinerte Vorurteile geheiligt ist. Das stehende Heer und die Polizei sind die Hauptwaffen der Staatsgewalt, aber — kann denn das anders sein?

Vom Standpunkt der ungeheuren Mehrheit der Europäer am Ausgang des 19. Jahrhunderts, an die sich Engels wandte, und die keine einzige große Revolution selbst miterlebt oder aus der Nähe beobachtet hatten, kann das nicht anders sein. Für sie ist es völlig unverständlich, was eine „selbsttätige bewaffnete Organisation der Bevölkerung“ ist. Auf die Frage, warum besondere, über die Gesellschaft gestellte und sich ihr entfremdende Formationen bewaffneter Menschen (Polizei, stehendes Heer) nötig geworden seien, ist der westeuropäische und russische Philister geneigt, mit ein paar bei Spencer oder Michailowski entlehnten Phrasen, mit dem Hinweis auf die Komplizierung des öffentlichen Lebens, die Differenzierung der Funktionen u. dgl. zu antworten.

Ein solcher Hinweis erscheint „wissenschaftlich“ und

schläfert den Spieß sehr gut ein, indem er das Wichtigste und Grundlegende vertuscht: die Spaltung der Gesellschaft in einander unversöhnlich feindliche Klassen.

Wäre diese Spaltung nicht vorhanden, so würde die „selbsttätige bewaffnete Organisation der Bevölkerung“ sich durch ihre Kompliziertheit, die Höhe ihrer Technik usw. von der primitiven Organisation einer Herde Affen, die zu Stöcken greifen, oder der Urmenschen oder der Gentilgesellschaft unterscheiden, aber eine solche Organisation wäre möglich.

Sie ist deshalb unmöglich, weil die zivilisierte Gesellschaft in feindliche, und noch dazu in unversöhnlich feindliche Klassen gespalten ist, deren „selbsttätige“ Bewaffnung zu einem bewaffneten Kampf unter ihnen führen würde. Es bildet sich der Staat, es wird eine besondere Macht geschaffen, besondere Formationen bewaffneter Menschen entstehen, und jede Revolution, die den Staatsapparat zerstört, zeigt uns deutlich, wie die herrschende Klasse bestrebt ist, die ihr dienenden besonderen Formationen bewaffneter Menschen zu erneuern, und wie die unterdrückte Klasse danach trachtet, eine neue Organisation dieser Art zu schaffen, die fähig ist, nicht den Ausbeutern, sondern den Ausgebeuteten zu dienen.

Engels stellt in der angeführten Betrachtung theoretisch die gleiche Frage, die uns jede große Revolution praktisch, anschaulich und dabei im Maßstabe einer Massenaktion stellt, nämlich die Frage nach dem Wechselverhältnis zwischen den „besonderen“ Formationen bewaffneter Menschen und der „selbsttätigen bewaffneten Organisation der Bevölkerung“. Wir werden sehen, welche konkrete Illustration zu dieser Frage die Erfahrungen der europäischen und der russischen Revolutionen geliefert haben.

Doch kehren wir zur Darstellung von Engels zurück.

Er weist darauf hin, daß mitunter, beispielsweise hie und da in Nordamerika, diese öffentliche Macht schwach ist (es handelt sich um eine für die kapitalistische Gesellschaft seltene Ausnahme und um jene Teile Nordamerikas in der vorimperialistischen Periode, wo der freie Kolonist vorherrschte), daß sie aber, allgemein gesprochen, sich verstärkt:

„Sie (die öffentliche Macht) verstärkt sich aber in dem Maße, wie die Klassengegensätze innerhalb des Staates sich verschärfen, und wie die ein-

ander begrenzenden Staaten größer und volkreicher werden — man sehe nur unser heutiges Europa an, wo Klassenkampf und Eroberungskonkurrenz die öffentliche Macht auf eine Höhe emporgeschraubt haben, auf der sie die ganze Gesellschaft und selbst den Staat zu verschlingen droht.“

Dies wurde nicht später als Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts geschrieben. Das letzte Vorwort von Engels ist vom 16. Juni 1891 datiert. Damals hatte die Entwicklung zum Imperialismus — sowohl im Sinne der völligen Herrschaft der Trusts als auch im Sinne der Allmacht der Großbanken, wie im Sinne einer grandiosen Kolonialpolitik usw. — in Frankreich gerade erst begonnen, noch schwächer war sie in Nordamerika und Deutschland. Seitdem hat die „Eroberungskonkurrenz“ gigantische Fortschritte gemacht, um so mehr, als zu Beginn des zweiten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts der Erdball endgültig unter die „konkurrierenden Eroberer“, d. h. die großen Räuberstaaten, aufgeteilt war. Die Rüstungen zu Wasser und zu Lande sind seitdem ungeheuer gewachsen und der Raubkrieg 1914—1917 um die Beherrschung der Welt durch England oder Deutschland, um die Aufteilung der Beute, hat das „Verschlingen“ aller Gesellschaftskräfte durch die räuberische Staatsmacht zur völligen Katastrophe getrieben.

Engels wußte bereits 1891 auf die „Eroberungskonkurrenz“ als auf eines der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale der Außenpolitik der Großmächte hinzuweisen, während die Lumpen des Sozialchauvinismus in den Jahren 1914—1917, als gerade diese um ein Vielfaches verschärfte Konkurrenz den imperialistischen Krieg hervorrief, die Verteidigung der Raubinteressen „ihrer“ Bourgeoisie mit Phrasen über „Verteidigung des Vaterlandes“, über „Schutz der Republik und der Revolution“ usw. verschleiern!

3. Der Staat — ein Werkzeug zur Ausbeutung der unterdrückten Klasse

Zur Aufrechterhaltung einer besonderen, über der Gesellschaft stehenden öffentlichen Macht sind Steuern und Staatsschulden nötig.

„Im Besitz der öffentlichen Gewalt und des Rechts der Steuereintreibung — schreibt Engels — stehen die Beamten nun da als Organe der Gesellschaft über der Gesellschaft. Die freie, willige Achtung, die den Organen der Gentilverfassung gezollt wurde, genügt ihnen nicht, selbst wenn sie sie haben könnten“ ...

Es werden Ausnahmegesetze geschaffen über die Heiligkeit und Unverletzlichkeit der Beamten.

„Der lumpigste Polizeidiener ... hat mehr ‚Autorität‘ als alle Organe der Gentilgesellschaft zusammengenommen; aber der mächtigste Fürst und der größte Staatsmann oder Feldherr der Zivilisation kann den geringsten Gentilvorsteher beneiden um die unerzwungene und unbestrittene Achtung, die ihm gezollt wird.“

Hier ist die Frage der privilegierten Stellung der Beamten als Organe der Staatsgewalt gestellt. Das Grundlegende ist: was stellt sie über die Gesellschaft? Wir werden sehen, wie diese theoretische Frage 1871 von der Pariser Kommune praktisch gelöst und 1912 von Kautsky reaktionär vertuscht wurde.

„Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten; da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelt seiner auch politisch herrschende Klasse wird, und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse...“

Nicht nur der antike und der Feudalstaat waren Organe der Ausbeutung der Sklaven und Leibeigenen, sondern auch

„der moderne Repräsentativstaat ist Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital. Ausnahmsweise indes kommen Perioden vor, wo die kämpfenden Klassen einander so nahe das Gleichgewicht halten, daß die Staatsgewalt als scheinbare Vermittlerin momentan eine gewisse Selbständigkeit gegenüber beiden erhält...“

So die absolute Monarchie des 17. und 18. Jahrhunderts, so der Bonapartismus des ersten und des zweiten Kaiserreiches in Frankreich, so Bismarck in Deutschland. Und so — fügen wir hinzu — die Regierung Kerenskis im republikanischen Rußland nach dem Uebergang zur Verfolgung des revolutionären Proletariats, in einem Moment, wo die Räte dank der Führung durch die kleinbürgerlichen Demokraten schon machtlos sind und die Bourgeoisie noch nicht genügend stark ist, sie einfach auseinanderzulegen.

In der demokratischen Republik, fährt Engels fort, „übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus“, und zwar erstens durch „direkte Beamtenkorruption“ (Amerika)

und zweitens durch die „Allianz von Regierung und Börse“ (Frankreich und Amerika).

Heute haben der Imperialismus und die Herrschaft der Banken diese beiden Methoden, die Allmacht des Reichtums in jeder beliebigen Republik zu verteidigen und zu verwirklichen, zu einer außergewöhnlichen Kunst „entwickelt“. Wenn beispielsweise schon in den ersten Monaten der demokratischen Republik in Rußland, sozusagen im Honigmond der jungen Ehe der „Sozialisten“, der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, mit der Bourgeoisie, Herr Paltschinski in der Koalitionsregierung alle Maßnahmen zur Zügelung der Kapitalisten und ihrer Raubzüge, ihrer Ausraubung des Staatssäckels bei Heereslieferungen, sabotierte, wenn dann der vom Ministerium zurückgetretene Herr Paltschinski (der natürlich durch einen anderen, genau ebensolchen Paltschinski ersetzt wurde) von den Kapitalisten mit einem Pöstchen und einem Gehalt von 120 000 Rubel jährlich „belohnt“ wurde — wie nennt man das? Direkte Bestechung oder indirekte? Allianz der Regierung mit den Syndikaten oder „nur“ freundschaftliche Beziehungen? Welche Rolle spielen die Tschernow und Zeretelli, Awksentjew und Skobelew? Sind sie „direkte“ Verbündete der Millionäre, die den Staat bestehlen, oder bloß indirekte?

Die Allmacht des „Reichtums“ ist in der demokratischen Republik deshalb sicherer, weil diese Allmacht nicht von einer schlechten politischen Hülle des Kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es (durch die Paltschinski, Tschernow, Zeretelli und Co.) von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß kein Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien in der bürgerlichen demokratischen Republik diese Macht erschüttert.

Es sei noch hervorgehoben, daß Engels mit der größten Bestimmtheit das allgemeine Stimmrecht als Werkzeug der Herrschaft der Bourgeoisie bezeichnet. Das allgemeine Stimmrecht, sagt er, unter offensichtlicher Berücksichtigung der langjährigen Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie, ist „der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat“.

Die kleinbürgerlichen Demokraten vom Schlage unserer Sozialrevolutionäre und Menschewiki sowie ihre leiblichen Brüder, alle Sozialchauvinisten und Opportunisten Westeuropas, erwarten vom allgemeinen Wahlrecht gerade „mehr“. Sie teilen selbst die falsche Auffassung und suggerieren sie dem Volke, das allgemeine Wahlrecht sei „im heutigen Staat“ imstande, den Willen der Mehrheit der werktätigen Bevölkerung wirklich zum Ausdruck zu bringen und seine Durchführung zu sichern.

Wir können hier diese falsche Auffassung nur feststellen, nur darauf hinweisen, daß die vollkommen klare, genaue, konkrete Engelssche Erklärung in der Propaganda und Agitation der „offiziellen“ (d. h. opportunistischen) sozialistischen Parteien auf Schritt und Tritt entstellt wird. Eine ausführliche Klarlegung der ganzen Falschheit jener Auffassung, die Engels hier verwirft, erfolgt in unseren weiteren Darlegungen der Ansichten von Marx und Engels über den „heutigen“ Staat.

Engels faßt seine Ansichten in seinem populärsten Werk in folgenden Worten zusammen:

„Der Staat ist also nicht von Ewigkeit her. Es hat Gesellschaften gegeben, die ohne ihn fertig wurden, die von Staat und Staatsgewalt keine Ahnung hatten. Auf einer bestimmten Stufe der ökonomischen Entwicklung, die mit Spaltung der Gesellschaft in Klassen notwendig verbunden war, wurde durch diese Spaltung der Staat eine Notwendigkeit. Wir nähern uns jetzt mit raschen Schritten einer Entwicklungsstufe der Produktion, auf der das Dasein dieser Klassen nicht nur aufgehört hat, eine Notwendigkeit zu sein, sondern ein positives Hindernis der Produktion wird. Sie werden fallen, ebenso unvermeidlich, wie sie früher entstanden sind. Mit ihnen fällt unvermeidlich der Staat. Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt.“

Nicht oft trifft man dieses Zitat in der Propaganda- und Agitationsliteratur der heutigen Sozialdemokratie. Aber selbst dann, wenn man diesem Zitat begegnet, bedeutet es in der Regel nur eine Art Verbeugung, wie vor einem Heiligenbild, d. h. es ist eine offizielle Bekundung der Ehrerbietung vor Engels, ohne jeden Versuch, zu erfassen, welchen gewaltigen Schwung der Revolution diese „Versetzung der ganzen Staatsmaschine ins Museum der Altertümer“ voraussetzt. Man findet meistens nicht einmal Verständnis für das, was Engels als Staatsmaschine bezeichnet.

4. Das „Absterben“ des Staates und die gewaltsame Revolution

Die Engelsschen Worte über das „Absterben“ des Staates sind so bekannt, sie werden so oft zitiert, zeigen so ausgeprägt, worin der Witz der landläufigen Verfälschung des Marxismus zum Opportunismus besteht, daß es notwendig ist, sich eingehend mit ihnen zu befassen. Wir zitieren den ganzen Passus, dem sie entnommen sind:

„Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat. Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, das heißt eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußeren Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit). Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft, aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat: im Altertum Staat der sklavenhaltenden Staatsbürger, im Mittelalter des Feudaladels, in unserer Zeit der Bourgeoisie. Indem er endlich tatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig. Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren, das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat, nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt — die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft — ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht ‚abgeschafft‘, er stirbt ab. Hieran ist die Phrase vom ‚freien Volksstaat‘ zu messen, also sowohl nach ihrer zeitweiligen agitatorischen Berechtigung, wie nach ihrer endgültigen wissenschaftlichen Unzulänglichkeit; hieran ebenfalls die Forderung der sogenannten Anarchisten, der Staat solle von heute auf morgen abgeschafft werden.“ („Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, dritte Auflage, S. 301—303.)

Man kann, ohne Gefahr einen Irrtum zu begehen, sagen,

daß von dieser überaus gedankenreichen Engelsschen Betrachtung nur das wirkliches Gemeingut des sozialistischen Denkens in den modernen sozialistischen Parteien geworden ist, daß der Staat nach Marx „abstirbt“ im Gegensatz zur anarchistischen Lehre von der „Abschaffung“ des Staates. Den Marxismus so zurechtstutzen, heißt ihn auf Opportunismus reduzieren, denn bei einer solchen „Auslegung“ bleibt nur noch die dunkle Vorstellung von einer langsamen, gleichmäßigen, allmählichen Veränderung übrig, ohne Sprünge und Stürme, ohne Revolution. Das „Absterben“ des Staates im landläufigen, allgemein verbreiteten Sinne, im Massensinne, wenn man so sagen darf, bedeutet zweifellos eine Vertuschung, wenn nicht gar eine Verneinung der Revolution.

Indessen ist eine solche „Auslegung“ die gröbste, nur für die Bourgeoisie vorteilhafte Entstellung des Marxismus, die theoretisch auf der Außerachtlassung der wichtigsten Umstände und Erwägungen beruht, auf die sogar in der nämlichen, von uns vollständig zitierten, zusammenfassenden Betrachtung von Engels hingewiesen wird.

Erstens. Ganz zu Anfang dieser Betrachtung sagt Engels, daß das Proletariat, das die Staatsgewalt ergreift, „damit den Staat als Staat aufhebt“. Was das bedeutet, darüber nachzudenken, ist „nicht üblich“. Gewöhnlich wird es entweder völlig ignoriert oder als eine Art „hegelianische Schwäche“ von Engels angesehen. In Wirklichkeit ist in diesen Worten die Erfahrung einer der größten proletarischen Revolutionen, die Erfahrung der Pariser Kommune von 1871, kurz ausgedrückt, worüber an anderer Stelle ausführlicher gesprochen werden soll. In der Tat spricht Engels hier von einer „Aufhebung“ des bürgerlichen Staates durch die Revolution des Proletariats, die Worte vom Absterben aber beziehen sich auf die Ueberreste des proletarischen Staatswesens nach der sozialistischen Revolution. Der bürgerliche Staat „stirbt“ nach Engels nicht „ab“, sondern er wird vom Proletariat in der Revolution „aufgehoben“. Es stirbt nach dieser Revolution der proletarische Staat oder Halbstaat ab.

Zweitens. Der Staat ist „eine besondere Repressionsgewalt“. Engels gibt diese glänzende und in höchstem Maße tiefe Definition hier in vollkommener Klarheit. Aus ihr folgt aber, daß

die „besondere Repressionsgewalt“ der Bourgeoisie zur Unterdrückung des Proletariats, der Millionen Werktätiger durch eine Handvoll reicher Leute, ersetzt werden muß durch eine „besondere Repressionsgewalt“ des Proletariats zur Unterdrückung der Bourgeoisie (Diktatur des Proletariats). Hierin besteht eben die „Aufhebung“ des Staates als Staat. Hierin besteht eben der „Akt“ der „Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft“. Und es ist ohne weiteres klar, daß eine solche Ablösung der einen (bürgerlichen) „besonderen Repressionsgewalt“ durch eine andere (proletarische) „besondere Repressionsgewalt“ unter keinen Umständen auf dem Wege des „Absterbens“ erfolgen kann.

Drittens. Vom „Absterben“ und — sogar noch plastischer und farbiger — vom „Einschlafen“ spricht Engels ganz klar und bestimmt in bezug auf die Epoche nach der „Besitzergreifung der Produktionsmittel (durch den Staat) im Namen der Gesellschaft“, d. h. nach der sozialistischen Revolution. Wir alle wissen, daß die politische Form des „Staates“ in dieser Zeit die vollkommenste Demokratie ist. Aber keinem der Opportunisten, die den Marxismus schamlos entstellen, kommt es in den Sinn, daß es sich hier also bei Engels um das „Einschlafen“ und „Absterben“ der Demokratie handelt. Das erscheint auf den ersten Blick sehr sonderbar. Aber „unverständlich“ bleibt das nur dem, der nicht überlegt hat, daß die Demokratie auch ein Staat ist, und daß somit auch die Demokratie verschwinden wird, sobald der Staat verschwunden sein wird. Den bürgerlichen Staat kann nur die Revolution „aufheben“. Der Staat überhaupt, d. h. die vollkommenste Demokratie, kann nur „absterben“.

Viertens. Nachdem Engels seine berühmte These: „Der Staat stirbt ab“ aufgestellt hat, erläutert er sofort konkret, daß diese These sich sowohl gegen die Opportunisten als auch gegen die Anarchisten richtet. Hierbei steht bei Engels an erster Stelle diejenige Folgerung aus der These vom „Absterben des Staates“, die gegen die Opportunisten gerichtet ist.

Man kann wetten, daß von 10 000 Menschen, die vom „Absterben“ des Staates gelesen oder gehört haben, 9990 überhaupt nicht wissen oder sich nicht entsinnen, daß Engels seine Schlußfolgerungen aus dieser These nicht nur gegen die Anar-

chisten gerichtet hat. Und von den übrigen zehn Personen wissen neun bestimmt nicht, was ein „freier Volksstaat“ ist und warum in dem Angriff auf diese Losung ein Angriff auf die Opportunisten enthalten ist. So wird Geschichte geschrieben! So wird die große revolutionäre Lehre unmerklich dem herrschenden Pfahlbürgertum angepaßt. Die Folgerung gegen die Anarchisten wurde tausende Male wiederholt, verflacht, möglichst versimpelt in die Köpfe eingehämmert und gewann die Festigkeit eines Vorurteils. Die Schlußfolgerung gegen die Opportunisten wurde aber vertuscht und „vergessen“!

Der „freie Volksstaat“ war eine programmatische Forderung und landläufige Losung der deutschen Sozialdemokratie der siebziger Jahre. Irgendeinen politischen Inhalt, außer einer kleinbürgerlich schwülstigen Umschreibung des Begriffs Demokratie hat diese Losung nicht. Soweit in ihr legal die demokratische Republik angedeutet wurde, war Engels bereit, „zeitweilig“ die „Berechtigung“ dieser Losung aus agitatorischen Gründen gelten zu lassen. Diese Losung war aber opportunistisch, denn sie brachte nicht nur eine Beschönigung der bürgerlichen Demokratie, sondern auch die Verkennung der sozialistischen Kritik jedweden Staates überhaupt zum Ausdruck. Wir sind für die demokratische Republik als die für das Proletariat unter dem Kapitalismus beste Staatsform, aber wir dürfen nicht vergessen, daß auch in der allerdemokratischsten bürgerlichen Republik Lohnsklaverei das Los des Volkes ist. Ferner: Jeder Staat ist „eine besondere Repressionsgewalt“ gegen die unterdrückte Klasse. Daher ist jeder Staat unfrei und kein Volksstaat. Marx und Engels haben das in den siebziger Jahren wiederholt ihren Parteigenossen auseinandergesetzt.

Fünftens. In dem gleichen Werke von Engels, auf dessen Betrachtung über das Absterben des Staates sich alle besinnen, finden sich Ausführungen über die Bedeutung der gewaltsamen Revolution. Die geschichtliche Bewertung ihrer Rolle verwandelt sich bei Engels in einen wahren Lobgesang auf die gewaltsame Revolution. Darauf „besinnt sich niemand“; über die Bedeutung dieses Gedankens zu sprechen, ja sogar bloß nachzudenken, ist in den heutigen sozialistischen Parteien nicht üblich, in der täglichen Propaganda und Agitation unter den Massen spielen diese Gedanken keine Rolle. Indes sind sie mit dem „Absterben“

des Staates zu einem harmonischen Ganzen untrennbar verbunden.

Hier diese Ausführungen von Engels:

„... Daß die Gewalt aber noch eine andere Rolle (als die einer Teufelsmacht) in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, daß sie, in Marx' Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht, daß sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbene, politische Formen zerbricht — davon kein Wort bei Herrn Dühring. Nur unter Seufzen und Stöhnen, gibt er die Möglichkeit zu, daß zum Sturz der Ausbeutungswirtschaft vielleicht Gewalt nötig sein werde — leider! denn jede Gewaltanwendung demoralisiere den, der sie anwendet. Und das angesichts des hohen moralischen und geistigen Aufschwungs, der die Folge jeder siegreichen Revolution war! Und das in Deutschland, wo ein gewaltsamer Zusammenstoß, der dem Volk ja aufgenötigt werden kann, wenigstens den Vorteil hätte, die aus der Erniedrigung des dreißigjährigen Krieges in das nationale Bewußtsein gedrungene Bedientenhaftigkeit auszutilgen. Und diese matte, saft- und kraftlose Predigerdenkweise macht den Anspruch, sich der revolutionärsten Partei aufzudrängen, die die Geschichte kennt?“ (S. 193, dritte Auflage, Schluß des 4. Kapitels des 2. Abschnitts.)

Wie kann man diesen Lobgesang auf die gewaltsame Revolution, den Engels hartnäckig von 1878—1894, d. h. bis zu seinem Tode, den deutschen Sozialdemokraten präsentiert, mit der Theorie vom „Absterben“ des Staates in einer Lehre vereinen?

Gewöhnlich vereint man beides mit Hilfe des Eklektizismus, indem man gedankenlos oder sophistisch willkürlich (oder um den Machthabern zu gefallen) bald die eine, bald die andere Betrachtung herausgreift, wobei in 99 von 100 Fällen, wenn nicht noch öfter, gerade das „Absterben“ in den Vordergrund geschoben wird. Die Dialektik wird durch den Eklektizismus ersetzt: es ist dies die gewöhnlichste, verbreitetste Erscheinung in der heutigen offiziellen sozialdemokratischen Literatur dem Marxismus gegenüber. Solche Surrogate sind natürlich nicht neu, sie waren sogar in der Geschichte der klassischen griechischen Philosophie zu beobachten. Bei der Fälschung des Marxismus zum Opportunismus täuscht die Ersetzung der Dialektik durch den Eklektizismus die Massen am leichtesten, sie gewährt eine scheinbare Befriedigung, berücksichtigt scheinbar alle Seiten des Prozesses, alle Entwicklungstendenzen, alle widerspruchsvollen Einflüsse usw., während sie in Wirklichkeit keine ein-

heitliche und revolutionäre Auffassung des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses gibt.

Wir haben bereits oben davon gesprochen und werden es in der weiteren Darstellung ausführlicher nachweisen, daß die Lehre von Marx und Engels über die Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution sich auf den bürgerlichen Staat bezieht. Dieser kann durch den proletarischen Staat (die Diktatur des Proletariats) nicht auf dem Wege des „Absterbens“ abgelöst werden, sondern, als allgemeine Regel, nur durch eine gewaltsame Revolution. Der Lobgesang, den Engels auf die gewaltsame Revolution singt, und der den vielfachen Erklärungen von Marx durchaus entspricht (erinnern wir uns an den Schluß des „Elends der Philosophie“ und des „Kommunistischen Manifestes“, mit der stolzen und offenen Erklärung über die Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution; erinnern wir uns an die Kritik des Gothaer Programms vom Jahre 1875, fast dreißig Jahre später, wo Marx den Opportunismus dieses Programms schonungslos geißelt) — dieser Lobgesang ist durchaus keine „Schwärmerei“, durchaus keine Deklamation, kein polemischer Ausfall. Die Notwendigkeit, die Massen in solchen und gerade in solchen Ansichten über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der ganzen Lehre von Marx und Engels zugrunde. Der Verrat an ihrer Lehre durch die jetzt herrschenden sozialchauvinistischen und kautskyanischen Strömungen kommt besonders plastisch darin zum Ausdruck, daß die einen wie die anderen eine solche Propaganda, eine solche Agitation vergessen haben.

Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution nicht möglich. Die Aufhebung des proletarischen Staates, d. h. die Aufhebung jedes Staates, ist nicht anders möglich, als auf dem Wege des „Absterbens“.

Eine ausführliche und konkrete Entwicklung dieser Ansichten lieferten Marx und Engels, indem sie jede einzelne revolutionäre Situation studierten, die Lehren aus den Erfahrungen jeder einzelnen Revolution analysierten. Wir gehen nunmehr zu diesem fraglos wichtigsten Teil ihrer Lehre über.

Zweites Kapitel

Staat und Revolution Die Erfahrungen von 1848—1851

1. Der Vorabend der Revolution

Die ersten Werke des reifen Marxismus, „Das Elend der Philosophie“ und das „Kommunistische Manifest“ beziehen sich gerade auf den Vorabend der Revolution des Jahres 1848. Infolgedessen besitzen wir hier neben einer Darlegung der allgemeinen Grundlagen des Marxismus bis zu einem gewissen Grade ein Abbild der damaligen konkreten revolutionären Situation, weshalb es zweckmäßiger sein wird, das zu analysieren, was die Verfasser dieser Werke über den Staat, unmittelbar vor ihren Folgerungen aus den Erfahrungen von 1848—1851, ausführen.

„Die arbeitende Klasse — schreibt Marx im „Elend der Philosophie“ — wird im Laufe der Entwicklung an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft eine Assoziation setzen, welche die Klassen und ihren Gegensatz ausschließt, und es wird keine eigentliche politische Gewalt mehr geben, weil gerade die politische Gewalt der offizielle Ausdruck des Klassengegensatzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist.“ (S. 182 der deutschen Ausgabe von 1885.)

Es ist lehrreich, mit dieser allgemeinen Darlegung des Gedankens über das Verschwinden des Staates nach der Aufhebung der Klassen jene Ausführungen zu vergleichen, die in dem einige Monate später, nämlich im November 1847, von Marx und Engels verfaßten „Kommunistischen Manifest“ enthalten sind:

„Indem wir die allgemeinsten Phasen der Entwicklung des Proletariats zeichneten, verfolgten wir den mehr oder minder versteckten Bürgerkrieg innerhalb der bestehenden Gesellschaft bis zu dem Punkt, wo er in eine offene Revolution ausbricht, und durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie das Proletariat seine Herrschaft begründet...

Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiter-Revolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist.

Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“ (S. 31 und 37, siebente Auflage, 1906*.)

Hier finden wir die Formulierung einer der bedeutsamsten und wichtigsten Ideen des Marxismus über die Frage des Staates, nämlich der Idee der „Diktatur des Proletariats“ (wie Marx und Engels nach der Pariser Kommune sich auszudrücken begannen), ferner eine höchst interessante Definition des Staates, die gleichfalls zu der Zahl der „vergessenen Worte“ gehört. „Der Staat, das heißt das als herrschende Klasse organisierte Proletariat.“

Nicht nur, daß diese Definition des Staates niemals in der herrschenden Propaganda- und Agitationsliteratur der offiziellen sozialdemokratischen Parteien erläutert worden ist. Mehr als das. Sie ist direkt vergessen worden, weil sie mit dem Reformismus völlig unvereinbar ist, weil sie den landläufigen opportunistischen Vorurteilen und spießbürgerlichen Illusionen über die „friedliche Entwicklung der Demokratie“ ins Gesicht schlägt.

Das Proletariat braucht den Staat, das wiederholen alle Opportunisten, Sozialchauvinisten und Kautskyner, und befeuern, daß dies die Lehre von Marx sei, sie „vergessen“ aber hinzuzufügen, daß, erstens, das Proletariat nach Marx nur einen absterbenden Staat braucht, d. h. einen so eingerichteten Staat, daß er sofort abzusterben beginnt und zwangsläufig absterben muß. Und zweitens, daß die werktätige Bevölkerung einen „Staat“ braucht, d. h. „das als herrschende Klasse organisierte Proletariat“.

Der Staat ist eine besondere Gewaltorganisation, eine Organisation der Gewalt zur Unterdrückung irgendeiner Klasse. Welche Klasse aber muß das Proletariat unterdrücken? Natürlich nur die ausbeutende Klasse, d. h. die Bourgeoisie. Die Werktätigen brauchen den Staat nur, um den Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken. Diese Unterdrückung zu leiten, sie in die Tat umzusetzen, ist aber nur das Proletariat imstande als die einzige bis zu Ende revolutionäre Klasse, als einzige Klasse, die fähig ist,

* Neuauflage in den „Elementarbüchern des Kommunismus“, Bd. 1, S. 34 f. u. 43, vierte Auflage, 1927, Berlin, Internationaler Arbeiter-Verlag. Die Red.

alle Werktätigen und Ausgebeuteten im Kampfe gegen die Bourgeoisie, zu deren völliger Beseitigung zu vereinigen.

Die ausbeutenden Klassen brauchen die politische Herrschaft im Interesse der Aufrechterhaltung der Ausbeutung, d. h. im eigennützigen Interesse einer verschwindenden Minderheit gegen die ungeheure Mehrheit des Volkes. Die ausgebeuteten Klassen brauchen die politische Herrschaft im Interesse der völligen Aufhebung jeglicher Ausbeutung, d. h. im Interesse der ungeheuren Mehrheit des Volkes gegen die verschwindende Minderheit der modernen Sklavenhalter, d. h. der Grundbesitzer und Kapitalisten.

Die kleinbürgerlichen Demokraten, diese angeblichen Sozialisten, die den Klassenkampf durch Träumereien über Klassenharmenie ersetzten, stellten sich auch die sozialistische Umwälzung träumerisch vor, nicht als Sturz der Herrschaft der ausbeutenden Klasse, sondern als friedliche Unterordnung der Minderheit unter die ihrer Aufgabe bewußt gewordene Mehrheit. Diese mit der Anerkennung eines über den Klassen stehenden Staates unzertrennlich verbundene kleinbürgerliche Utopie führte in der Praxis zum Verrat an den Interessen der werktätigen Klassen, wie dies beispielsweise die Geschichte der französischen Revolutionen von 1848 und 1871, wie dies die Erfahrungen der Teilnahme von „Sozialisten“ an den bürgerlichen Ministerien in England, Frankreich, Italien und anderen Ländern am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts bewiesen haben.

Marx hat sein ganzes Leben lang diesen kleinbürgerlichen Sozialismus bekämpft, der jetzt in Rußland durch die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki wieder aufgeblüht ist. Marx hat die Lehre vom Klassenkampf konsequent bis zu der Lehre von der politischen Macht, vom Staate, entwickelt.

Der Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie ist nur möglich durch das Proletariat als eine besondere Klasse, deren wirtschaftliche Existenzbedingungen es zu diesem Sturz vorbereiten, ihm die Möglichkeit und Kraft geben, ihn zu vollziehen. Während die Bourgeoisie die Bauernschaft und alle kleinbürgerlichen Schichten zersplittert und zerstäubt, schließt sie das Proletariat zusammen, einigt und organisiert es. Nur das Proletariat ist — infolge seiner ökonomischen Rolle in der Großindustrie — fähig, der Führer aller werktätigen und ausgebeuteten Massen zu sein, die zwar von der Bourgeoisie ausgebeutet, geknechtet

und vielfach nicht weniger, sondern mehr bedrückt werden als die Proletarier, die aber zu selbständigem Kampfe um ihre Befreiung nicht fähig sind.

Die Lehre des Klassenkampfes, die Marx auf die Frage des Staates und der sozialistischen Revolution angewendet hat, führt notwendig zur Anerkennung der politischen Herrschaft des Proletariats, seiner Diktatur, d. h. einer mit niemand geteilten und sich unmittelbar auf die bewaffnete Gewalt der Massen stützenden Macht. Der Sturz der Bourgeoisie ist nur durchführbar durch die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die befähigt ist, den unvermeidlichen, verzweifelten Widerstand der Bourgeoisie niederzuschlagen und für die Neuordnung der Wirtschaft alle werktätigen und ausgebeuteten Massen zu organisieren.

Das Proletariat braucht die Staatsgewalt, eine zentralisierte Organisation der Macht, eine Organisation des Zwanges, sowohl zur Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter als auch zur Leitung der ungeheuren Masse der Bevölkerung: der Bauernschaft, des Kleinbürgertums, der Halbproletarier, um die sozialistische Wirtschaft „in Gang zu bringen“.

Indem der Marxismus die Arbeiterpartei erzieht, erzieht er die Avantgarde des Proletariats, die befähigt wird, die Macht zu ergreifen und das ganze Volk zum Sozialismus zu führen, die neue Ordnung zu leiten und zu organisieren, Lehrer, Leiter, Führer aller Werktätigen und Ausgebeuteten bei der Gestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens ohne die Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie zu sein. Der heute herrschende Opportunismus hingegen erzieht aus der Arbeiterpartei Vertreter der besser bezahlten Arbeiter, die sich den Massen entfremden, sich unter dem Kapitalismus leidlich „einzurichten“ wissen, die ihre Erstgeburt für ein Linsengericht verkaufen, d. h. auf die Rolle revolutionärer Führer des Volkes gegen die Bourgeoisie verzichten.

„Der Staat, das heißt das als herrschende Klasse organisierte Proletariat“ — diese Marxsche Theorie ist mit seiner ganzen Lehre von der revolutionären Rolle des Proletariats in der Geschichte unzertrennlich verbunden. Die Krönung dieser Rolle bildet die proletarische Diktatur, die politische Herrschaft des Proletariats.

Aber wenn das Proletariat den Staat als besondere Zwangsorganisation gegen die Bourgeoisie braucht, so drängt sich von selbst die Frage auf, ob es überhaupt denkbar ist, eine solche Organisation zu schaffen ohne vorherige Vernichtung, ohne Zerstörung der Staatsmaschine, die die Bourgeoisie für sich geschaffen hat. An diese Schlußfolgerung führt das „Kommunistische Manifest“ dicht heran, und Marx spricht darüber, wo er das Fazit aus den Erfahrungen der Revolution von 1848 bis 1851 zieht.

2. Ergebnisse der Revolution

In Hinsicht auf die uns interessierende Frage des Staates zieht Marx das Fazit der Revolution von 1848—1851 in folgenden Ausführungen in dem Werke „Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“:

„Aber die Revolution ist gründlich. Sie ist noch auf der Reise durch das Fegefeuer begriffen. Sie vollbringt ihr Geschäft mit Methode. Bis zum 2. Dezember 1851 hatte sie die eine Hälfte ihrer Vorbereitung absolviert, sie absolviert jetzt die andere. Sie vollendete erst die parlamentarische Gewalt, um sie stürzen zu können. Jetzt, wo sie dies erreicht, vollendet sie die Exekutivgewalt, reduziert sie auf ihren reinsten Ausdruck, isoliert sie, stellt sie sich als einzigen Vorwurf gegenüber, um alle ihre Kräfte der Zerstörung gegen sie zu konzentrieren“ (von uns gesperrt). „Und wenn sie diese zweite Hälfte ihrer Vorarbeit vollbracht hat, wird Europa von seinem Sitze aufspringen und jubeln: brav gewühlt, alter Maulwurf!“

Diese Exekutivgewalt mit ihrer ungeheuren bürokratischen und militärischen Organisation, mit ihrer weitschichtigen und künstlichen Staatsmaschinerie, ein Beamtenheer von einer halben Million neben einer Armee von einer anderen halben Million, dieser fürchterliche Parasitenkörper, der sich wie eine Netzhaut um den Leib der französischen Gesellschaft schlingt und ihr alle Poren verstopft, entstand in der Zeit der absoluten Monarchie, beim Verfall des Feudalwesens, den er beschleunigen half.“ Die erste französische Revolution entwickelte die Zentralisation, „aber zugleich den Umfang, die Attribute und die Handlanger der Regierungsgewalt. Napoleon vollendete diese Staatsmaschinerie. Die legitime Monarchie und die Julimonarchie fügten nichts hinzu, als eine größere Teilung der Arbeit...“

Die parlamentarische Republik endlich sah sich in ihrem Kampfe wider die Revolution gezwungen, mit den Repressivmaßregeln die Mittel und die Zentralisation der Regierungsgewalt zu verstärken. Alle Umwälzungen

vervollkommneten diese Maschine statt sie zu brechen (von uns gesperrt). Die Parteien, die abwechselnd um die Herrschaft rangen, betrachten die Besitznahme dieses ungeheuren Staatsgebäudes als die Hauptbeute des Siegers.“ (S. 98 u. 99, vierte Auflage, Hamburg 1907*.)

In dieser bemerkenswerten Betrachtung macht der Marxismus im Vergleich zum „Kommunistischen Manifest“ einen gewaltigen Schritt vorwärts. Dort ist die Frage des Staates noch äußerst abstrakt behandelt, in ganz allgemein gehaltenen Begriffen und Wendungen. Hier wird die Frage konkret gestellt und die Folgerung genau, bestimmt, praktisch-greifbar formuliert: alle früheren Revolutionen haben die Staatsmaschinerie vervollkommen, man muß sie aber zerschlagen, zerbrechen.

Diese Folgerung ist das Hauptsächlichste, das Grundlegende in der marxistischen Staatstheorie. Und gerade dieses Grundlegende ist nicht nur von den herrschenden offiziellen sozialdemokratischen Parteien vergessen, sondern (wie wir weiter unten sehen werden) von dem angesehensten Theoretiker der II. Internationale, K. Kautsky, direkt entstellt worden.

Im „Kommunistischen Manifest“ sind die allgemeinen Ergebnisse der Geschichte zusammengefaßt, die uns zwingen, im Staat ein Organ der Klassenherrschaft zu erblicken, und uns zu dem notwendigen Schlusse gelangen lassen, daß das Proletariat die Bourgeoisie nicht zu stürzen vermag, ohne vorher die politische Macht erobert zu haben, ohne die politische Herrschaft erlangt und den Staat in das „als herrschende Klasse organisierte Proletariat“ verwandelt zu haben, und daß dieser proletarische Staat sofort nach seinem Sieg abzusterben beginnen wird, weil in einer Gesellschaft ohne Klassengegensätze der Staat unnütz und unmöglich ist. Hier wird nicht die Frage gestellt, wie — vom Standpunkt der historischen Entwicklung gesehen — diese Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen erfolgen soll.

Gerade diese Frage stellt und löst im Jahre 1852 Marx. Getreu seiner Philosophie des dialektischen Materialismus, nimmt Marx die historische Erfahrung der großen Revolutionsjahre 1848—1851 als Grundlage. Die Lehre von Marx ist, wie stets so auch hier, eine von einer tiefgründigen philosophischen Welt-

* Siehe Karl Marx: „Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, neue, ergänzte Ausgabe, herausgegeben von D. Rjasanow, Marxistische Bibliothek, Bd. 7, Verlag für Literatur und Politik, Berlin 1927, S. 114 u. 115. Die Red.

anschauung und reichen Kenntnis der Geschichte durchleuchtete
Zusammenfassung der Erfahrung.

Die Frage des Staates wird konkret gestellt: wie ist der bürgerliche Staat, die für die Herrschaft der Bourgeoisie notwendige Staatsmaschinerie, historisch entstanden? Welches sind ihre Veränderungen, ihre Evolution im Verlauf der bürgerlichen Revolutionen und angesichts der selbständigen Aktionen der unterdrückten Klassen? Welches sind die Aufgaben des Proletariats gegenüber dieser Staatsmaschinerie?

Die der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche zentralisierte Staatsgewalt entstand in der Epoche des Niederganges des Absolutismus. Zwei Institutionen sind für diese Staatsmaschinerie am bezeichnendsten: Beamtentum und stehendes Heer. Wie diese Institutionen durch tausenderlei Fäden gerade mit der Bourgeoisie verknüpft sind, davon ist in den Werken von Marx und Engels oft die Rede. Die Erfahrung eines jeden Arbeiters erläutert diesen Zusammenhang überaus anschaulich und eindringlich. Die Arbeiterklasse lernt an ihrem eigenen Leibe diesen Zusammenhang kennen — deshalb erfaßt sie so leicht die Lehre von der Unvermeidlichkeit dieses Zusammenhanges und eignet sie sich so fest an, eine Lehre, die die kleinbürgerlichen Demokraten entweder aus Unwissenheit und Leichtfertigkeit ablehnen, oder noch leichtfertiger „im allgemeinen“ zwar anerkennen, aber die entsprechenden praktischen Konsequenzen zu ziehen vergessen.

Beamtentum und stehendes Heer, das ist der „Parasit“ am Körper der bürgerlichen Gesellschaft, ein Parasit, der aus den inneren Widersprüchen, die diese Gesellschaft zerklüften, entstanden ist, aber eben ein Parasit, der die Lebenssporen „verstopft“. Der jetzt in der offiziellen Sozialdemokratie herrschende kautskyanische Opportunismus hält die Anschauung, die im Staat einen parasitären Organismus erblickt, für eine besondere und ausschließliche Eigenschaft des Anarchismus. Selbstverständlich ist diese Entstellung des Marxismus überaus vorteilhaft für jene Spießer, die den Sozialismus bis zu der unerhörten Schmach einer Rechtfertigung und Beschönigung des imperialistischen Krieges gebracht haben, indem sie auf ihn den Begriff der „Vaterlandsverteidigung“ anwandten, aber dennoch bleibt es eine absolute Entstellung.

Durch alle bürgerlichen Revolutionen hindurch, die Europa seit dem Niedergang des Feudalismus in großer Zahl erlebt hat, geht die Entwicklung, Vervollkommnung, Festigung dieses Beamten- und Militärapparats. Insbesondere wird gerade das Kleinbürgertum in hohem Maße vermittels dieses Apparates, der den oberen Schichten der Bauern, kleinen Handwerker, Händler usw. verhältnismäßig bequeme, ruhige und ehrenvolle Pöstchen verschafft, die deren Inhaber über das Volk stellen, auf die Seite der Großbourgeoisie hinübergezogen und ihr unterworfen. Man betrachte, was in Rußland während des halben Jahres nach dem 27. Februar 1917 vor sich gegangen ist: Beamtenstellen, die früher vorzugsweise mit Schwarze-Hundert-Leuten besetzt wurden, sind zum Beuteobjekt der Kadetten, Menschewiki und Sozialrevolutionäre geworden. An irgendwelche ernststen Reformen dachte man im Grunde genommen nicht, man war bemüht, sie „bis zur Konstituierenden Versammlung“ hinzuziehen — die Einberufung der Konstituierenden Versammlung aber so sachte und gemütlich bis zum Kriegsende zu verschleppen! Mit der Teilung der Beute, mit der Besetzung der Posten der Minister, der Staatssekretäre, Generalgouverneure usw. usw. wurde dagegen nicht gezögert, und die Konstituierende Versammlung wurde hierfür nicht abgewartet! Das Kombinationsspiel über die Zusammensetzung der Regierung war im Grunde nur der Ausdruck dieser Teilung und Neuverteilung der „Beute“, die oben und unten, im ganzen Lande, in der ganzen zentralen und lokalen Verwaltung vor sich geht. Das Fazit, das objektive Fazit für das Halbjahr 27. Februar — 27. August 1917 ist unbestreitbar: die Reformen sind vertagt, die Verteilung der Beamtenstellen hat stattgefunden, und die „Fehler“ der Verteilung wurden durch einige Neuaufteilungen korrigiert.

Je mehr sich jedoch diese Neuaufteilungen des Beamtenapparates zwischen den verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien (zwischen den Kadetten, Sozialrevolutionären und Menschewiki, wenn man das russische Beispiel nimmt) mehren, um so klarer wird den unterdrückten Klassen mit dem Proletariat an der Spitze ihre Todfeindschaft gegenüber der ganzen bürgerlichen Gesellschaft. Hieraus ergibt sich für alle bürgerlichen Parteien, selbst für die „allerdemokratischsten und „revolutionär-demokratischen“, die Notwendigkeit, die Repressiv-

maßregeln gegen das revolutionäre Proletariat zu verstärken, den Repressionsapparat, d. h. diese selbe Staatsmaschine, zu festigen. Ein solcher Gang der Ereignisse zwingt die Revolution, „alle ihre Kräfte der Zerstörung zu konzentrieren“ gegen die Staatsgewalt, zwingt sie, sich nicht die Vervollkommnung der Staatsmaschinerie, sondern ihre Zerstörung, ihre Vernichtung zur Aufgabe zu machen.

Nicht logische Deduktionen, sondern die tatsächliche Entwicklung der Ereignisse, die lebendige Erfahrung der Jahre 1848—1851 haben zu einer solchen Stellung der Aufgabe geführt. In wie hohem Maße sich Marx streng an die tatsächliche Basis der geschichtlichen Erfahrung hält, ist daraus ersichtlich, daß er 1852 noch nicht konkret die Frage stellt, was an Stelle der zu vernichtenden Staatsmaschinerie gesetzt werden soll. Die Erfahrung gab damals noch keine Unterlagen für eine solche Frage, die von der Geschichte später, im Jahre 1871, auf die Tagesordnung gesetzt wurde. 1852 konnte man mit der Genauigkeit einer naturwissenschaftlichen Beobachtung lediglich feststellen, daß die proletarische Revolution an die Aufgabe herangekommen war, „alle Kräfte der Zerstörung zu konzentrieren“ gegen die Staatsgewalt, an die Aufgabe, die Staatsmaschinerie zu „zerbrechen“.

Hier kann die Frage auftauchen, ob die Verallgemeinerung der Erfahrung, der Beobachtungen und Schlußfolgerungen von Marx, ihre Uebertragung auf weitere Gebiete als das der Geschichte Frankreichs während der drei Jahre 1848—1851 gerechtfertigt ist? Zur Prüfung dieser Frage erinnern wir zunächst an eine Bemerkung von Engels, um dann zu den Tatsachen überzugehen.

„Frankreich — schrieb Engels im Vorwort zur dritten Auflage des „Achzehnten Brumaire“ — ist das Land, wo die geschichtlichen Klassenkämpfe mehr als anderswo jedesmal bis zur Entscheidung durchgefochten wurden, wo also auch die wechselnden politischen Formen, innerhalb deren sie sich bewegen, und in denen ihre Resultate sich zusammenfassen, in den schärfsten Umrissen ausgeprägt sind. Mittelpunkt des Feudalismus im Mittelalter, Musterland der einheitlichen ständischen Monarchie seit der Renaissance, hat Frankreich in der großen Revolution den Feudalismus zertrümmert und die reine Herrschaft der Bourgeoisie begründet in einer Klassizität wie kein anderes europäisches Land. Und auch der Kampf des aufstrebenden

Proletariats gegen die herrschende Bourgeoisie tritt hier in einer anderswo unbekannten, akuten Form auf.“ (S. 4 der Auflage von 1907*.)

Die letzte Bemerkung ist veraltet, soweit seit 1871 eine Unterbrechung im revolutionären Kampf des französischen Proletariats eingetreten ist, obgleich diese Unterbrechung, wie lange sie auch dauern möge, keineswegs die Möglichkeit ausschließt, daß in der kommenden proletarischen Revolution Frankreich sich als das klassische Land des Klassenkampfes bis zum entscheidenden Ende erweisen wird.

Werfen wir jedoch einen allgemeinen Rückblick auf die Geschichte der vorgeschrittenen Länder am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Wir werden sehen, daß der gleiche Prozeß sich langsamer, vielgestaltiger, auf einem bedeutend größeren Schauplatz abspielte, der Prozeß einerseits des Ausbaues der „parlamentarischen Macht“, sowohl in den republikanischen Ländern (Frankreich, Amerika, Schweiz), als auch in den monarchischen (England, bis zu einem gewissen Grade Deutschland, Italien, die skandinavischen Länder usw.) — anderseits des Kampfes um die Macht zwischen den verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien, die die „Beute“ der Beamtenstellen auf- und neuverteilten, bei unveränderter Grundlage der bürgerlichen Ordnung — endlich der Vervollkommnung und Festigung der „vollziehenden Gewalt“, ihres Beamten- und Militärapparates.

Es besteht kein Zweifel, daß dies gemeinsame Züge der ganzen neueren Entwicklung der kapitalistischen Staaten überhaupt sind. Frankreich hat in den drei Jahren 1848—1851 in rascher, scharfer, konzentrierter Form die gleichen Entwicklungsprozesse gezeigt, die der ganzen kapitalistischen Welt eigen sind.

Insbesondere aber weist der Imperialismus, die Epoche des Bankkapitals, der gigantischen kapitalistischen Monopole, die Epoche des Hineinwachsens des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus, eine ungewöhnliche Stärkung der „Staatsmaschinerie“ auf, ein unerhörtes Anwachsen des Beamten- und Militärapparates in Verbindung mit einer Verstärkung der Repressivmaßregeln gegen das Proletariat, sowohl

* S. 15 u. 16 der Auflage von 1927, Verlag für Literatur und Politik. Die Red.

in den monarchischen als auch in den freiesten, republikanischen Ländern.

Die Weltgeschichte führt jetzt zweifelsohne in ungleich größerem Maßstabe als 1852 zur „Konzentrierung aller Kräfte“ der proletarischen Revolution auf die „Zerstörung“ der Staatsmaschinerie.

Was das Proletariat an ihre Stelle setzen wird, darüber lieferte höchst lehrreiches Material die Pariser Kommune.

3. Marx' Fragestellung im Jahre 1852

Im Jahre 1907 hat Mehring in der „Neuen Zeit“ (XXV/2, S. 164) Auszüge aus einem Brief von Marx an Weydemeyer vom 5. März 1852 veröffentlicht. In diesem Briefe findet sich unter anderem die folgende wichtige Betrachtung:

„Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft, noch ihren Kampf untereinander entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Oekonomen die ökonomische Anatomie der Klassen dargestellt. Was ich neu tat, war, nachzuweisen: erstens daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte, historische Entwicklungskämpfe der Produktion gebunden sei, zweitens daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führe, drittens daß diese Diktatur selbst nur den Uebergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bilde.“

In diesen Worten ist es Marx gelungen, mit erstaunlicher Prägnanz erstens den Haupt- und Grundunterschied seiner Lehre von der Lehre der fortgeschrittenen und tiefsten Denker der Bourgeoisie, und zweitens das Wesen seiner Staatstheorie zum Ausdruck zu bringen.

Das Wesentliche in der Lehre von Marx ist der Klassenkampf. Das sagt und schreibt man sehr oft. Aber das ist unrichtig, und aus dieser Unrichtigkeit ergibt sich auf Schritt und Tritt eine opportunistische Entstellung des Marxismus, seine Verfälschung in einem Geiste, der ihn für die Bourgeoisie annehmbar macht. Denn die Lehre vom Klassenkampf ist n i c h t von Marx, sondern v o r ihm von der Bourgeoisie geschaffen worden, und sie ist, a l l g e m e i n gesprochen, für die Bourgeoisie a n n e h m b a r. Wer

nur den Klassenkampf anerkennt, der ist noch kein Marxist, der kann noch in den Grenzen bürgerlichen Denkens und bürgerlicher Politik geblieben sein. Den Marxismus auf die Lehre vom Klassenkampf beschränken, heißt den Marxismus beschneiden, ihn verballhornen, ihn auf das reduzieren, was für die Bourgeoisie annehmbar ist. Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes bis zur Anerkennung der Diktatur des Proletariats ausdehnt. Hierin besteht der tiefste Unterschied des Marxisten vom gewöhnlichen Klein- (und auch Groß-) Bourgeois. Das ist der Prüfstein für das wirkliche Verstehen und Anerkennen des Marxismus. Daher ist es nicht verwunderlich, daß, als die Geschichte Europas die Arbeiterklasse praktisch an die gegebene Frage heranzuführte, nicht nur alle Reformisten und Opportunisten, sondern auch alle „Kautskyaner“ (Leute, die zwischen Reformismus und Marxismus schwanken), sich als traurige Philister und kleinbürgerliche Demokraten erwiesen haben, die die Diktatur des Proletariats ablehnen. Kautskys Broschüre „Die Diktatur des Proletariats“, die im August 1918, d. h. lange nach der ersten Auflage dieses Buches erschienen ist, ist ein Muster kleinbürgerlicher Entstellung des Marxismus und seiner niederträchtigen Ablehnung in der Praxis, bei einer heuchlerischen Anerkennung des Marxismus in Worten (siehe meine Broschüre „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“).

Der heutige Opportunismus in der Person seines Hauptvertreters, des früheren Marxisten K. Kautsky, fällt ganz unter die angeführte Marxsche Charakteristik der bürgerlichen Haltung, denn dieser Opportunismus beschränkt das Gebiet der Anerkennung des Klassenkampfes auf das Gebiet bürgerlicher Verhältnisse. (Und innerhalb dieses Gebietes, in seinen Grenzen, wird kein einziger gebildeter Liberaler es ablehnen, den Klassenkampf „prinzipiell“ anzuerkennen!) Der Opportunismus führt die Anerkennung des Klassenkampfes gerade nicht bis zum Wesentlichsten, bis zur Periode des Ueberganges vom Kapitalismus zum Kommunismus, bis zur Periode des Sturzes der Bourgeoisie und ihrer völligen Vernichtung. In Wirklichkeit ist diese Periode unvermeidlich eine Periode unerhört erbitterter Klassenkämpfe, noch nie dagewesener scharfer Formen dieses

Kampfes, also muß auch der Staat dieser Periode unvermeidlich auf neue Art demokratisch (für die Proletarier und überhaupt für die Besitzlosen) und auf neue Art diktatorisch (gegen die Bourgeoisie) sein.

Weiter. Das Wesen der Marxschen Staatstheorie hat sich nur der angeeignet, der begriffen hat, daß die Diktatur einer Klasse nicht nur für jede Klassengesellschaft überhaupt notwendig ist, nicht nur für das Proletariat, das die Bourgeoisie gestürzt hat, sondern auch für eine ganze historische Periode, die den Kapitalismus von der „klassenlosen Gesellschaft“, vom Kommunismus trennt. Die Formen der bürgerlichen Staaten sind außerordentlich mannigfaltig, aber ihr Wesen ist das gleiche: alle diese Staaten sind auf die eine oder die andere Weise, aber letzten Endes unbedingt eine Diktatur der Bourgeoisie. Der Uebergang vom Kapitalismus zum Kommunismus muß natürlich eine ungeheure Fülle und Mannigfaltigkeit der politischen Formen hervorbringen, aber das Wesentliche wird dabei unbedingt gleich bleiben: die Diktatur des Proletariats.

Drittes Kapitel

Staat und Revolution.

Die Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 Die Analyse von Marx

1. Worin bestand der Heroismus des Versuchs der Kommunarden?

Bekanntlich warnte Marx einige Monate vor der Kommune, im Herbst 1870, die Pariser Arbeiter und wies nach, daß der Versuch, die Regierung zu stürzen, eine verzweifelte Torheit wäre. Als aber im März 1871 den Arbeitern der entscheidende Kampf aufgezwungen wurde und sie ihn annahmen, als der Aufstand zur Tatsache wurde, begrüßte Marx mit der größten Begeisterung die proletarische Revolution, trotz der schlimmen Vorzeichen. Marx versteifte sich nicht auf eine pedantische Verurteilung der „unzeitgemäßen“ Bewegung, wie der zu trauriger Berühmtheit gelangte russische Renegat des Marxismus Plechanow, der im November 1905 im Geiste einer Aufmunterung zum Kampfe der Arbeiter und Bauern schrieb und nach dem Dezember 1905 nach liberalem Muster zeterte: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen.“

Marx begnügte sich jedoch nicht damit, sich an dem Heroismus der, wie er sich ausdrückte, „himmelstürmenden“ Kommunarden zu begeistern. Er erblickte in der revolutionären Massenbewegung, obgleich sie ihr Ziel nicht erreichte, einen historischen Versuch von ungeheurer Tragweite, einen gewissen Schritt der proletarischen Weltrevolution nach vorwärts, einen praktischen Schritt, der wichtiger war als Hunderte von Programmen und Betrachtungen. Diesen Versuch zu analysieren, aus ihm Lehren für die Taktik zu gewinnen, auf Grund dieses Versuches seine Theorie zu überprüfen — das waren die Aufgaben, die sich Marx stellte.

Die einzige „Korrektur“, die Marx am „Kommunistischen Manifest“ vorzunehmen für notwendig erachtete, machte er auf Grund der revolutionären Erfahrungen der Pariser Kommunarden.

Das letzte von beiden Verfassern unterzeichnete Vorwort zur neuen deutschen Auflage des „Kommunistischen Manifestes“ ist vom 24. Juni 1872 datiert. In diesem Vorwort erklären die Verfasser, Karl Marx und Friedrich Engels, daß das Programm des Kommunistischen Manifestes „heute... stellenweise veraltet“ sei.

„Namentlich — fahren sie fort — hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann*.“

Die in einfache Anführungszeichen gesetzten Worte dieses Zitats haben die Verfasser der Marxschen Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ entnommen.

Somit maßen Marx und Engels der Haupt- und Grundlehre der Pariser Kommune eine so ungeheure Bedeutung bei, daß sie sie als wesentliche Korrektur dem „Kommunistischen Manifest“ einfügten.

Es ist überaus bezeichnend, daß gerade diese wesentliche Korrektur von den Opportunisten entstellt worden ist, und daß ihr eigentlicher Sinn sicherlich neun von zehn, wenn nicht gar neunundneunzig von hundert Lesern des „Kommunistischen Manifestes“ unbekannt ist. Ausführlicher kommen wir auf diese Entstellung weiter unten in dem Kapitel zu sprechen, das sich speziell mit den Entstellungen befaßt. Vorläufig mag genügen, festzustellen, daß die landläufige, vulgäre „Auffassung“ des von uns zitierten berühmten Ausspruchs von Marx darin besteht, daß Marx hier die Idee der allmählichen Entwicklung im Gegensatz zur Eroberung der Macht unterstreiche und dergl. mehr.

In Wirklichkeit ist es gerade umgekehrt. Der Marxsche Gedanke besteht darin, daß die Arbeiterklasse „die fertige Staatsmaschinerie“ zerschlagen, zerbrechen muß und sich nicht einfach auf ihre Besitzergreifung zu beschränken hat.

* Siehe „Das Kommunistische Manifest“, Elementarbücher des Kommunismus, Bd. 1, S. 16, vierte Auflage 1927. Die Red.

Am 12. April 1871, d. h. gerade während der Kommune, schrieb Marx an Kugelmann:

„Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire‘ nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen (von Marx gesperrt), und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent. Dies ist auch der Versuch unserer heroischen Pariser Parteigenossen*.“

In diesen Worten: „die bürokratisch-militärische Maschinerie... zu zerbrechen“, ist, kurz ausgedrückt, die Hauptlehre des Marxismus über die Aufgaben des Proletariats in der Revolution gegenüber dem Staat enthalten. Und gerade diese Lehre ist nicht nur völlig vergessen, sondern von der herrschenden Kautskyschen „Auslegung“ des Marxismus direkt entstellt worden!

Was den Hinweis von Marx auf den „Achtzehnten Brumaire“ anbelangt, so haben wir die betreffende Stelle weiter oben vollständig zitiert.

Es ist interessant, besonders zwei Stellen aus den angeführten Darlegungen von Marx hervorzuheben. Erstens beschränkt er seine Schlußfolgerung auf den Kontinent. Das war 1871 verständlich, als England noch das Muster eines rein kapitalistischen Landes, aber ohne Militarismus und in hohem Maße ohne Bürokratie war. Marx schloß daher England aus, wo eine Revolution und selbst eine Volksrevolution ohne die vorherige Zerstörung der „fertigen Staatsmaschinerie“ damals möglich schien und war.

Jetzt, im Jahre 1917, im Zeitalter des ersten großen imperialistischen Krieges, fällt diese Einschränkung von Marx fort, und England wie Amerika, die größten und letzten Vertreter angelsächsischer „Freiheit“ in der Welt, nämlich im Sinne des Nichtvorhandenseins von Militarismus und Bürokratismus, sind vollständig in den allgemeinen europäischen schmutzigen,

* S. 709 der „Neuen Zeit“, Band XX,1, Jahrgang 1901/02. Die Briefe von Marx an Kugelmann sind in russischer Sprache in nicht weniger als zwei Ausgaben erschienen, eine davon unter meiner Redaktion und mit einem Vorwort von mir. (Deutsch mit dem Vorwort von Lenin, Internationaler Arbeiterverlag, Berlin, zweite Auflage 1927, S. 96. Die Red.)

blutigen Sumpf der bürokratisch-militärischen Institutionen hinabgeglitten, die sich alles unterordnen, alles erdrücken. Jetzt bildet auch für England und Amerika die Z e r b r e c h u n g , die Z e r s t ö r u n g der „fertigen Staatsmaschinerie“ (die dort in den Jahren 1914—1917 die europäische, dem Imperialismus gemeinsame Vollkommenheit erreicht hat) die „Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution“.

Zweitens verdient besondere Beachtung die außerordentlich tiefe Bemerkung von Marx, daß die Zerstörung der bürokratisch - militärischen Staatsmaschinerie „die Vorbedingung jeder wirklichen V o l k s r e v o l u t i o n“ bilde. Dieser Begriff der „Volks“revolution erscheint seltsam im Munde eines Marx, und die russischen Plechanowisten und Menschewisten, diese Nachfolger Struves, die als Marxisten gelten möchten, könnten am Ende diesen Ausdruck von Marx als „falschen Zungenschlag“ hinstellen. Sie haben aus dem Marxismus ein so armselig-liberales Zerrbild gemacht, daß für sie außer der Gegenüberstellung von bürgerlicher und proletarischer Revolution nichts anderes existiert, und selbst diese Gegenüberstellung wird von ihnen unglaublich starr aufgefaßt.

Nimmt man beispielsweise die Revolutionen des 20. Jahrhunderts, so wird man natürlich auch die portugiesische und die türkische Revolution als bürgerliche anerkennen müssen. Aber weder die eine noch die andere war eine „Volks“revolution, denn die Volksmasse, die ungeheure Mehrheit des Volkes, ist weder in der einen noch in der anderen Revolution irgendwie merklich aktiv, selbständig, mit eigenen wirtschaftlichen und politischen Forderungen hervorgetreten. Dagegen war die russische bürgerliche Revolution von 1905—1907, obgleich ihr so „glänzende“ Erfolge versagt blieben, wie sie zeitweilig der portugiesischen und türkischen Revolution beschieden waren, zweifellos eine „wirkliche Volksrevolution“, denn die Masse des Volkes, die Mehrheit, die geknechteten und ausgebeuteten untersten Gesellschaftsschichten erhoben sich selbständig, drückten dem ganzen Verlauf der Revolution das Gepräge i h r e r F o r d e r u n g e n auf, i h r e r V e r s u c h e , auf eigene Art eine neue Gesellschaft an Stelle der zu zerstörenden alten aufzubauen.

Im Europa vom Jahre 1871 bildete auf dem Kontinent das

Proletariat in keinem Lande die Mehrheit des Volkes. Eine „Volks“revolution, die tatsächlich die Mehrheit des Volkes in die Bewegung hineinreißt, konnte nur dann eine solche sein, wenn sie Proletariat und Bauernschaft umfaßte. Diese beiden Klassen bildeten eben damals das „Volk“. Beide Klassen haben das gemein, daß die „bureaukratisch-militärische Staatsmaschinerie“ sie knechtet, bedrückt, ausbeutet. Diese Maschinerie zu zerschlagen, sie zu zerbrechen — darin besteht das wirkliche Interesse des „Volkes“, seiner Mehrheit, der Arbeiter und der Mehrzahl der Bauern, das ist die „Vorbedingung“ für ein freies Bündnis der ärmsten Bauern mit den Proletariern, da ohne ein solches Bündnis die Demokratie nicht von Dauer und eine sozialistische Umgestaltung unmöglich ist.

Zu einem solchen Bündnis bahnte sich bekanntlich auch die Pariser Kommune den Weg, erreichte aber infolge einer Reihe von inneren und äußeren Gründen ihr Ziel nicht.

Folglich hat Marx, als er von einer „wirklichen Volksrevolution“ sprach, ohne die Eigentümlichkeiten des Kleinbürgertums im geringsten zu vergessen (er sprach viel und oft von ihnen), das tatsächliche Kräfteverhältnis der Klassen in den meisten kontinentalen Staaten Europas im Jahre 1871 ganz genau berücksichtigt. Andererseits aber konstatierte er, daß die „Zerschlagung“ der Staatsmaschinerie im Interesse sowohl der Arbeiter wie der Bauern notwendig ist, sie einigt, sie vor die gemeinsame Aufgabe stellt, den „Parasiten“ zu beseitigen und ihn durch etwas Neues zu ersetzen.

Und zwar wodurch?

2. Wodurch soll die zerschlagene Staatsmaschinerie ersetzt werden?

Auf diese Frage gab Marx 1847 im „Kommunistischen Manifest“ noch eine völlig abstrakte Antwort, richtiger: eine Antwort, die die Aufgaben, aber nicht die Methoden zu deren Lösung zeigte. Sie zu ersetzen durch die „Organisation des Proletariats als herrschende Klasse“, durch die „Erkämpfung der

Demokratie“ — das war die Antwort des „Kommunistischen Manifestes“.

Ohne sich auf Utopien einzulassen, erwartete Marx von der Erfahrung der Massenbewegung eine Antwort auf die Frage, welche konkreten Formen diese Organisation des Proletariats als herrschende Klasse annehmen wird, in welcher Weise diese Organisation sich mit der möglichst vollständigen und folgerichtigen „Erkämpfung der Demokratie“ wird verbinden lassen.

Die Erfahrungen der Kommune, so gering sie auch waren, unterzieht Marx in seinem „Bürgerkrieg in Frankreich“ der genauesten Analyse. Wir führen hier die wichtigsten Stellen aus dieser Schrift an:

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die aus dem Mittelalter stammende

„zentralisierte Staatsmacht, mit ihren allgegenwärtigen Organen — stehende Armee, Polizei, Bureaucratie, Geistlichkeit, Richterstand.“

Mit der Entwicklung des Klassengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit

„erhielt die Staatsmacht mehr und mehr den Charakter einer öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, einer Maschine der Klassenherrschaft. Nach jeder Revolution, die einen Fortschritt des Klassenkampfes bezeichnet, tritt der rein unterdrückende Charakter der Staatsmacht offener und offener hervor.“

Die Staatsmacht wird nach der Revolution von 1848—1849 „das nationale Kriegswerkzeug des Kapitals gegen die Arbeit“. Das zweite Kaisertum festigt dieses.

„Der gerade Gegensatz des Kaisertums war die Kommune.“ „Die Kommune war die bestimmte Form“ „einer Republik, die nicht nur die monarchische Form der Klassenherrschaft beseitigen sollte, sondern die Klassenherrschaft selbst...“

Worin bestand nun diese „bestimmte“ Form der proletarischen, sozialistischen Republik? Wie war der Staat beschaffen, dessen Gestaltung sie in Angriff nahm?

„... Das erste Dekret der Kommune war daher die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk...“

Diese Forderung steht heute in den Programmen aller Parteien, die sich sozialistische nennen wollen. Aber den Wert ihrer Programme erkennt man am besten aus dem Verhalten unserer Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die gerade nach der Revolution vom 27. Februar auf die Verwirklichung dieser Forderung in der Tat verzichtet haben!

„...Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse...“

„Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller anderen Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts, mußte der öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden. Die erworbenen Anrechte und die Repräsentationsgelder der hohen Staatswürdenträger verschwanden mit diesen Würdenträgern selbst... Das stehende Heer und die Polizei, die Werkzeuge der materiellen Macht der alten Regierung einmal beseitigt, ging die Kommune sofort darauf aus, das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht, zu brechen... Die richterlichen Beamten verloren jene scheinbare Unabhängigkeit ... sie sollten fernerhin gewählt, verantwortlich und absetzbar sein.“

Die zerschlagene Staatsmaschinerie wurde also von der Kommune scheinbar „nur“ durch eine vollständigere Demokratie ersetzt: Beseitigung des stehenden Heeres, vollkommene Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Amtspersonen. In Wirklichkeit jedoch bedeutet dieses „nur“ die gigantische Ersetzung der einen Institutionen durch Institutionen von prinzipiell anderer Art. Hier ist gerade einer der Fälle vom „Umschlagen der Quantität in Qualität“ wahrzunehmen: die mit solcher denkbar größten Vollständigkeit und Folgerichtigkeit durchgeführte Demokratie verwandelt sich aus der bürgerlichen Demokratie in die proletarische, aus dem Staat (= einer besonderen Gewalt zur Unterdrückung einer bestimmten Klasse) in etwas, was schon kein eigentlicher Staat mehr ist.

Es ist immer noch notwendig, die Bourgeoisie und ihren Widerstand zu unterdrücken. Für die Kommune war das ganz besonders notwendig, und einer der Gründe ihrer Niederlage ist, daß sie dies nicht entschlossen genug getan hat. Aber das unterdrückende Organ ist hier bereits die Mehrheit und nicht, wie dies bisher immer, sei es unter der Sklaverei, der Leibeigenschaft oder der Lohnsklaverei, der Fall war, die Minderheit der Bevölkerung. Wenn aber die Mehrheit des Volkes selbst ihre eigenen Bedrucker unterdrückt, so ist eine besondere Repressionsgewalt schon nicht mehr nötig. In diesem Sinne beginnt der Staat abzusterben. An Stelle besonderer Institutionen einer bevorzugten Minderheit (privilegiertes Beamtentum, Kom-

mandostab des stehenden Heeres) kann das die Mehrheit selbst unmittelbar besorgen, und je größeren Anteil das gesamte Volk an der Ausübung der Funktionen der Staatsmacht hat, um so weniger benötigt es diese Macht.

Besonders bemerkenswert ist in dieser Beziehung die von Marx hervorgehobene Maßnahme der Kommune: die Beseitigung der Repräsentationsgelder jeder Art, aller finanziellen Privilegien der Beamten, die Reduzierung des Gehalts aller Staatsfunktionäre auf das Niveau des Arbeiterlohnes. Hier gerade kommt am klarsten der Umschwung zum Ausdruck — von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen, von der Demokratie der unterdrückenden zur Demokratie der unterdrückten Klassen, vom Staat als „besonderer Repressionsgewalt“ für die Unterdrückung einer bestimmten Klasse zur Niederhaltung der Unterdrücker durch die allgemeine Gewalt der Mehrheit des Volkes, der Arbeiter und Bauern. Und gerade in diesem besonders anschaulichen — was den Staat betrifft, wohl wichtigsten — Punkt hat man die Marxschen Lehren vollkommen vergessen! In den populären Kommentaren, deren Zahl Legion ist, wird hierüber nicht gesprochen. Es ist „üblich“, darüber zu schweigen, als handelte es sich um eine überlebte „Naivität“, ungefähr so, wie die Christen, nachdem das Christentum zur Staatsreligion erhoben worden war, die „Naivitäten“ des Urchristentums mit seinem demokratisch-revolutionären Geiste „vergaßen“.

Die Herabsetzung der Gehälter der höheren Staatsbeamten erscheint „einfach“ als Forderung eines naiven, primitiven Demokratismus. Einer der „Begründer“ des neuesten Opportunismus, der frühere Sozialdemokrat Ed. Bernstein*, hat mehr als einmal die trivialen bürgerlichen Spötteleien über den „primitiven“ Demokratismus nachgeplappert. Wie alle Opportunisten, und auch die jetzigen Kautskyner, hat er absolut nicht begriffen, daß erstens der Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ohne eine gewisse „Rückkehr“ zu „primitivem“ Demokratismus unmöglich ist (wie soll denn sonst der Uebergang zur Ausübung der staatlichen Funktionen durch die Mehrheit

* Als Lenin diese Zeilen schrieb, war Ed. Bernstein Mitglied der USPD. Die Red.

der Bevölkerung, ja durch die ganze Bevölkerung ohne Ausnahme erfolgen?), und zweitens, daß „primitiver Demokratismus“ auf der Basis des Kapitalismus und der kapitalistischen Kultur nicht das gleiche ist wie der primitive Demokratismus der Urzeit oder der vorkapitalistischen Zeit. Die kapitalistische Kultur hat Großbetriebe, Fabriken, Eisenbahnen, Post, Fernsprecher usw. geschaffen und auf dieser Basis ist die Mehrzahl der Funktionen der alten „Staatsmacht“ so vereinfacht worden und kann auf so einfache Operationen wie Registrierung, Buchung, Kontrolle zurückgeführt werden, daß diese Funktionen alle Leute, die des Lesens und Schreibens kundig sind, auszuüben imstande sein werden, so daß man sie für gewöhnlichen „Arbeiterlohn“ wird leisten, ihnen den Nimbus von etwas Privilegiertem, von etwas „Vorgesetztem“, wird nehmen können (und müssen).

Die völlige Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller beamteten Personen ohne Ausnahme zu jeder beliebigen Zeit, die Reduzierung ihrer Gehälter auf den gewöhnlichen „Arbeiterlohn“, diese einfachen und „selbstverständlichen“ demokratischen Maßnahmen verbinden durchaus die Interessen der Arbeiterschaft mit denen der Mehrheit der Bauern und dienen gleichzeitig als Brücke, die vom Kapitalismus zum Sozialismus führt. Diese Maßnahmen betreffen den staatlichen, rein politischen Umbau der Gesellschaft, ihren eigentlichen Sinn und ihre Bedeutung erhalten sie aber selbstverständlich erst im Zusammenhang mit der in Verwirklichung oder Vorbereitung begriffenen „Expropriation der Expropriateure“, d. h. mit dem Uebergang des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum.

„Die Kommune — schrieb Marx — machte das Stichwort aller Bourgeois-Revolutionen — wohlfeile Regierung — zur Wahrheit, indem sie die beiden größten Ausgabequellen, die Armee und das Beamtentum, aufhob.“

Aus der Bauernschaft, wie aus den anderen Schichten des Kleinbürgertums gelangt nur eine geringfügige Minderheit „nach oben“, „bringt es zu etwas“ im bürgerlichen Sinne, d. h. wird entweder zu wohlhabenden Menschen, zu Bourgeois, oder zu wohlbestallten, privilegierten Beamten. Die überwältigende Mehrheit der Bauern wird in jedem kapitalistischen Lande, in dem es überhaupt Bauern gibt (was in der Mehrzahl der kapitalisti-

schen Länder der Fall ist), von der Regierung unterdrückt, sehnt deren Sturz, sehnt eine „wohlfeile“ Regierung herbei. Verwirklichen kann das nur das Proletariat, und indem es das verwirklicht, macht es zugleich einen Schritt zur sozialistischen Umgestaltung des Staates.

3. Aufhebung des Parlamentarismus

„Die Kommune — schrieb Marx — sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit...

Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen.“

Diese bemerkenswerte Kritik des Parlamentarismus aus dem Jahre 1871 gehört jetzt auch, infolge des herrschenden Sozialchauvinismus und Opportunismus, zu den „vergessenen Worten“ des Marxismus. Die Minister und Berufsparlamentarier, die Verräter am Proletariat und „Geschäfts“-Sozialisten unserer Tage überließen die Kritik des Parlamentarismus vollständig den Anarchisten und verschrien aus diesem erstaunlich klugen Grunde jede Kritik des Parlamentarismus als „Anarchismus“!! Es ist durchaus nicht verwunderlich, daß das Proletariat der „vorgeschrittenen“ parlamentarischen Länder beim Anblick solcher „Sozialisten“, wie die Scheidemann, David, Legien, Sembat, Renaudel, Henderson, Vandervelde, Stauning, Branting, Bissolati und Co., aus Ekel seine Sympathien immer öfter dem Anarchosyndikalismus zuwandte, trotzdem dieser der leibliche Bruder des Opportunismus ist.

Doch für Marx war die revolutionäre Dialektik nie jenes leere Modewörtchen, jene Kinderklappe, zu der sie Plechanow, Kautsky usw. gemacht haben. Marx verstand es, dem Anarchismus schonungslos zu Leibe zu gehen, weil dieser es nicht vermochte, sogar den „Stall“ des bürgerlichen Parlamentarismus auszunutzen, besonders wenn offensichtlich keine revolutionäre Situation vorhanden ist; gleichzeitig verstand er aber auch, eine wahrhaft revolutionär-proletarische Kritik des Parlamentarismus zu liefern.

Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll — das ist das wirkliche Wesen des Parlamentarismus, nicht nur in den parlamentarisch-konstitutionellen Monarchien, sondern auch in den allerdemokratischsten Republiken.

Stellt man aber die Frage des Staates, betrachtet man den Parlamentarismus als eine der Institutionen des Staates vom Standpunkt der Aufgaben des Proletariats auf diesem Gebiet — wo gibt es da einen Ausweg aus dem Parlamentarismus? Wie soll man ohne ihn auskommen?

Immer wieder muß man sagen: die auf dem Studium der Kommune begründeten Marxschen Lehren sind so gründlich vergessen worden, daß dem modernen „Sozialdemokraten“ (lies: dem modernen Verräter des Sozialismus) eine andere Kritik des Parlamentarismus als eine anarchistische oder reaktionäre einfach unverständlich erscheint.

Der Ausweg aus dem Parlamentarismus liegt natürlich nicht in der Aufhebung der Vertretungskörperschaften und der Wählbarkeit, sondern in der Umwandlung der Vertretungskörperschaften aus Schwatzbuden in „arbeitende“ Körperschaften. „Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.“

„Nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft“ — das ist ein Schuß, der die modernen Parlamentarier und die parlamentarischen „Schoßhündchen“ der Sozialdemokratie gerade ins Herz trifft! Man sehe sich irgendein parlamentarisch regiertes Land, von Amerika bis zur Schweiz, von Frankreich bis England, Norwegen usw. an: die eigentliche „Staats“arbeit wird hinter den Kulissen von den Departements, Kanzleien, Stäben verrichtet. In den Parlamenten wird nur geschwätzt, und zwar mit dem besonderen Zweck, das „gemeine Volk“ zu betölpeln. Das ist so sehr wahr, daß selbst in der russischen bürgerlich-demokratischen Republik sich sofort, noch ehe sie Zeit fand, ein richtiges Parlament zu schaffen, alle diese Sünden des Parlamentarismus geltend machten. Solche Helden des moderigen Spießbürgertums wie die Skobelew und Zeretelli, Tschernow und Awksentjew haben es zuwege gebracht, selbst die Sowjets nach dem Vorbild des schäbigsten bürgerlichen Parla-

mentarismus zu versauen und sie in bloße Schwatzbuden zu verwandeln. In den Sowjets führen die Herren „sozialistischen“ Minister die vertrauensseligen Bäuerlein durch Phrasen und Resolutionen hinters Licht. In der Regierung wird ein ewiger Tanz aufgeführt, einerseits, um der Reihe nach möglichst viele Sozialrevolutionäre und Menschewiki „an die Krippe“ gutbezahlter und ehrenvoller Posten zu setzen und anderseits, um die Aufmerksamkeit des Volkes zu beschäftigen. In den Kanzleien, den Stäben wird inzwischen „staatliche“ Arbeit „geleistet“!

„Djelo Naroda“, das Organ der regierenden Partei der „Sozialrevolutionäre“, gestand kürzlich in einem redaktionellen Leitartikel — mit der unnachahmlichen Offenherzigkeit von Leuten aus der „guten Gesellschaft“, in der sich „alle“ mit politischer Prostitution befassen —, daß selbst in den (mit Verlaub zu sagen) von „Sozialisten“ geleiteten Ministerien, selbst in diesen der gesamte Beamtenapparat im wesentlichen der alte bleibt, in alter Weise funktioniert und die revolutionäre Initiative ganz „frei“ sabotiert! Und selbst wenn dieses Geständnis nicht vorläge, ist denn die tatsächliche Geschichte der Beteiligung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki an der Regierung nicht Beweis genug? Bezeichnend ist nur, daß die mit den Kadetten in Ministergemeinschaft befindlichen Tschernow, Russanow, Sensinow und sonstigen Redakteure des „Djelo Naroda“ jede Scham verloren haben und sich, als handelte es sich um eine Bagatelle, nicht scheuen, öffentlich zu erzählen, ohne schamrot zu werden, daß „bei ihnen“ in den Ministerien alles beim alten ist!! Die revolutionär-demokratische Phrase zur Betörung der einfältigen Bauern, und die bürokratisch-kanzleimäßige Verschleppung aller Angelegenheiten zur „Zufriedenstellung“ der Kapitalisten — da habt ihr das Wesen der „ehrlichen“ Koalition.

Den korrupten und verfaulten Parlamentarismus der bürgerlichen Gesellschaft ersetzt die Kommune durch Körperschaften, in denen die Freiheit des Urteils und der Beratung nicht zum Betrage ausartet, denn die Parlamentarier müssen selbst arbeiten, selbst ihre Gesetze ausführen, selbst kontrollieren, was bei der Durchführung herauskommt, selbst unmittelbar vor ihren Wählern die Verantwortung tragen. Die Vertretungskörperschaften bleiben, aber der Parlamentarismus als besonderes System, als Trennung von gesetzgebender und vollziehender Tätigkeit, als

Vorzugsstellung für Abgeordnete, besteht hier nicht. Ohne Vertretungskörperschaften können wir uns eine Demokratie nicht vorstellen, auch die proletarische Demokratie nicht, ohne Parlamentarismus können und müssen wir sie uns vorstellen, soll die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft für uns nicht eine hohle Redensart sein, soll das Bestreben zum Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie aufrichtig und ernst gemeint sein und nicht eine „Wahl“-phrase, um Arbeiterstimmen zu fangen, wie es bei den Menschewiki und Sozialrevolutionären, den Scheidemann und Legien, den Sembat und Vandervelde der Fall ist.

Es ist äußerst lehrreich, daß Marx, wo er auf die Funktionen jener Beamtenschaft zu sprechen kommt, die auch die Kommune und die proletarische Demokratie braucht, zum Vergleich die Angestellten eines „jeden anderen Arbeitgebers“ heranzieht, d. h. eines gewöhnlichen kapitalistischen Unternehmens mit „Arbeitern, Aufsehern und Buchhaltern“.

Bei Marx findet man auch nicht die Spur von Utopismus in dem Sinne, daß er die „neue“ Gesellschaft erfindet, sie sich zusammenphantasiert. Nein, er studiert die Geburt der neuen Gesellschaft aus der alten, wie einen naturgeschichtlichen Prozeß, studiert die Uebergangsformen von der zweiten zur ersten. Er hält sich an die tatsächliche Erfahrung der proletarischen Massenbewegung und ist bemüht, aus ihr praktische Lehren zu ziehen. Er „lernt“ von der Kommune, wie alle großen revolutionären Denker sich nicht scheuten, aus den Erfahrungen der großen Bewegungen der unterdrückten Klassen zu lernen, ohne ihnen jemals pedantische „Morallehren“ zu erteilen (in der Art Plechanows: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen“ oder Zeretellis: „Eine Klasse muß sich selbst beschränken“).

Von einer plötzlichen, restlosen Beseitigung des Beamtentums an allen Orten kann keine Rede sein. Das ist eine Utopie. Aber den alten Beamtenapparat sofort zerschlagen und sofort mit dem Bau eines neuen beginnen, der allmählich jegliches Beamtentum überflüssig macht und aufhebt — das ist keine Utopie, das ist die Erfahrung der Kommune, das ist die unmittelbare Aufgabe des revolutionären Proletariats.

Der Kapitalismus vereinfacht die Funktionen der „Staats“-verwaltung, er gestattet, das „Kommandieren“ zu beseitigen und das Ganze auf die Organisation der Proletarier (als herrschende

Klasse) zu reduzieren, die im Namen der gesamten Gesellschaft „Arbeiter, Aufseher und Buchhalter“ einstellt.

Wir sind keine Utopisten. Wir „träumen“ nicht davon, wie man plötzlich ohne jede Verwaltung, ohne jede Unterordnung auskommen könnte. Diese auf einem Verkennen der Aufgaben der Diktatur des Proletariats beruhenden anarchistischen Träume sind dem Marxismus wesensfremd und dienen in Wirklichkeit nur einer Verschiebung der sozialistischen Revolution auf die Zeit, wo die Menschen anders geworden sein werden. Nein, wir wollen die sozialistische Revolution mit den Menschen durchführen, wie sie jetzt sind, den Menschen, die ohne Unterordnung, ohne Kontrolle, ohne „Aufseher und Buchhalter“ nicht auskommen werden.

Aber unterzuordnen hat man sich der bewaffneten Avantgarde aller Ausgebeuteten und Werktätigen — dem Proletariat. Das spezifische „Kommandieren“ der Staatsbeamten kann und muß man beginnen, sofort, von heute auf morgen, zu ersetzen durch die einfachen Funktionen von „Aufsehern und Buchhaltern“, Funktionen, denen bei dem heutigen Entwicklungsniveau die Städter durchaus gewachsen sind und die sie durchaus für einen „Arbeiterlohn“ auszuüben vermögen.

Organisieren wir, Arbeiter, selbst die Großindustrie, gestützt auf die eigene Arbeitserfahrung, indem wir von dem ausgehen, was der Kapitalismus bereits geschaffen hat, indem wir eine strenge, eiserne Disziplin schaffen, die von der Staatsgewalt der bewaffneten Arbeiter aufrechterhalten wird; machen wir die Staatsbeamten zu einfachen Vollstreckern unserer Aufträge, zu verantwortlichen, absetzbaren, bescheiden bezahlten „Aufsehern und Buchhaltern“ (natürlich mitsamt den Technikern jeder Art, jeden Ranges und Grades) — das ist unsere proletarische Aufgabe, damit kann und muß man bei der Durchführung der proletarischen Revolution beginnen. Ein solcher Anfang auf der Basis der Großindustrie führt von selbst zum allmählichen „Absterben“ jedweden Beamtentums, zur allmählichen Schaffung einer Ordnung ohne Gänsefüßchen, die mit Lohnsklaverei nichts zu tun hat — einer Ordnung, bei der die sich immer mehr vereinfachenden Funktionen der Aufsicht und Abrechnung abwechselnd von allen ausgeübt, später zur Gewohnheit werden und

schließlich als Sonderfunktionen einer besonderen Schicht von Menschen in Fortfall kommen.

Ein geistreicher deutscher Sozialdemokrat bezeichnete in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Post als Muster einer sozialistischen Wirtschaft. Das ist durchaus richtig. Die Post ist gegenwärtig eine nach dem Typus eines staatskapitalistischen Monopols organisierte Wirtschaft. Der Imperialismus verwandelt nach und nach alle Trusts in Organisationen dieses Typus. Ueber den „einfachen“ Werk tätigen, die hungern und mit Arbeit überhäuft sind, steht hier die gleiche bürgerliche Bureaukratie. Der Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung ist hier jedoch bereits fertig vorhanden. Stürzt man die Kapitalisten, schlägt man mit der eisernen Faust der bewaffneten Arbeiter den Widerstand dieser Ausbeuter nieder, zerbricht man die bureaukratische Maschinerie des modernen Staates — so hat man einen von dem „Parasiten“ befreiten Mechanismus von hoher technischer Vollkommenheit vor sich, den die vereinigten Arbeiter sehr wohl selbst in Gang bringen können, indem sie Techniker, Aufseher, Buchhalter anstellen und sie alle, wie überhaupt alle „Staats“beamten, für Arbeiterlohn ihre Tätigkeit ausüben lassen. Das ist die konkrete, praktische, sofort ausführbare Aufgabe gegenüber den Trusts, die die arbeitende Bevölkerung von der Ausbeutung befreit und die Erfahrungen verwertet, die die Kommune bei ihren praktischen Versuchen (insbesondere auf dem Gebiet des Staatsaufbaues) bereits gemacht hat.

Unser nächstes Ziel ist, die ganze Volkswirtschaft nach dem Vorbilde der Post zu organisieren, und zwar so, daß die unter der Kontrolle und Leitung des organisierten Proletariats stehenden Techniker, Aufseher, Buchhalter sowie alle beamteten Personen ein den „Arbeiterlohn“ nicht übersteigendes Gehalt beziehen. Das ist der Staat, das ist die wirtschaftliche Grundlage des Staates, wie wir sie brauchen. Das wird die Aufhebung des Parlamentarismus und die Beibehaltung der Vertretungskörperschaften uns geben, das wird die arbeitenden Klassen von der Prostituierung dieser Institutionen durch die Bourgeoisie befreien.

4. Organisierung der Einheit der Nation

„In einer kurzen Skizze der nationalen Organisation, die die Kommune nicht die Zeit hatte, weiter auszuarbeiten, heißt es ausdrücklich, daß die Kommune die politische Form selbst des kleinsten Dorfes sein ... sollte.“

Die Kommunen sollten auch Abgeordnete zur „Nationalversammlung“ in Paris schicken.

„... Die wenigen, aber wichtigen Funktionen, welche dann noch für eine Zentralregierung übrig blieben, sollten nicht, wie dies absichtlich gefälscht worden, abgeschafft, sondern an kommunale, d. h. streng verantwortliche Beamte übertragen werden. Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung; sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzer auswuchs war. Während es galt, die bloß unterdrückten Organe der alten Regierungsmacht abzuschneiden, sollten ihre berechtigten Funktionen einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehen beanspruchte, entrissen und den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden ...“

Wie sehr die Opportunisten der modernen Sozialdemokratie diese Ausführungen von Marx nicht verstanden haben — vielleicht richtiger: nicht verstehen wollten — beweist das herostratisch berühmte Buch des Renegaten Bernstein: „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie.“ Gerade mit Bezug auf die zitierten Worte von Marx schrieb Bernstein, daß darin ein Programm entwickelt sei, „das seinem politischen Gehalt nach in allen wesentlichen Zügen die größte Ähnlichkeit aufweist mit dem Föderalismus — Proudhons ... Bei allen sonstigen Verschiedenheiten zwischen Marx und dem ‚Kleinbürger‘ Proudhon (Bernstein setzt das Wort Kleinbürger in Gänsefüßchen, die nach seiner Meinung ironisch sein sollen) ist in diesen Punkten der Gedankengang bei ihnen so nahe verwandt, wie nur möglich.“ Natürlich, fährt Bernstein fort, wächst die Bedeutung der Munizipalitäten, doch meint er:

„Ob freilich eine solche Auflösung der modernen Staatswesen und die völlige Umwandlung ihrer Organisation, wie Marx und Proudhon sie schildern (die Bildung der Nationalversammlung aus Delegierten der Provinz- bzw. der Bezirksversammlungen, die ihrerseits aus Delegierten der Kommunen zusammzusetzen wären), das erste Werk der Demokratie zu sein hätte, so daß also die bisherige Form der Nationalvertretungen wegfiele, er-

scheint mir zweifelhaft.“ (Bernstein: „Voraussetzungen des Sozialismus“, S. 134 u. 136, Ausgabe von 1899.)

Das ist geradezu ungeheuerlich: Marx' Ansichten über die „Vernichtung der Staatsmacht, des Schmarotzerauswuchses“ mit dem Föderalismus Proudhons in einen Topf werfen! Es ist jedoch kein Zufall, denn dem Opportunisten kommt es gar nicht in den Sinn, daß Marx hier gar nicht vom Föderalismus im Gegensatz zum Zentralismus spricht, sondern von der Zerschlagung der alten, bürgerlichen, in allen bürgerlichen Ländern bestehenden Staatsmaschinerie.

Dem Opportunisten kommt nur das in den Sinn, was er um sich her sieht, unter dem kleinbürgerlichen Spießertum und der „reformistischen“ Stagnation, nämlich nur die „Munizipalitäten“! Der Opportunist hat verlernt, an die Revolution des Proletariats auch nur zu denken.

Das ist zum Lachen. Bemerkenswert ist aber, daß über diesen Punkt mit Bernstein nicht gestritten wurde. Viele haben Bernstein widerlegt, in der russischen Literatur insbesondere Plechanow, Kautsky in der westeuropäischen, aber der eine wie der andere hat über diese Entstellung von Marx durch Bernstein nicht gesprochen.

Der Opportunist hat so sehr verlernt, revolutionär zu denken und über die Revolution nachzudenken, daß er Marx „Föderalismus“ zuschreibt und ihn mit dem Begründer des Anarchismus Proudhon in einen Topf wirft. Und jene, die orthodoxe Marxisten sein wollen, die die Lehre des revolutionären Marxismus verteidigen wollen, Kautsky und Plechanow, schweigen darüber! Hier liegt eine der Wurzeln jener äußersten Verflachung der Ansichten über den Unterschied zwischen Marxismus und Anarchismus, die den Kautskyanern wie den Opportunisten in gleichem Maße eigen ist, und auf die wir noch zu sprechen kommen werden.

In den angeführten Darlegungen von Marx über die Erfahrungen der Kommune findet sich auch nicht eine Spur von Föderalismus. Marx stimmt mit Proudhon gerade in einem Punkt überein, den der Opportunist Bernstein gar nicht merkt. Marx geht mit Proudhon gerade da auseinander, wo Bernstein eine Ähnlichkeit sieht.

Marx stimmt mit Proudhon darin überein, daß sie beide für

das „Zerschlagen“ der modernen Staatsmaschine sind. Diese Uebereinstimmung des Marxismus mit dem Anarchismus (mit Proudhon wie mit Bakunin) wollen weder die Opportunisten noch die Kautskyner sehen, denn sie sind in diesem Punkte vom Marxismus abgerückt.

Marx geht mit Proudhon sowohl wie mit Bakunin gerade in der Frage des Föderalismus auseinander (von der Diktatur des Proletariats schon gar nicht zu reden). Aus den kleinbürgerlichen Anschauungen des Anarchismus ergibt sich prinzipiell der Föderalismus. Marx ist Zentralist. Und in seinen hier zitierten Darlegungen ist keinerlei Abweichung vom Zentralismus vorhanden. Nur Leute, die des kleinbürgerlichen „Aberglaubens“ an den Staat voll sind, können die Vernichtung der bürgerlichen Maschinerie für eine Vernichtung des Zentralismus halten!

Nun, und wenn das Proletariat und die arme Bauernschaft die Staatsgewalt in ihre Hände nehmen, sich völlig frei in Kommunen organisieren und die Tätigkeit dieser Kommunen zu gemeinsamen Schlägen gegen das Kapital, zur Bezwingung des Widerstandes der Kapitalisten, zur Uebertragung des Privateigentums an den Eisenbahnen, Fabriken, Grund und Boden usw. auf die g e s a m t e Nation, die g e s a m t e Gesellschaft vereinigen werden, wird das etwa kein Zentralismus sein? Wird das nicht der konsequenteste demokratische Zentralismus sein? Und dazu noch ein proletarischer Zentralismus?

Bernstein kann es einfach nicht fassen, daß ein freiwilliger Zentralismus, eine freiwillige Vereinigung der Kommunen zur Nation, eine freiwillige Verschmelzung der proletarischen Kommunen im Prozeß der Zerstörung der bürgerlichen Herrschaft und der bürgerlichen Staatsmaschine möglich ist. Der Zentralismus erscheint Bernstein, wie jedem Philister, als etwas, das nur von oben, nur von Beamten und Militärs aufgezwungen und aufrechterhalten werden kann.

Als hätte Marx die Möglichkeit einer Entstellung seiner Ansichten vorausgesehen, hebt er ausdrücklich hervor, daß die gegen die Kommune erhobene Anschuldigung, sie hätte die Einheit der Nation vernichten, die Zentralregierung abschaffen wollen, eine bewußte Fälschung ist. Marx gebraucht absichtlich den Ausdruck „die Einheit der Nation organisieren“, um den zielbewußten,

demokratischen, proletarischen Zentralismus dem bürgerlichen, militärischen, bürokratischen, gegenüberzustellen.

Aber ... schlimmer als ein Tauber ist jener, der nicht hören will. Und die Opportunisten der heutigen Sozialdemokratie wollen eben von einer Vernichtung der Staatsmacht, von einer Beseitigung des Schmarotzers nichts hören.

5. Vernichtung des Schmarotzers Staat

Wir haben bereits die entsprechenden Stellen aus Marx angeführt und müssen sie ergänzen.

„Es ist das gewöhnliche Schicksal neuer geschichtlicher Schöpfungen, für das Seitenstück älterer und selbst verlebter Formen des gesellschaftlichen Lebens versehen zu werden, denen sie einigermaßen ähnlich sehen. So ist diese neue Kommune, die die moderne Staatsmacht bricht, angesehen worden für eine Wiederbelebung der mittelalterlichen Kommunen ... einen Bund kleiner Staaten, wie Montesquieu und die Girondins ihn träumten ... für eine übertriebene Form des alten Kampfes gegen Ueberzentralisation ...

Die Kommunalverfassung würde im Gegenteil dem gesellschaftlichen Körper alle die Kräfte zurückgegeben haben, die bisher der Schmarotzeranwuchs ‚Staat‘, der von der Gesellschaft sich nährt und ihre freie Bewegung hemmt, aufgezehrt hat. Durch diese Tat allein würde sie die Wiedergeburt Frankreichs in Gang gesetzt haben ...

In Wirklichkeit aber hätte die Kommunalverfassung die ländlichen Produzenten unter die geistige Führung der Bezirkshauptstädte gebracht und ihnen dort, in den städtischen Arbeitern, die natürlichen Vertreter ihrer Interessen gesichert. Das bloße Bestehen der Kommune führte, als etwas Selbstverständliches, die lokale Selbstregierung mit sich, aber nun nicht mehr als Gegengewicht gegen die, jetzt überflüssig gemachte Staatsmacht ...“

„Vernichtung der Staatsmacht“, die ein „Schmarotzeranwuchs“ ist, dessen „Abschneidung“, „Zerstörung“, „die jetzt überflüssig gemachte Staatsmacht“ — das sind die Ausdrücke, in denen Marx vom Staate sprach, als er die Erfahrungen der Kommune bewertete und analysierte.

Dies alles ist nahezu vor einem halben Jahrhundert geschrieben worden, und heute muß man gewissermaßen Ausgrabungen machen, um den unverfälschten Marxismus dem Bewußtsein der breiten Massen nahezubringen. Die Schlußfolgerungen aus den Beobachtungen der letzten von Marx erlebten großen Revolution

hat man gerade in dem Augenblick vergessen, als die Zeit der nächsten großen Revolutionen des Proletariats gekommen war.

„Die Mannigfaltigkeit der Deutungen, denen die Kommune unterlag, und die Mannigfaltigkeit der Interessen, die sich in ihr ausgedrückt fanden, beweisen, daß sie eine durch und durch ausdehnungsfähige politische Form war, während alle früheren Regierungsformen wesentlich unterdrückend gewesen waren. Ihr wahres Geheimnis war dies: sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.

Ohne diese letzte Bedingung war die Kommunalverfassung eine Unmöglichkeit und eine Täuschung.“

Die Utopisten befaßten sich mit der „Entdeckung“ politischer Formen, unter denen die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft vor sich gehen sollte. Die Anarchisten wollten überhaupt von der Frage nach den politischen Formen nichts wissen. Die Opportunisten der heutigen Sozialdemokratie nahmen die bürgerlichen politischen Formen des parlamentarischen, demokratischen Staates als die Grenze, die nicht überschritten werden kann, sie konnten sich nicht genug tun in der Anbetung dieses „Vorbilds“ und erklärten jeden Versuch, diese Form zu zerbrechen, für Anarchismus.

Marx hat aus der ganzen Geschichte des Sozialismus und des politischen Kampfes gefolgert, daß der Staat wird verschwinden müssen, daß die Uebergangsform dieses Verschwindens (der Uebergang vom Staat zum Nichtstaat) das „als herrschende Klasse organisierte Proletariat“ sein wird. Marx unternahm es aber nicht, die politischen Formen dieser Zukunft zu entdecken. Er beschränkte sich auf eine genaue Beobachtung und Analyse der Geschichte Frankreichs und auf die Schlußfolgerung, die sich aus dem Jahre 1851 ergab: die Sache läuft auf eine Zerstörung der bürgerlichen Staatsmaschinerie hinaus.

Und als die revolutionäre Massenbewegung des Proletariats sich entlud, begann Marx trotz des Mißerfolges dieser Bewegung, trotz ihrer kurzen Dauer und augenfälligen Schwäche, zu studieren, welche Formen sie entdeckt hat.

Die Kommune ist die von der proletarischen Revolution „endlich entdeckte“ Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen kann.

Die Kommune ist der erste Versuch der proletarischen Revolution, die bürgerliche Staatsmaschine zu zerschlagen, ist die „endlich entdeckte“ politische Form, durch die man das Zerschlagene ersetzen kann und muß.

Wir werden in der weiteren Darstellung sehen, daß die russischen Revolutionen von 1905 und 1917 unter anderen Umständen, in einer anderen Situation, das Werk der Kommune fortsetzen und die geniale historische Analyse von Marx bestätigen.

Viertes Kapitel

Fortsetzung: Ergänzende Erläuterungen von Engels

Marx lieferte die Grundlage für die Beurteilung der Frage nach der Bedeutung der Erfahrungen der Kommune. Engels ist wiederholt auf dasselbe Thema zurückgekommen, hat die Analyse und die Schlußfolgerungen von Marx erläutert und mitunter mit einer solchen Kraft und Anschaulichkeit an andere Seiten der Frage beleuchtet, daß man auf diese Erläuterungen besonders eingehen muß.

1. „Zur Wohnungsfrage“

In seiner Abhandlung über die Wohnungsfrage (1872) verwertet Engels bereits die Erfahrungen der Kommune und kommt wiederholt auf die Aufgaben der Revolution in bezug auf den Staat zu sprechen. Es ist interessant, daß an einem konkreten Thema klar veranschaulicht werden, einerseits die Züge, worin der proletarische und der jetzige Staat einander ähnlich sind — Züge, die in beiden Fällen vom Staat zu sprechen erlauben — und anderseits die Unterscheidungsmerkmale oder der Uebergang zur Aufhebung des Staates.

„Wie ist nun die Wohnungsfrage zu lösen? In der heutigen Gesellschaft gerade wie eine jede andere gesellschaftliche Frage gelöst wird: durch die allmähliche ökonomische Ausgleichung von Nachfrage und Angebot, eine Lösung, die die Frage selbst immer wieder von neuem erzeugt, also keine Lösung ist. Wie eine soziale Revolution diese Frage lösen würde, hängt nicht nur von den jedesmaligen Umständen ab, sondern auch zusammen mit viel weitergehenden Fragen, unter denen die Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land eine der wesentlichsten ist. Da wir keine utopistischen Systeme für die Einrichtung der künftigen Gesellschaft zu machen haben, wäre es mehr als müßig, hierauf einzugehen. Soviel aber ist sicher, daß schon jetzt in den großen Städten hinreichend Wohngebäude vorhanden sind, um bei

rationeller Benutzung derselben jeder wirklichen ‚Wohnungsnot‘ sofort abzuhelpen. Dies kann natürlich nur durch Expropriation der heutigen Besitzer, resp. durch Bequartierung ihrer Häuser mit Obdachlosen oder in ihren bisherigen Wohnungen übermäßig zusammengedrängten Arbeitern geschehen, und sobald das Proletariat die politische Macht erobert hat, wird eine solche, durch das öffentliche Wohl gebotene Maßregel ebenso leicht ausführbar sein, wie andere Expropriationen und Einquartierungen durch den heutigen Staat.“ (Seite 22 der deutschen Ausgabe von 1887.)

Hier wird die Aenderung der Form der Staatsmacht nicht behandelt, sondern nur der Inhalt ihrer Tätigkeit erläutert. Expropriationen und Einquartierungen erfolgen auch auf Verfügung des jetzigen Staates. Der proletarische Staat wird, formell betrachtet, auch Einquartierungen und Expropriationen von Häusern „verfügen“. Es ist aber klar, daß der alte Vollzugsapparat, das mit der Bourgeoisie verbundene Beamtentum, zur Durchführung der Verfügungen des proletarischen Staates einfach untauglich wäre.

„...Uebrigens muß konstatiert werden, daß die ‚faktische Besitzergreifung‘ sämtlicher Arbeitsinstrumente, die Inbesitznahme der gesamten Industrie von seiten des arbeitenden Volkes, das gerade Gegenteil ist von der proudhonistischen ‚Ablösung‘. Bei der letzteren wird der einzelne Arbeiter Eigentümer der Wohnung, des Bauernhofes, des Arbeitsinstruments; bei der ersteren bleibt das ‚arbeitende Volk‘ Gesamteigentümer der Häuser, Fabriken und Arbeitsinstrumente, und wird deren Nießbrauch, wenigstens während einer Uebergangszeit, schwerlich ohne Entschädigung der Kosten an einzelne oder Gesellschaften überlassen. Gerade wie die Abschaffung des Grundeigentums nicht die Abschaffung der Grundrente ist, sondern ihre Uebertragung, wenn auch in modifizierter Weise, an die Gesellschaft. Die faktische Besitznahme sämtlicher Arbeitsinstrumente durch das arbeitende Volk schließt also die Beibehaltung des Mietverhältnisses keineswegs aus.“ (Seite 68.)

Die in diesen Darlegungen berührte Frage nach den ökonomischen Grundlagen des Absterbens des Staates wollen wir im nächsten Kapitel betrachten. Engels drückt sich äußerst vorsichtig aus, indem er sagt, daß der proletarische Staat „schwerlich“ die Wohnungen ohne Entgelt verteilen werde, „wenigstens während einer Uebergangszeit“. Die Abgabe von Wohnungen, die dem ganzen Volke gehören, an einzelne Familien gegen Entgelt setzt auch die Einkassierung dieser Gelder, eine gewisse Kontrolle und diese oder jene Normierung bei der Zuteilung der Wohnungen voraus. Alles das erfordert eine gewisse Staatsform, sie erfordert aber keinen besonderen militärischen und bürokratischen Apparat mit beamteten Personen in besonders bevorzugter

Stellung. Und der Uebergang zu solchen Verhältnissen, wo es möglich sein wird, die Wohnungen kostenlos abzugeben, ist mit dem völligen „Absterben“ des Staates verknüpft.

Wo Engels darauf zu sprechen kommt, daß die Blanquisten nach der Kommune und unter dem Eindruck ihrer Erfahrungen, zu der prinzipiellen Stellung des Marxismus übergegangen seien, formuliert er diese Stellung beiläufig auf folgende Weise:

„...Notwendigkeit der politischen Aktion des Proletariats und seiner Diktatur als Uebergang zur Abschaffung der Klassen und, mit ihnen, des Staates...“ (Seite 55.)

Liebhaber der Buchstabenkritik oder bürgerliche „Vernichter des Marxismus“ mögen wohl einen Widerspruch finden zwischen diesem B e k e n n t n i s zur „Abschaffung des Staates“ und der Ablehnung einer Formel, wie der anarchistischen in dem früher zitierten Passus aus dem „Anti-Dühring“. Es wäre nicht verwunderlich, wenn die Opportunisten auch Engels zum „Anarchisten“ stempelten — wird es doch jetzt immer mehr Sitte bei den Sozialchauvinisten, die Internationalisten des Anarchismus zu beschuldigen.

Daß mit der Abschaffung der Klassen auch die Abschaffung des Staates erfolgen wird, das hat der Marxismus stets gelehrt. Die allgemein bekannte Stelle vom „Absterben des Staates“ im „Anti-Dühring“ macht den Anarchisten nicht einfach zum Vorwurf, daß sie für die Abschaffung des Staates eintreten, sondern daß sie predigen, man könne den Staat „von heute auf morgen“ abschaffen.

Da die gegenwärtig herrschende „sozialdemokratische“ Doktrin das Verhältnis des Marxismus zum Anarchismus in der Frage der Abschaffung des Staates vollkommen entstellt, ist es besonders nützlich, an eine Polemik von Marx und Engels gegen die Anarchisten zu erinnern.

2. Polemik gegen die Anarchisten

Diese Polemik fiel in das Jahr 1873. Marx und Engels lieferten Artikel gegen die Proudhonisten, die „Autonomisten“ oder „Antiautoritären“ für einen italienischen sozialistischen Almanach, und erst im Jahre 1913 erschienen diese Artikel in deutscher Uebersetzung in der „Neuen Zeit“.

„Wenn der politische Kampf der Arbeiterklasse — schrieb Marx, über die Anarchisten und ihre Ablehnung der Politik spottend — revolutionäre Form annimmt, wenn die Arbeiter an Stelle der Diktatur der Bourgeoisie ihre revolutionäre Diktatur setzen, dann begehen sie das schreckliche Verbrechen der Prinzipienbeleidigung, denn um ihre kläglichen profanen Tagesbedürfnisse zu befriedigen, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen, geben sie dem Staat eine revolutionäre und vorübergehende Form, statt die Waffen niederzulegen und den Staat abzuschaffen . . .“ („Neue Zeit“, 32. Jahrgang, Band I, 1913/14, Seite 40.)

Also ausschließlich gegen eine solche Art „Abschaffung“ des Staates wendet sich Marx bei der Widerlegung der Anarchisten! Durchaus nicht dagegen, daß der Staat mit dem Verschwinden der Klassen verschwinden oder mit der Abschaffung der Klassen abgeschafft werden wird, sondern dagegen, daß die Arbeiter auf die Anwendung von Waffen, auf die organisierte Gewalt, das heißt auf den Staat, der dazu dienen sollte, „den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen“, verzichten sollen.

Marx betont absichtlich — um einer Entstellung des wahren Sinnes seines Kampfes gegen den Anarchismus vorzubeugen — die „revolutionäre und vorübergehende Form“ des Staates, den das Proletariat braucht. Das Proletariat braucht den Staat nur vorübergehend. Wir gehen mit den Anarchisten in der Frage der Abschaffung des Staates als Ziel gar nicht auseinander. Wir behaupten, daß zur Erreichung dieses Ziels eine zeitweilige Ausnutzung der Organe, Mittel, Methoden der Staatsgewalt gegen die Ausbeuter notwendig ist, ebenso wie zur Aufhebung der Klassen die vorübergehende Diktatur der geknechteten Klasse notwendig ist. Marx wählt die schärfste und klarste Fragestellung gegen die Anarchisten: sollen die Arbeiter „die Waffen niederlegen“, wenn sie das Joch der Kapitalisten abgeworfen haben, oder sollen sie, um den Widerstand der Kapitalisten zu brechen, diese Waffen gegen sie benutzen? Aber die systematische Ausnutzung der Waffen durch eine Klasse gegen eine andere Klasse, was ist das denn anderes, als eine „vorübergehende Form“ des Staates?

Jeder Sozialdemokrat möge sich fragen, ob er die Frage des Staates in seiner Polemik gegen die Anarchisten so gestellt hat. Ob die überwältigende Mehrheit der offiziellen sozialistischen Parteien der Zweiten Internationale diese Frage so gestellt hat?

Engels entwickelt diese Gedanken noch viel ausführlicher und populärer. Zunächst verspottet er die Gedankenverwirrung bei den Proudhonisten, die sich als Antiautoritäre bezeichneten, d. h. jegliche Autorität, jegliche Unterordnung, jede Regierungsgewalt ablehnten. Nehmen wir eine Fabrik, eine Eisenbahn, ein Schiff auf hoher See, sagt Engels, ist es denn nicht klar, daß ohne eine gewisse Unterordnung, also ohne eine gewisse Autorität oder Macht, bei keinem dieser komplizierten technischen Betriebe, die auf der Verwendung von Maschinen und dem planmäßigen Zusammenarbeiten vieler Personen beruhen, ein Funktionieren möglich wäre?

„... Wenn ich diese Argumente — schreibt Engels — den rabiatesten Antiautoritären entgegenstelle, können sie mir nur die folgende Antwort geben: Ah! Das ist wahr, es handelt sich aber hier nicht um die Autorität, die wir den Delegierten verleihen, sondern um einen Auftrag. Diese Leute glauben, daß sie eine Sache ändern können, wenn sie ihren Namen ändern...“

Nachdem Engels so gezeigt hat, daß Autorität und Autonomie relative Begriffe sind, daß ihr Geltungsbereich sich mit den verschiedenen Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung ändert, daß es unsinnig ist, sie für etwas Absolutes zu halten, und nachdem er hinzugefügt hat, daß der Geltungsbereich der Maschinen und des Großbetriebes sich immer mehr erweitert, geht er von den allgemeinen Betrachtungen über Autorität zur Frage des Staates über.

„Hätten sich — schreibt er — die Autonomisten begnügt, zu sagen, daß die soziale Organisation der Zukunft die Autorität nur in den Grenzen zulassen wird, die durch die Produktionsverhältnisse unvermeidlich gezogen werden, dann hätte man sich mit ihnen verständigen können; sie sind aber blind für alle Tatsachen, welche die Autorität notwendig machen, und kämpfen leidenschaftlich gegen das Wort.

Warum beschränken sich die Antiautoritären nicht darauf, gegen die politische Autorität, gegen den Staat zu schreien? Alle Sozialisten sind darin einverstanden, daß der Staat und mit ihm die politische Autorität infolge der künftigen sozialen Revolution verschwinden werden; d. h. daß die öffentlichen Funktionen ihren politischen Charakter verlieren und sich in einfache administrative Funktionen verwandeln werden, die die sozialen Interessen überwachen. Die Antiautoritären aber fordern, daß der politische Staat mit einem Schlage abgeschafft werde, noch früher, als die sozialen Verhältnisse abgeschafft sind, die ihn erzeugt haben. Sie fordern, daß der erste Akt der sozialen Revolution die Abschaffung der Autorität sein soll.

Haben sie einmal eine Revolution gesehen, diese Herren? Eine Revolution ist gewiß die autoritärste Sache, die es gibt, ein Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung seinen Willen dem anderen Teil durch Flinten, Bajonette und Kanonen, alles das sehr autoritäre Mittel, aufzwingt; und die Partei, die gesiegt hat, muß ihre Herrschaft durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionsären einflößen, behaupten. Und hätte sich die Pariser Kommune nicht der Autorität eines bewaffneten Volkes gegen die Bourgeoisie bedient, hätte sie sich länger als einen Tag behauptet? Können wir sie nicht umgekehrt tadeln, daß sie sich zu wenig dieser Autorität bedient habe? Also: entweder — oder: entweder die Antiautoritären wissen selbst nicht, was sie sagen, und in diesem Falle schaffen sie nur Konfusion, oder sie wissen es, und in diesem Falle verraten sie die Sache des Proletariats. In beiden Fällen dienen sie nur der Reaktion.“

In dieser Betrachtung sind Fragen berührt, die im Zusammenhang mit dem Thema über das Verhältnis zwischen Politik und Oekonomie beim Absterben des Staates betrachtet werden müssen (diesem Thema sei das nachfolgende Kapitel gewidmet). Eine solche Frage ist die Frage der Umwandlung der öffentlichen Funktionen aus politischen in einfache administrative und die Frage des „politischen Staates“. Dieser letzte Ausdruck, der besonders geeignet ist, Mißverständnisse hervorzurufen, deutet auf das Absterben des Staates hin: den absterbenden Staat kann man auf einer gewissen Stufe seines Absterbens als unpolitischen Staat bezeichnen.

Am bemerkenswertesten ist in dieser Engelsschen Betrachtung wiederum die Fragestellung gegenüber den Anarchisten. Die Sozialdemokraten, die Schüler von Engels sein wollen, haben seit 1873 millionenmal sich mit den Anarchisten herumgestritten, aber gerade nicht so, wie Marxisten den Streit hätten führen können und müssen. Die anarchistische Vorstellung von der Abschaffung des Staates ist konfus und nicht revolutionär — so stellte Engels die Frage. Die Anarchisten wollen gerade die Revolution in ihrem Entstehen und in ihrer Entwicklung, in ihren spezifischen Aufgaben in bezug auf die Gewalt, die Autorität, die Macht, den Staat, nicht sehen.

Die übliche Kritik des Anarchismus bei den heutigen Sozialdemokraten lief auf die reinste kleinbürgerliche Trivialität hinaus: „Wir erkennen den Staat an, die Anarchisten nicht.“ Natürlich muß etwas so Triviales auf einigermaßen denkfähige und revolutionäre Arbeiter abstoßend wirken. Engels sagt etwas anderes: er betont, daß alle Sozialisten darin einig sind, daß der Staat

infolge der sozialistischen Revolution verschwinden wird. Er stellt dann konkret die Frage der Revolution, eben jene Frage, die die Sozialdemokraten gewöhnlich aus Opportunismus zu umgehen suchen, deren „Bearbeitung“ sie sozusagen ausschließlich den Anarchisten überlassen. Und indem Engels diese Frage stellt, packt er den Stier bei den Hörnern: hätte die Kommune sich nicht mehr der revolutionären Macht des Staates, d. h. des bewaffneten, als herrschende Klasse organisierten Proletariats, bedienen sollen?

Die herrschende offizielle Sozialdemokratie hat die Frage nach den konkreten Aufgaben des Proletariats während der Revolution entweder mit Philisterwitzchen abgetan oder, bestenfalls, mit der ausweichenden sophistischen Redewendung: „das werden wir dann sehen“. Und die Anarchisten bekamen das Recht, gegen eine solche Sozialdemokratie die Anklage zu erheben, daß sie ihre Aufgabe, die Arbeiter revolutionär zu erziehen, verrate. Engels nutzte die Erfahrungen der letzten proletarischen Revolution gerade zu einem ganz konkreten Studium der Frage aus, was das Proletariat sowohl gegenüber den Banken als auch gegenüber dem Staat zu tun hat und wie es dies tun soll.

3. Ein Brief an Bebel

Eine der bemerkenswertesten, wenn nicht die bemerkenswerteste Betrachtung in den Werken von Marx und Engels über den Staat ist folgende Stelle in einem Brief von Engels an Bebel vom 18.—28. März 1875. Dieser Brief ist, nebenbei bemerkt, unseres Wissens zum ersten Male von Bebel im zweiten Band seiner Memoiren („Aus meinem Leben“) veröffentlicht worden, die 1911 erschienen sind, d. h. sechsunddreißig Jahre nach erfolgter Niederschrift und Absendung*.

Engels kritisierte jenen selben Entwurf des Gothaer Programms, den auch Marx in dem berühmten Brief an Bracke kri-

* Jetzt auch abgedruckt in Marx-Engels, Kritiken der sozialdemokratischen Programmentwürfe von 1875 und 1891, herausgegeben von Hermann Duncker, Berlin, Internationaler Arbeiter-Verlag, 1928, S. 43 ff. Das Zitat findet sich dort auf S. 48. Die Red.

tisiert hat, und schrieb an Bebel speziell zur Frage des Staates das Folgende:

„... Der freie Volksstaat ist in den freien Staat verwandelt. Grammatisch genommen ist ein freier Staat ein solcher, wo der Staat frei gegenüber seinen Bürgern ist, also ein Staat mit despotischer Regierung. Man sollte das ganze Gerede vom Staat fallen lassen, besonders seit der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war. Der ‚Volksstaat‘ ist uns von den Anarchisten bis zum Ueberdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift Marx' gegen Proudhon und nachher das kommunistische Manifest direkt sagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet. Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampfe, in der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, vom freien Volksstaat zu sprechen: solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf, zu bestehen. Wir würden daher vorschlagen, überall statt Staat ‚Gemeinwesen‘ zu setzen, ein gutes altes deutsches Wort, das das französische ‚Kommune‘ sehr gut vertreten kann.“ (S. 321 u. 322 der deutschen Ausgabe.)

Man muß im Auge behalten, daß dieses Schreiben sich auf das Parteiprogramm bezieht, das Marx in einem nur wenige Wochen später geschriebenen Briefe (datiert vom 5. Mai 1875) kritisiert hat, und daß Engels damals mit Marx zusammen in London lebte. Wenn also Engels im letzten Satz „wir“ sagt, so empfiehlt er zweifellos in seinem und Marx' Namen dem Führer der deutschen Arbeiterpartei, das Wort „Staat“ aus dem Programm zu streichen und es durch das Wort „Gemeinwesen“ zu ersetzen.

Welches Geheul über „Anarchismus“ würden die Häuptlinge des jetzigen, für die Opportunisten gebrauchsfähig zurechtgemachten „Marxismus“ erheben, wenn man ihnen eine solche Verbesserung des Programms vorgeschlagen hätte!

Sie mögen heulen. Dafür wird sie die Bourgeoisie loben.

Wir aber werden unser Werk weiter tun. Bei der Revision unseres Parteiprogramms muß man unbedingt den Rat von Engels und Marx berücksichtigen, um der Wahrheit näherzukommen, um den Marxismus wiederherzustellen, indem man ihn von den Fälschungen reinigt, um richtiger den Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung zu leiten. Unter den Bolschewiki werden sich gewiß keine Gegner des Ratschlages von Engels und Marx finden. Die Schwierigkeit dürfte wohl nur in

der Terminologie liegen. Im Deutschen gibt es zwei Wörter: „Gemeinde“ und „Gemeinwesen“, von denen Engels dasjenige wählte, das nicht eine einzelne Gemeinde, sondern ihre Gesamtheit, ein System von Gemeinden, bedeutet. Im Russischen ist ein solches Wort nicht vorhanden, und man wird sich vielleicht für das französische Wort „Kommune“ entscheiden müssen, obgleich auch diese Bezeichnung ihre Mängel hat.

„Die Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war“ — das ist die wichtigste theoretische Behauptung von Engels. Nach dem oben Dargelegten ist diese Behauptung durchaus begreiflich. Die Kommune hörte auf, ein Staat zu sein, insofern sie nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung, sondern die Minderheit (die Ausbeuter) niederzuhalten hatte; die bürgerliche Staatsmaschine wurde von ihr zerschlagen; an Stelle einer besonderen Repressionsgewalt trat die Bevölkerung selbst in den Vordergrund. Alles das sind Abweichungen vom Staat im eigentlichen Sinne. Und hätte sich die Kommune gefestigt, so wären in ihr die Spuren des Staates von selbst „abgestorben“, sie hätte seine Institutionen nicht „abzuschaffen“ brauchen: sie hätten in dem Maße aufgehört zu funktionieren, wie sie nichts mehr zu tun gehabt hätten.

„Der ‚Volksstaat‘ ist uns von den Anarchisten bis zum Ueberdruß in die Zähne geworfen worden“, sagt Engels und meint in erster Linie Bakunin und dessen Angriffe auf die deutschen Sozialdemokraten. Engels erkennt diese Angriffe so weit für berechtigt an, als der „Volksstaat“ ein ebensolcher Unsinn und ein ebensolches Abweichen vom Sozialismus bedeutet, wie der „freie Volksstaat“ auch. Engels ist bemüht, den Kampf der deutschen Sozialdemokraten gegen die Anarchisten zu verbessern, diesen Kampf prinzipiell richtig zu gestalten, ihn von den opportunistischen Vorurteilen in bezug auf den „Staat“ zu reinigen. Vergebens! Engels' Brief hat sechsunddreißig Jahre lang in einer Schreibtischschublade gelegen. Wir werden weiter unten sehen, daß Kautsky auch nach Veröffentlichung dieses Briefes im wesentlichen die gleichen Fehler hartnäckig wiederholt, vor denen Engels gewarnt hat.

Bebel antwortete Engels in einem Schreiben vom 21. September 1875, in dem er u. a. schrieb, daß er mit seinem Urteil über die Programmvorlage „vollkommen übereinstimme“ und daß er

Liebknecht wegen seiner Nachgiebigkeit Vorwürfe gemacht habe (Bebel: „Aus meinem Leben“, zweiter Teil, S. 334). Nimmt man jedoch Bebels Broschüre „Unsere Ziele“ zur Hand, so findet man in ihr vollkommen falsche Betrachtungen über den Staat:

„Der Staat soll aus einem auf Klassenherrschaft beruhenden Staat in einen Volksstaat verwandelt werden.“ („Unsere Ziele“, Ausgabe von 1886, S. 14.)

So zu lesen in der neunten (neunten!) Auflage der Bebel'schen Broschüre! Kein Wunder, daß eine so hartnäckige Wiederholung der opportunistischen Räsonnements über den Staat der deutschen Sozialdemokratie in Fleisch und Blut überging, besonders da die revolutionären Erläuterungen von Engels verborgen gehalten wurden und die ganzen Umstände des alltäglichen Lebens für lange Zeit dem revolutionären Denken ungünstig waren.

4. Kritik des Entwurfs des Erfurter Programms

Die Kritik des Entwurfs des Erfurter Programms, die Engels am 29. Juni 1891 Kautsky übersandte, und die erst zehn Jahre später in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht wurde*, kann bei der Analyse der marxistischen Staatstheorie nicht übergangen werden, da sie hauptsächlich gerade der Kritik der opportunistischen Anschauungen der Sozialdemokratie in Fragen der Staatsordnung gewidmet war.

Nebenbei sei bemerkt, daß Engels über die ökonomischen Fragen gleichfalls eine außerordentlich wertvolle Äußerung macht, die beweist, wie aufmerksam und überlegt er gerade die Veränderungen des modernen Kapitalismus verfolgte und wie er es daher verstand, bis zu einem gewissen Grade die Aufgaben unserer, der imperialistischen, Epoche vorwegzunehmen. Hier diese Äußerung: über das Wort „Planlosigkeit“, das im Programmentwurf zur Kennzeichnung des Kapitalismus angewendet wurde, schreibt Engels:

„Wenn wir von den Aktiengesellschaften übergehen zu den Trusts, die ganze Industriezweige beherrschen und monopolisieren, so hört da nicht nur

* Jetzt auch abgedruckt in Marx-Engels, Programmkritiken, Berlin 1928, S. 56 ff. Die Red.

die Privatproduktion auf, sondern auch die Planlosigkeit.“ („Neue Zeit“, zwanzigster Jahrgang, 1901/02, Bd. I, S. 8*.)

Hier ist das Grundlegende in der theoretischen Bewertung des neuesten Kapitalismus, d. h. des Imperialismus herausgegriffen, nämlich, daß der Kapitalismus sich in einen monopolistischen Kapitalismus verwandelt. Das letztere muß besonders hervorgehoben werden, denn der verbreitetste Irrtum ist die von bürgerlich-reformistischer Seite aufgestellte Behauptung, der monopolistische oder staats-monopolistische Kapitalismus sei schon kein Kapitalismus mehr, er könne bereits als „Staatssozialismus“ u. ä. m. bezeichnet werden. Eine vollständige Planmäßigkeit haben die Trusts natürlich nicht bewirkt, bewirken sie bis auf den heutigen Tag nicht und können sie auch nicht bewirken. Soweit sie aber Planmäßigkeit bewirken, soweit die Kapitalismagnaten im voraus den Umfang der Produktion berechnen, ihn in nationalem oder gar internationalem Maßstabe planmäßig regulieren, bleiben wir trotz allem im Kapitalismus, wenn auch in einem neuen Stadium, aber unverkennbar doch in einem Stadium des Kapitalismus. Die „Nähe“ eines solchen Kapitalismus zum Sozialismus muß für wirkliche Vertreter des Proletariats ein Beweisgrund mehr sein für die Nähe, Leichtigkeit, Durchführbarkeit, Dringlichkeit der sozialistischen Revolution, keineswegs aber ein Argument dafür, daß man sich gegenüber einer Ablehnung dieser Revolution tolerant verhalten solle, und auch nicht ein Argument zur Beschönigung des Kapitalismus, mit der sich alle Reformisten beschäftigen.

Doch kehren wir zurück zur Frage des Staates. Dreierlei besonders wertvolle Hinweise gibt hier Engels: erstens zur Frage der Republik; zweitens über den Zusammenhang zwischen Nationalitätenfrage und Staatsordnung; drittens über die lokale Selbstverwaltung.

Was die Republik anbelangt, so hat Engels sie zum Schwerpunkt seiner Kritik am Entwurf des Erfurter Programms gemacht. Und wenn wir bedenken, welche Bedeutung das Erfurter Programm in der ganzen internationalen Sozialdemokratie gewonnen hat, daß es zum Muster für die gesamte Zweite Internationale geworden ist, so wird man ohne Uebertreibung sagen

* Vgl. „Programmkritiken“, S. 60. Die Red.

können, daß Engels hier den Opportunismus der gesamten Zweiten Internationale kritisiert.

„Die politischen Forderungen des Entwurfs — schreibt Engels — haben einen großen Fehler. Das, was eigentlich gesagt werden sollte, steht nicht drin“ (von Engels gesperrt).

Weiter wird auseinandergesetzt, daß die deutsche Verfassung im Grunde einen Abklatsch der äußerst reaktionären Verfassung vom Jahre 1850 bilde, daß der Reichstag nach einer Bezeichnung Liebknechts nur das „Feigenblatt des Absolutismus“ sei, daß auf Grundlage dieser Verfassung und der von ihr sanktionierten Kleinstaaterei und auf Grundlage eines Bundes der deutschen Kleinstaaten die „Umwandlung aller Arbeitsmittel in Gemeineigentum“ durchführen zu wollen, „augenscheinlich sinnlos“ sei.

„Daran zu tasten ist aber gefährlich“, fügt Engels hinzu, der genau weiß, daß man in Deutschland im Programm nicht die Forderung der Republik legal erheben darf. Engels findet sich aber mit dieser einleuchtenden Erwägung, mit der sich „alle“ zufrieden geben, nicht einfach ab. Er fährt fort:

„Und dennoch muß so oder so die Sache angegriffen werden. Wie nötig das ist, beweist gerade jetzt der in einem großen Teile der sozialdemokratischen Presse einreißende Opportunismus. Aus Furcht vor einer Erneuerung des Sozialistengesetzes, aus der Erinnerung an allerlei unter der Herrschaft jenes Gesetzes gefallenem voreiligen Äußerungen soll jetzt auf einmal der gegenwärtige gesetzliche Zustand in Deutschland der Partei genügen können, alle ihre Forderungen auf friedlichem Wege durchzuführen...“

Daß die deutschen Sozialdemokraten aus Furcht vor einem neuen Ausnahmegesetz handelten, diese fundamentale Tatsache rückt Engels in den Vordergrund und bezeichnet sie ohne Umschweife als Opportunismus; gerade weil in Deutschland keine Republik und keine Freiheit vorhanden sind, erklärt er die Träume von einem „friedlichen“ Wege für völlig sinnlos. Engels ist vorsichtig genug, sich nicht zu binden. Er erkennt an, daß man sich in Republiken oder in Ländern mit weitgehender Freiheit eine friedliche Entwicklung zum Sozialismus „vorstellen kann“ (bloß „vorstellen“!), aber in Deutschland, wiederholt er:

„...in Deutschland, wo die Regierung fast allmächtig und der Reichstag und alle anderen Vertretungskörper ohne wirkliche Macht, in Deutschland so etwas proklamieren und noch dazu ohne Not, heißt das Feigenblatt dem Absolutismus abnehmen und sich selbst vor die Blöße binden.“

Die übergroße Mehrzahl der offiziellen Führer der deutschen Sozialdemokratischen Partei hat denn auch tatsächlich den Absolutismus bemäntelt und diese Hinweise ad acta gelegt.

„...Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen. Man schiebt allgemeine abstrakte politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich im entscheidenden Moment ratlos ist, daß über die entscheidendsten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind...

Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag ‚ehrlich‘ gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der ‚ehrliche‘ Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen...

Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat...“

Engels wiederholt hier in besonders plastischer Form jenen Grundgedanken, der wie ein roter Faden sich durch alle Werke von Marx zieht, nämlich, daß die demokratische Republik der nächste Zugang zur Diktatur des Proletariats ist. Denn diese Republik, die in keiner Weise die Herrschaft des Kapitals und somit die Knechtung der Massen und den Klassenkampf beseitigt, führt unvermeidlich zu einer solchen Ausdehnung, Entfaltung, Entschleierung und Verschärfung dieses Kampfes, daß, sobald einmal die Möglichkeit entsteht, die Grundinteressen der geknechteten Massen zu befriedigen, diese Möglichkeit unvermeidlich und allein in der Diktatur des Proletariats, in der Führung dieser Massen durch das Proletariat verwirklicht wird. Für die gesamte Zweite Internationale sind auch das „vergessene Worte“ des Marxismus, und dies Vergessen offenbarte sich außerordentlich grell in der Geschichte der menschwistischen Partei während des ersten Halbjahres der russischen Revolution von 1917.

Zur Frage der Föderativrepublik in Verbindung mit der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung schrieb Engels:

„Was soll an die Stelle (des jetzigen Deutschlands mit seiner reaktionären monarchistischen Verfassung und der ebenso reaktionären Klein-

staaterei, die das spezifische Preußentum verewigt, anstatt sie in Deutschland als Ganzem aufgehen zu lassen) treten? Nach meiner Ansicht kann das Proletariat nur die Form der einen und unteilbaren Republik gebrauchen. Die Föderativrepublik ist auf dem Riesengebiet der Vereinigten Staaten jetzt noch im ganzen eine Notwendigkeit, obgleich sie im Osten bereits ein Hindernis wird. Sie wäre ein Fortschritt in England, wo vier Nationen auf den beiden Inseln wohnen und trotz eines Parlaments schon jetzt dreierlei Gesetzsysteme nebeneinander bestehen. Sie ist in der kleinen Schweiz schon längst ein Hindernis geworden, erträglich nur, weil die Schweiz sich damit begnügt, ein rein passives Glied des europäischen Staatensystems zu sein. Für Deutschland wäre die föderalistische Verschweizerung ein enormer Rückschritt. Zwei Punkte unterscheiden den Bundesstaat vom Einheitsstaat, daß jeder verbündete Einzelstaat, jeder Kanton seine eigene Zivil- und Kriminalgesetzgebung und Gerichtsverfassung hat, und dann, daß neben dem Volkshaus ein Staatenhaus besteht, worin jeder Kanton, groß oder klein, als solcher stimmt. Das erste haben wir glücklich überwunden und werden nicht so kindisch sein, es wieder einzuführen, und das zweite haben wir im Bundesrat und können es sehr gut entbehren, wie denn überhaupt unser ‚Bundesstaat‘ schon den Uebergang zum Einheitsstaat bildet. Und wir haben nicht die 1866 und 1870 gemachte Revolution von oben wieder rückgängig zu machen, sondern ihr die nötige Ergänzung und Verbesserung zu geben durch eine Bewegung von unten.“

Engels zeigt sich nicht nur nicht gleichgültig gegenüber der Frage nach den Staatsformen, er ist im Gegenteil bemüht, mit außerordentlicher Sorgfalt gerade die Uebergangsformen zu analysieren, um je nach den konkret-historischen Eigentümlichkeiten jedes Einzelfalles festzustellen, welchen Uebergang, wovon und zu was, die betreffende Uebergangsform darstellt.

Engels, wie auch Marx, verfißt vom Standpunkt des Proletariats und der proletarischen Revolution den demokratischen Zentralismus, die eine und unteilbare Republik. Die föderative Republik betrachtet er entweder als Ausnahme und als Hindernis der Entwicklung oder aber als Uebergang von der Monarchie zur zentralistischen Republik, als einen „Fortschritt“ unter bestimmten besonderen Verhältnissen. Und unter diesen besonderen Verhältnissen rückt die Nationalitätenfrage in den Vordergrund.

Bei Engels, wie auch bei Marx, findet man, trotz ihrer schonungslosen Kritik der reaktionären Kleinstaaterei und der Verschleierung dieser Reaktion durch die nationale Frage in bestimmten konkreten Fällen, nirgends auch nur die Spur eines Bestrebens, der Nationalitätenfrage aus dem Wege zu gehen, eines Bestrebens, dessen sich die holländischen und polnischen

Marxisten oft schuldig machen, die von dem durchaus berechtigten Kampf gegen den spießhaft-beschränkten Nationalismus „ihrer“ Kleinstaaterei ausgehen.

Selbst in England, wo sowohl die geographischen Bedingungen als auch die Gemeinsamkeit der Sprache sowie die Geschichte vieler Jahrhunderte die Nationalitätenfrage in den einzelnen kleinen Teilen Englands, wie man meinen müßte, „erledigt“ haben sollte, selbst hier stellt Engels die klare Tatsache fest, daß die Nationalitätenfrage noch nicht überwunden ist, und er erblickt daher in der föderativen Republik einen „Fortschritt“. Selbstverständlich ist hier auch nicht die Spur eines Verzichtes auf eine Kritik der Mängel der föderativen Republik, auf die entschiedenste Propaganda und den Kampf für eine einheitliche, zentralistisch-demokratische Republik zu finden.

Engels faßt jedoch den demokratischen Zentralismus keineswegs in jenem bürokratischen Sinne auf, in dem die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologen, zu letzteren gehören auch die Anarchisten, diesen Begriff auffassen. Der Zentralismus schließt für Engels eine weitgehende lokale Selbstverwaltung nicht im geringsten aus, die, bei freiwilliger Verteidigung des Einheitsstaates durch die „Kommunen“ und Bezirke, jeden Bürokratismus und jedes „Kommandieren“ von oben absolut beseitigt.

„...Also einheitliche Republik — schreibt Engels, die programmatischen Ansichten Marx' über den Staat entwickelnd —, aber nicht im Sinne der heutigen französischen, die weiter nichts ist als das 1798 begründete Kaiserreich ohne den Kaiser. Von 1792 bis 1798 besaß jedes französische Departement, jede Gemeinde vollständige Selbstverwaltung nach amerikanischem Muster, und das müssen wir auch haben. Wie die Selbstverwaltung einzurichten ist und wie man ohne Bürokratie fertig werden kann, das bewies uns Amerika und die erste französische Republik, und noch heute Australien, Kanada und die anderen englischen Kolonien. Und eine solche provinzielle und gemeindliche Selbstverwaltung ist weit freier als zum Beispiel der Schweizer Föderalismus, wo der Kanton zwar sehr unabhängig ist gegenüber dem Bund (d. h. dem föderativen Staat im ganzen), aber auch gegenüber dem Bezirk und der Gemeinde. Die Kantonalregierungen ernennen Bezirksstatthalter und Präfekten, wovon man in den Ländern englischer Zunge nichts weiß, und die wir uns ebenso höflichst in Zukunft verbeten haben wollen, wie die preußischen Landräte und Regierungsräte.“ (Kommissare, Kreispolizeichefs, Gouverneure, überhaupt alle von oben ernannte Beamte.)

Engels empfiehlt dementsprechend, im Programm den Punkt über die Selbstverwaltung wie folgt zu formulieren:

„Vollständige Selbstverwaltung in Provinz“ (Gouvernement oder Gebiet), „Kreis und Gemeinde durch nach allgemeinem Stimmrecht gewählte Beamte, Abschaffung aller von Staats wegen ernannten Lokal- und Provinzialbehörden.“

In der von Kerenski und den anderen „sozialistischen“ Ministern verbotenen „Prawda“ (Nr. 68 vom 28. Mai 1917*) habe ich bereits Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, wie in diesem Punkt (selbstverständlich nicht nur in diesem allein) unsere angeblich sozialistischen Vertreter einer angeblich revolutionären angeblichen Demokratie himmelschreiende Verstöße gegen die Demokratie sich haben zuschulden kommen lassen. Es ist begreiflich, daß Leute, die sich durch eine „Koalition“ mit der imperialistischen Bourgeoisie gebunden haben, diesen Hinweisen gegenüber taub geblieben sind.

Es ist äußerst wichtig, hervorzuheben, daß Engels an Hand von Tatsachen, an einem genauen Beispiel das besonders unter der kleinbürgerlichen Demokratie weit verbreitete Vorurteil widerlegt, die föderative Republik bedeute unbedingt eine größere Freiheit als die zentralistische. Das ist falsch. Die von Engels angeführten Tatsachen hinsichtlich der zentralistischen französischen Republik vom Jahre 1792 bis 1798 und der föderalistischen schweizerischen Republik widerlegen dies. Die wirklich demokratische zentralistische Republik bot mehr Freiheit als die föderalistische. Oder anders ausgedrückt: die größte lokale, bezirkliche usw. Freiheit, die die Geschichte kennt, hat die zentralistische und nicht die föderative Republik geboten.

Dieser Tatsache, wie überhaupt der ganzen Frage der föderativen und zentralistischen Republik sowie der lokalen Selbstverwaltung, wurde und wird in unserer Parteipropaganda und -agitation nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt.

* Siehe Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XX, 2, S. 56—59. Die Red.

5. Die Einleitung zu Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich“ vom Jahre 1891

In seiner Einleitung zur dritten Auflage des „Bürgerkrieg in Frankreich“ — diese Einleitung ist datiert vom 18. März 1891 und war ursprünglich in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht — gibt Engels neben interessanten beiläufigen Bemerkungen über Fragen, die mit dem Verhältnis zum Staat zusammenhängen, eine überaus plastische Zusammenfassung der Lehren der Kommune. Diese, durch die ganze Erfahrung einer zwanzigjährigen Periode, die den Verfasser von der Kommune trennte, vertiefte Zusammenfassung, die besonders gegen die in Deutschland verbreitete „abergläubische Verehrung des Staates“ gerichtet war, kann mit Recht als das letzte Wort des Marxismus zu der in Betracht stehenden Frage bezeichnet werden.

In Frankreich, bemerkt Engels, waren die Arbeiter nach jeder Revolution bewaffnet,

„für die am Staatsruder befindlichen Bourgeois war daher Entwaffnung der Arbeiter erstes Gebot. Daher nach jeder durch die Arbeiter erkämpften Revolution ein neuer Kampf, der mit der Niederlage der Arbeiter endigt.“

Die Bilanz der Erfahrung der bürgerlichen Revolutionen ist ebenso kurz wie eindrucksvoll. Der Kern der Sache — nebenbei auch in der Frage des Staates (ob die unterdrückte Klasse Waffen besitzt?) — ist hier treffend erfaßt. Gerade diesen Kern umgehen meistens sowohl die unter dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie stehenden Professoren als auch die kleinbürgerlichen Demokraten. In der russischen Revolution von 1917 fiel dem „Menschewik“ und „Auch-Marxisten“ Zeretelli die Ehre zu (eine Cavaignac'sche Ehre), dieses Geheimnis der bürgerlichen Revolutionen auszulaudern. In seiner „historischen“ Rede vom 9. Juni plauderte Zeretelli den Entschluß der Bourgeoisie aus, die Petersburger Arbeiter zu entwaffnen, wobei er natürlich diesen Beschluß als seinen eigenen und überhaupt als eine „Staats“notwendigkeit hinstellte!

Die historische Rede Zeretellis vom 9. Juni wird natürlich für jeden Geschichtsschreiber der Revolution von 1917 eine der anschaulichsten Illustrationen dafür bieten, wie der von Herrn Zeretelli geführte Block der Sozialrevolutionäre und Menschewiki auf

die Seite der Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat übergegangen ist.

Eine andere beiläufige Bemerkung von Engels, die ebenfalls mit der Frage des Staates zusammenhängt, bezieht sich auf die Religion. Es ist bekannt, daß die deutsche Sozialdemokratie in dem Maße, wie sie versumpfte und opportunistischer wurde, immer mehr und mehr zu einer philisterhaften Verballhornung der berühmten Formel: „Erklärung der Religion zur Privatsache“ hinabglitt. Nämlich: diese Formel wurde so gedeutet, als sei auch für die Partei des revolutionären Proletariats die Frage der Religion eine private Angelegenheit!! Gegen diesen völligen Verrat des revolutionären Programms des Proletariats machte Engels Front, der 1891 erst ganz schwache Keime des Opportunismus in seiner Partei beobachtete und sich daher äußerst vorsichtig ausdrückte.

„Wie in der Kommune fast nur Arbeiter oder anerkannte Arbeitervertreter saßen, so trugen auch ihre Beschlüsse einen entschieden proletarischen Charakter. Entweder dekretierten sie Reformen, die die republikanische Bourgeoisie nur aus Feigheit unterlassen hatte, die aber für die freie Aktion der Arbeiterklasse eine notwendige Grundlage bildeten, wie die Durchführung des Satzes, daß dem Staat gegenüber die Religion bloße Privatsache sei; oder sie erließ Beschlüsse direkt im Interesse der Arbeiterklasse, und teilweise tief einschneidend in die alte Gesellschaftsordnung.“

Engels unterstrich die Worte „dem Staat gegenüber“ mit Absicht und traf den deutschen Opportunismus an seiner verwundbarsten Stelle, der die Religion zur Privatsache der Partei gegenüber erklärte und somit die Partei des revolutionären Proletariats auf das Niveau eines banalen „freidenkerischen“ Spießertums herabdrückte, das bereit ist, die Konfessionslosigkeit zu dulden, aber auf den Kampf der Partei gegen das volksverdummende religiöse Opium verzichtet.

Der künftige Geschichtsschreiber der deutschen Sozialdemokratie wird bei der Aufspürung der Wurzeln ihres schmachvollen Zusammenbruches im Jahre 1914 nicht wenig interessantes Material zu dieser Frage vorfinden, angefangen von den ausweichenden, dem Opportunismus Tür und Tor öffnenden Erklärungen in den Artikeln des geistigen Führers der Partei, Kautsky, bis zu dem Verhalten der Partei zu der „Los-von-der-Kirche-Bewegung“ im Jahre 1913.

Gehen wir jedoch dazu über, wie Engels zwanzig Jahre nach der Kommune für das kämpfende Proletariat das Fazit ihrer Lehren zog.

Folgende Lehren rückte Engels in den Vordergrund:

„...Gerade die unterdrückende Macht der bisherigen zentralisierten Regierung, Armee, politische Polizei, Bureaucratie, die Napoleon 1798 geschaffen und die seitdem jede neue Regierung als willkommenes Werkzeug übernommen und gegen ihre Gegner ausgenutzt hatte, gerade diese Macht sollte überall fallen, wie sie in Paris bereits gefallen war.

Die Kommune mußte gleich von vornherein anerkennen, daß die Arbeiterklasse, einmal zur Herrschaft gekommen, nicht fortwirtschaften könne mit der alten Staatsmaschine; daß diese Arbeiterklasse, um nicht ihrer eigenen, erst eben eroberten Herrschaft wieder verlustig zu gehen, einerseits alle die alte, bisher gegen sie selbst ausgenutzte Unterdrückungsmaschinerie beseitigen, andererseits aber sich sichern müsse gegen ihre eigenen Abgeordneten und Beamten, indem sie diese, ohne alle Ausnahme, für jederzeit absetzbar erklärte...“

Engels unterstreicht immer wieder, daß nicht nur in der Monarchie, sondern auch in der demokratischen Republik der Staat ein Staat bleibt, d. h. seinen grundlegenden spezifischen Charakter beibehält: die beamteten Personen, die „Diener der Gesellschaft“, ihre Organe in Herren über die Gesellschaft zu verwandeln.

„Gegen diese, in allen bisherigen Staaten unumgängliche Verwandlung des Staates und der Staatsorgane aus Dienern der Gesellschaft in Herren der Gesellschaft wandte die Kommune zwei unfehlbare Mittel an. Erstens besetzte sie alle Stellen, verwaltende, richtende, lehrende, durch Wahl nach allgemeinem Stimmrecht der Beteiligten, und zwar auf jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten. Und zweitens zahlte sie für alle Dienste, hohe wie niedrige, nur den Lohn, den andere Arbeiter empfangen. Das höchste Gehalt, das sie überhaupt zahlte, war 6000 Franken*. Damit war der Stellenjägerei und dem Strebertum ein sicherer Riegel vorgeschoben, auch ohne die gebundenen Mandate bei Delegierten zu Vertretungskörpern, die noch zum Ueberfluß hinzugefügt wurden...“

Engels kommt hier an jene interessante Grenze, wo die konsequente Demokratie auf der einen Seite sich in Sozialismus verwandelt und auf der anderen Seite den Sozialismus er-

* Nominell waren das zirka 2400 Rubel, nach dem heutigen Kurse (geschrieben im August 1917. Die Red.) zirka 6000 Rubel. Ganz unverzeihlich handeln jene Bolschewiki, die beispielsweise in den Stadtparlamenten Gehälter von 9000 Rubel vorschlagen, statt ein Maximum von 6000 Rubel für den ganzen Staat zu beantragen, die durchaus genügen würden. (6000 Fr. = 4800 Mark.)

f o r d e r t. Denn zur Aufhebung des Staates ist die Umwandlung der Funktionen des Staatsdienstes in solche einfachen Operationen der Kontrolle und Registrierung notwendig, die die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung und später die gesamte Bevölkerung ohne Ausnahme auszuführen in der Lage ist. Und die völlige Beseitigung des Strebentums erfordert, daß ein „Ehrenamt“, auch wenn es nichts einbringt, nicht zum Sprungbrett dient, um aus dem Staatsdienst in hochbezahlte Stellungen bei Banken und Aktiengesellschaften zu gelangen, wie das in allen kapitalistischen Ländern, auch den freiesten, ständig der Fall ist.

Engels begeht aber nicht den Fehler, den viele Marxisten in der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker begehen: unter dem Kapitalismus sei die Selbstbestimmung unmöglich und unter dem Sozialismus überflüssig. Eine derartige geistreich sein sollende, in Wirklichkeit aber falsche Argumentation könnte man über jede demokratische Einrichtung wiederholen, auch über die bescheidenen Beamtengehälter, denn eine bis zu Ende konsequente Demokratie ist unter dem Kapitalismus unmöglich und unter dem Sozialismus wird jede Demokratie absterben.

Das ist eine Sophisterei, die an den alten Scherz erinnert, ob ein Mensch kahlköpfig wird, wenn er ein Haar verliert.

Die Entwicklung der Demokratie bis zu Ende, das Auffinden der Formen einer solchen Entwicklung, ihre Erprobung durch die Praxis usw. — das alles bildet einen Bestandteil der Aufgaben des Kampfes um die soziale Revolution. Für sich genommen kann kein Demokratismus den Sozialismus bringen. Im Leben aber wird der Demokratismus nie „für sich genommen“, sondern er wird mit anderen Erscheinungen „zusammen genommen“, er wird seinen Einfluß auf die Oekonomie ausüben, ihre Umgestaltung fördern, dem Einfluß der ökonomischen Entwicklung unterliegen usw. So ist die Dialektik der lebendigen Geschichte.

Engels fährt fort:

„Diese Sprengung der bisherigen Staatsmacht und ihre Ersetzung durch eine neue, in Wahrheit demokratische, ist im dritten Abschnitt des ‚Bürgerkriegs‘ eingehend geschildert. Es war aber nötig, hier nochmals kurz auf einige Züge derselben einzugehen, weil gerade in Deutschland der

Aberglaube an den Staat aus der Philosophie sich in das allgemeine Bewußtsein der Bourgeoisie und selbst vieler Arbeiter übertragen hat. Nach der philosophischen Vorstellung ist der Staat die ‚Verwirklichung der Idee‘, oder das ins Philosophische übersetzte Reich Gottes auf Erden, das Gebiet, worauf die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit sich verwirklicht oder verwirklichen soll. Und daraus folgt dann eine abergläubige Verehrung des Staats und alles dessen, was mit dem Staat zusammenhängt, und die sich um so leichter einstellt, als man sich von Kindesbeinen daran gewöhnt hat, sich einzubilden, die der ganzen Gesellschaft gemeinsamen Geschäfte und Interessen könnten nicht anders besorgt werden, als wie sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und seine wohlbestallten Behörden. Und man glaubt schon einen ganz gewaltig kühnen Schritt getan zu haben, wenn man sich frei gemacht vom Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört. In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie; und im besten Fall ein Uebel, das dem im Kampf um die Klassenherrschaft siegreichen Proletariat vererbt wird, und dessen schlimmste Seiten es, ebensowenig wie die Kommune, umhin können wird, sofort möglichst zu beschneiden, bis ein in neuen, freien Gesellschaftszuständen herangewachsenes Geschlecht imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun.“

Engels ermahnte die Deutschen, im Falle der Ersetzung der Monarchie durch die Republik die Grundlagen des Sozialismus in der Frage des Staates nicht zu vergessen. Seine Warnungen lesen sich jetzt geradezu wie eine Lektion an die Herren Zerebelli und Tschernow, die in ihrer „Koalitions“praxis ihren Aberglauben an den Staat und eine abergläubische Verehrung des Staates an den Tag gelegt haben!

Noch zwei Bemerkungen. Erstens: wenn Engels sagt, daß in einer demokratischen Republik der Staat „nicht minder“ als in der Monarchie eine „Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere“ bleibt, so bedeutet das durchaus nicht, daß die Form der Unterdrückung dem Proletariat gleichgültig ist, wie manche Anarchisten „lehren“. Eine breitere, freiere, offener Form des Klassenkampfes und der Klassenunterdrückung bedeutet für das Proletariat eine riesige Erleichterung im Kampfe um die Aufhebung der Klassen überhaupt.

Zweitens: die Frage, warum erst eine neue Generation imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun, hängt mit der Frage der Ueberwindung der Demokratie zusammen, zu der wir jetzt übergehen.

6. Engels über die Ueberwindung der Demokratie

Engels hatte Gelegenheit, sich hierüber im Zusammenhang mit der Frage der wissenschaftlichen Unzulänglichkeit der Bezeichnung „Sozialdemokrat“ zu äußern.

Im Vorwort zu einer Ausgabe seiner aus den siebziger Jahren stammenden Aufsätze über verschiedene Themen, hauptsächlich „internationalen“ Inhalts („Internationales aus dem Volksstaat“), einem vom 3. Januar 1894 datierten Vorworte, das also anderthalb Jahre vor Engels' Tode geschrieben worden ist, heißt es, daß in allen Aufsätzen das Wort „Kommunist“ und nicht „Sozialdemokrat“ gebraucht worden sei, weil damals die Proudhonisten in Frankreich und die Lassalleaner in Deutschland sich Sozialdemokraten nannten.

„...Für Marx und mich war es daher rein unmöglich, zur Bezeichnung unseres speziellen Standpunktes einen Ausdruck von solcher Dehnbarkeit zu wählen. Heute ist das anders, und so mag das Wort („Sozialdemokrat“) passieren, so unpassend es bleibt für eine Partei, deren ökonomisches Programm nicht bloß allgemein sozialistisch, sondern direkt kommunistisch, und deren politisches letztes Endziel die Ueberwindung des ganzen Staates, also auch der Demokratie ist. Die Namen wirklicher (von Engels gesperrt) politischer Parteien stimmen aber nie ganz; die Partei entwickelt sich, der Name bleibt.“

Der Dialektiker Engels bleibt am Ende seiner Tage der Dialektik treu. Marx und ich, sagte er, hatten einen ausgezeichneten, wissenschaftlich genauen Namen für die Partei, aber es gab keine wirkliche, d. h. keine proletarische Massenpartei. Jetzt (Ende des 19. Jahrhunderts) ist eine wirkliche Partei vorhanden, aber ihr Name ist wissenschaftlich unrichtig. Das schadet nichts, es „mag passieren“, wenn nur die Partei sich entwickelt, wenn nur die wissenschaftliche Ungenauigkeit ihres Namens der Partei selbst nicht verborgen bleibt und sie nicht daran hindert, sich in der richtigen Richtung zu entwickeln!

Mancher Spaßvogel wird vielleicht auch uns, die Bolschewiki, nach der Art von Engels trösten wollen: wir haben eine wirkliche Partei, sie entwickelt sich vorzüglich; es mag also auch ein so sinnloses und monströses Wort wie „Bolschewik“ „passieren“,

das nichts weiter ausdrückt, als den rein zufälligen Umstand, daß wir 1903 auf dem Brüssel-Londoner Parteitag die Mehrheit hatten... Vielleicht würde ich jetzt, wo die Juli- und Augustverfolgungen unserer Partei durch die Republikaner und die „revolutionäre“ kleinbürgerliche Demokratie das Wort „Bolschewik“ im ganzen Volke zu einem Ehrennamen gemacht, wo sie außerdem einen so ungeheuren historischen Fortschritt unserer Partei in ihrer w i r k l i c h e n Entwicklung bezeichnet haben, vielleicht würde auch ich Bedenken tragen, an meinem Vorschlag vom April, den Namen unserer Partei zu ändern, festzuhalten. Vielleicht würde ich meinen Genossen ein „Kompromiß“ vorschlagen: uns fortan Kommunistische Partei zu nennen und in Klammern das Wort Bolschewiki hinzuzufügen...

Doch die Frage des Parteinamens ist ungleich weniger wichtig als die Frage des Verhältnisses des revolutionären Proletariats zum Staat.

In den landläufigen Betrachtungen über den Staat wird fortwährend der Fehler begangen, vor dem hier Engels warnt und den wir in den vorhergegangenen Darlegungen beiläufig gestreift haben. Man vergißt nämlich immer, daß die Aufhebung des Staates auch die Aufhebung der Demokratie bedeutet, daß das Absterben des Staates ein Absterben der Demokratie ist.

Auf den ersten Blick erscheint eine solche Behauptung äußerst sonderbar und unverständlich; bei manchem mag wohl die Befürchtung auftauchen, daß wir den Anbruch einer Gesellschaftsordnung erwarten, in der das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit nicht eingehalten werden würde, denn Demokratie bedeute ja gerade die Anerkennung eines solchen Prinzips!

Nein. Demokratie ist n i c h t identisch mit Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Demokratie ist ein die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkennender S t a a t , d. h. eine Organisation zur systematischen Vergewaltigung einer Klasse durch die andere, eines Teiles der Bevölkerung durch den anderen.

Wir setzen uns als Endziel die Vernichtung des Staates, d. h. jeder organisierten und systematischen Gewalt, jeder Vergewaltigung von Menschen überhaupt. Wir erwarten nicht den Anbruch

einer Gesellschaftsordnung, in der das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit nicht eingehalten werden würde. Aber indem wir zum Sozialismus streben, sind wir überzeugt, daß er in den Kommunismus hineinwachsen wird, und im Zusammenhang damit wird jede Notwendigkeit der Gewaltanwendung gegen Menschen überhaupt, der Unterordnung eines Menschen unter den anderen, eines Teiles der Bevölkerung unter den anderen, verschwinden, denn die Menschen werden sich gewöhnen, die elementaren Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens ohne Gewalt und ohne Unterordnung einzuhalten.

Um dieses Element der Gewöhnung zu unterstreichen, spricht Engels eben von einem neuen Geschlecht, das „in neuen, freien Gesellschaftszuständen herangewachsen, imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun“, jeden Staatsplunder, auch den demokratisch-republikanischen.

Um dies klarzumachen, muß man auf die Frage nach den ökonomischen Grundlagen für das Absterben des Staates eingehen.

Fünftes Kapitel

Die ökonomischen Grundlagen für das Absterben des Staates

Am ausführlichsten erörtert Marx diese Frage in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ (Brief an Bracke vom 5. Mai 1875, veröffentlicht erst 1891 in der „Neuen Zeit“, Jahrgang 9, Band I, in russischer Sprache in einer besonderen Ausgabe erschienen*). Der polemische Teil dieses bedeutsamen Werkes, der eine Kritik des Lassalleanertums gibt, hat seinen positiven Teil sozusagen in den Schatten gestellt, nämlich: die Analyse des Zusammenhangs zwischen der Entwicklung des Kommunismus und dem Absterben des Staates.

1. Die Fragestellung bei Marx

Bei einem oberflächlichen Vergleich des Briefes von Marx an Bracke vom 5. Mai 1875 mit dem früher erwähnten Briefe von Engels an Bebel vom 28. März 1875, könnte es scheinen, als wäre Marx viel mehr „Staatsmensch“ als Engels und als bestünde zwischen den Ansichten der beiden Verfasser über den Staat ein erheblicher Unterschied.

Engels empfiehlt Bebel, das ganze Gerede vom Staate überhaupt fallen zu lassen, das Wort „Staat“ ganz aus dem Programm zu entfernen und es durch das Wort „Gemeinwesen“ zu ersetzen; Engels erklärt sogar, daß die Kommune kein Staat im eigentlichen Sinne mehr gewesen sei. Marx dagegen spricht sogar vom „zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft“, d. h. er erkennt scheinbar die Notwendigkeit des Staates selbst unter dem Kommunismus an.

* Jetzt auch abgedruckt in Marx-Engels, Programmkritiken, Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin 1928, S. 15 ff. Die Red.

Eine solche Auffassung wäre jedoch grundfalsch. Eine nähere Betrachtung ergibt, daß die Ansichten von Marx und Engels über den Staat und dessen Absterben sich durchaus decken, und daß der vorerwähnte Ausdruck von Marx sich gerade auf diesen **a b - sterben den Staat** bezieht.

Es ist klar, daß von einer Bestimmung des Zeitpunktes des künftigen „Absterbens“ keine Rede sein kann, um so mehr, als es sich selbstverständlich um einen langen Prozeß handeln wird. Der scheinbare Unterschied zwischen Marx und Engels erklärt sich aus der Verschiedenheit der Gegenstände, die sie behandelten, der Aufgaben, die sie sich gestellt hatten. Engels stellte sich die Aufgabe, Bebel anschaulich, scharf, in großen Zügen, den ganzen Unsinn der landläufigen (und von Lassalle geteilten) Vorurteile in bezug auf den Staat nachzuweisen. Marx streift diese Frage nur nebenbei; ihn interessiert ein anderes Thema: die **E n t w i c k l u n g** der kommunistischen Gesellschaft.

Die ganze Theorie von Marx ist eine Anwendung der Entwicklungstheorie — in ihrer konsequentesten, vollkommensten, durchdachtesten und inhaltreichsten Form — auf den modernen Kapitalismus. Naturgemäß entstand für Marx die Frage der Anwendung dieser Theorie auch auf den **b e v o r s t e h e n d e n** Zusammenbruch des Kapitalismus und die **k ü n f t i g e** Entwicklung des **k ü n f t i g e n** Kommunismus.

Auf Grund welcher Unterlagen kann aber die Frage nach der künftigen Entwicklung des künftigen Kommunismus gestellt werden?

Auf Grund der Tatsache, daß er aus dem Kapitalismus **h e r - v o r g e h t**, sich historisch aus dem Kapitalismus entwickelt, das Resultat der Wirkungen einer gesellschaftlichen Kraft ist, die der Kapitalismus **e r z e u g t** hat. Bei Marx findet sich auch nicht die Spur eines Versuches, Utopien zu konstruieren, in der blauen Luft herumzuraten über Dinge, die man nicht kennen kann. Marx stellt die Frage des Kommunismus so, wie der Naturforscher sie in bezug auf, sagen wir, eine neue biologische Abart stellen würde, wenn ihm bekannt wäre, daß sie so und so entstanden ist und sich in der und der bestimmten Richtung modifiziert.

Marx beseitigt vor allem die Konfusion, die durch das Gothaer Programm in die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft hineingetragen wird.

„Die ‚heutige Gesellschaft‘ ist die kapitalistische Gesellschaft — schreibt er — die in allen Kulturländern existiert, mehr oder weniger frei von mittelalttrigem Beisatz, mehr oder weniger durch die besondere geschichtliche Entwicklung jedes Landes modifiziert, mehr oder weniger entwickelt. Dagegen der ‚heutige Staat‘ wechselt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preußisch-deutschen Reich als in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten. ‚Der heutige Staat‘ ist also eine Fiktion.

Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer trotz ihrer bunten Formverschiedenheit alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehen, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelten. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein. In diesem Sinne kann man von ‚heutigem Staatswesen‘ sprechen, im Gegensatz zur Zukunft, worin seine jetzige Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft, abgestorben ist.

Es fragt sich dann: welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden? In anderen Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher . . .“

Indem Marx also alles Gerede vom „Volksstaat“ verspottet, gibt er die Fragestellung und hebt gewissermaßen warnend hervor, daß man bei wissenschaftlicher Beantwortung der Frage nur mit feststehenden wissenschaftlichen Tatsachen operieren dürfe.

Das erste, was die ganze Entwicklungstheorie, was die gesamte Wissenschaft überhaupt ganz genau festgestellt hat — was die Utopisten vergessen haben und die jetzigen Opportunisten, die sich vor der sozialistischen Revolution fürchten, vergessen — ist der Umstand, daß es geschichtlich zweifellos ein besonderes Stadium oder eine besondere Etappe des Ueberganges vom Kapitalismus zum Kommunismus geben muß.

2. Der Uebergang vom Kapitalismus zum Kommunismus

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft — fährt Marx fort — liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Diese Folgerung beruht bei Marx auf der Analyse der Rolle, die das Proletariat in der modernen kapitalistischen Gesellschaft spielt, auf den Tatsachen der Entwicklung dieser Gesellschaft und der Unversöhnlichkeit des Interessengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

Früher wurde die Frage so gestellt: das Proletariat muß, um seine Befreiung durchzusetzen, die Bourgeoisie stürzen, die politische Macht erobern und seine revolutionäre Diktatur errichten.

Jetzt wird die Frage etwas anders gestellt: der Uebergang von der kapitalistischen Gesellschaft, die sich in der Richtung zum Kommunismus entwickelt, zur kommunistischen Gesellschaft ist unmöglich ohne eine „politische Uebergangsperiode“, und der Staat dieser Periode kann nur die revolutionäre Diktatur des Proletariats sein.

Wie verhält sich nun diese Diktatur zur Demokratie?

Wir haben gesehen, daß das „Kommunistische Manifest“ einfach zwei Begriffe: „Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse“ und „Erkämpfung der Demokratie“ nebeneinander stellt. Auf Grund alles oben Gesagten läßt sich genauer bestimmen, wie sich die Demokratie beim Uebergang vom Kapitalismus zum Kommunismus verändert.

In der kapitalistischen Gesellschaft, ihre günstigste Entwicklung vorausgesetzt, haben wir eine mehr oder weniger vollständige Demokratie in der demokratischen Republik. Diese Demokratie ist jedoch stets in den engen Rahmen der kapitalistischen Ausbeutung gepreßt und bleibt daher im Grunde genommen stets eine Demokratie für die Minderheit, nur für die besitzenden Klassen, nur für die Reichen. Die Freiheit der kapitalistischen Gesellschaft bleibt immer ungefähr dieselbe, wie sie in den griechischen Republiken des Altertums war: Freiheit für die Sklavenhalter. Die modernen Lohnsklaven bleiben vermöge der Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung so von Not und Elend bedrückt, daß sie andere Sorgen haben als „Demokratie“ und „Politik“, so daß bei dem gewöhnlichen friedlichen Gang der Ereignisse die Mehrheit der Bevölkerung von der Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben ausgeschlossen bleibt.

Die Richtigkeit dieser Behauptung wird am anschaulichsten vielleicht durch Deutschland bestätigt, da gerade in diesem Staate

die verfassungsmäßige Legalität sich erstaunlich lange und stabil, nahezu ein halbes Jahrhundert (1871—1914) erhalten und die Sozialdemokratie es verstanden hat, in dieser Zeit viel mehr als in anderen Ländern die „Legalität auszunutzen“ und einen so großen Teil der Arbeiterschaft in einer politischen Partei zu organisieren, wie sonst nirgends in der Welt.

Wie groß ist nun dieser höchste in der kapitalistischen Gesellschaft je beobachtete Anteil der politisch bewußten und aktiven Lohnsklaven? Eine Million Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei — von fünfzehn Millionen Lohnarbeitern! Drei Millionen gewerkschaftlich Organisierte — von fünfzehn Millionen!

Demokratie für eine verschwindende Minderheit, Demokratie für die Reichen — das ist der Demokratismus der kapitalistischen Gesellschaft. Betrachtet man den Mechanismus der kapitalistischen Demokratie genauer, so erblickt man allüberall, in den „geringfügigen“, angeblich „geringfügigen“, Einzelheiten des Wahlrechts (Ansässigkeitszensus, Ausschließung der Frauen usw.) wie in der Technik der Vertretungskörperschaften, in den tatsächlichen Behinderungen des Versammlungsrechtes (die öffentlichen Gebäude sind nicht für die „Bettler“ da) wie in der rein kapitalistischen Organisation der Tagespresse usw. usw. — überall, wo man hinblickt, Beschränkungen auf Beschränkungen der Demokratie. Diese Beschränkungen, Ausnahmen, Behinderungen für die Armen erscheinen gering, besonders demjenigen, der selbst nie Not gekannt hat und mit den geknechteten Klassen in ihrem Massenleben nicht in Berührung gekommen ist (und das trifft für neun von zehn, wenn nicht gar für neunundneunzig von hundert bürgerlichen Publizisten und Politikern zu) — aber zusammengenommen bewirken diese Beschränkungen die Ausschließung, die Verdrängung der Habenichtse von der Politik, von der aktiven Beteiligung an der Demokratie.

Marx hat dieses Wesen der kapitalistischen Demokratie glänzend erfaßt, als er in seiner Analyse der Erfahrungen der Kommune sagte: den geknechteten Klassen wird in mehreren Jahren einmal gestattet, darüber zu entscheiden, welcher Vertreter der unterdrückenden Klasse im Parlament sie ver- und zertreten soll!

Aber von dieser kapitalistischen, unvermeidlich engen, die Armen im stillen zurückstoßenden und daher durch und durch

heuchlerischen und lügenhaften Demokratie führt die weitere Entwicklung nicht einfach, gerade und glatt zu einer „immer größeren Demokratie“, wie die liberalen Professoren und kleinbürgerlichen Opportunisten es darzustellen beliebten. Nein. Die weitere Entwicklung, d. h. die Entwicklung zum Kommunismus, geht über die Diktatur des Proletariats und kann auch gar nicht anders gehen, denn niemand außer dem Proletariat ist imstande, den Widerstand der kapitalistischen Ausbeuter zu brechen, und einen anderen Weg gibt es nicht.

Die Diktatur des Proletariats aber, d. h. die Organisation der Vorhut der Unterdrückten zur herrschenden Klasse zwecks Niederhaltung der Ausbeuter, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie bringen. Zugleich mit der ungeheuren Erweiterung der Demokratie, die zum ersten Male eine Demokratie für die Armen, für das Volk wird, und nicht eine Demokratie für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe Ausnahmen von der Freiheit gegenüber den Ausbeutern, den Unterdrückern, den Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie ist.

Engels hat das ausgezeichnet in seinem Brief an Bebel zum Ausdruck gebracht, wo er, wie der Leser sich entsinnen wird, sagte: „solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen.“

Demokratie für die riesige Mehrheit des Volkes und gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter, der Unterdrücker des Volkes, d. h. ihre Ausschließung von der Demokratie — das ist die Modifizierung der Demokratie beim Uebergang vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Erst in der kommunistischen Gesellschaft, wo der Widerstand der Kapitalisten endgültig gebrochen ist, wo die Kapitalisten verschwunden sind, wo es keine Klassen mehr gibt (d. h. wo es keinen Unterschied mehr gibt zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Produktions-

mitteln) — erst da „hört der Staat auf zu bestehen“, und „kann von Freiheit die Rede sein“. Erst da ist die Demokratie möglich und wird eine wirklich vollständige Demokratie, wirklich ohne irgendwelche Ausnahmen durchgeführt werden können. Und erst da beginnt die Demokratie abzusterben, aus dem einfachen Grunde, weil die von der kapitalistischen Sklaverei, von den ungezählten Greueln, Brutalitäten, Widersinnigkeiten, Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung befreiten Menschen sich allmählich gewöhnen werden, die elementarsten, von alters her bekannten und seit Jahrtausenden in allen Vorschriften wiederholten Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens einzuhalten, einzuhalten ohne Gewalt, ohne Zwang, ohne Unterordnung, ohne besonderen Zwangsapparat, der sich Staat nennt.

Der Ausdruck „der Staat stirbt ab“ ist sehr treffend gewählt, denn er verweist sowohl auf das Allmähliche wie auf das Elementare des Prozesses. Nur die Gewöhnung kann und wird zweifellos eine solche Wirkung ausüben, denn wir beobachten rings um uns millionenmal, wie leicht sich Menschen an die Einhaltung der für sie notwendigen Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewöhnen, wenn es keine Ausbeutung gibt, wenn nichts vorhanden ist, was sie empört, zu Protest und Aufstand herausfordert, die Notwendigkeit der Unterdrückung schafft.

Also: in der kapitalistischen Gesellschaft haben wir eine beschnittene, dürftige, falsche Demokratie nur für die Reichen, für eine Minderheit. Die Diktatur des Proletariats, die Periode des Uebergangs zum Kommunismus, wird zum ersten Male eine Demokratie für das Volk, für die Mehrheit schaffen, neben der notwendigen Niederhaltung der Minderheit, der Ausbeuter. Einzig und allein der Kommunismus ist imstande, eine wahrhaft vollständige Demokratie zu bieten, und je vollständiger diese sein wird, um so schneller wird sie unnötig werden, von selbst absterben.

Mit anderen Worten: im Kapitalismus haben wir den Staat im eigentlichen Sinne des Wortes, eine besondere Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar der Mehrheit durch eine Minderheit. Natürlich erfordert der Erfolg eines

solchen Geschäfts, wie die systematische Unterdrückung der Mehrheit der Ausgebeuteten durch die Minderheit der Ausbeuter, die größte Grausamkeit, eine bestialische Unterdrückung, Meere von Blut, durch die die Menschheit im Zustande der Sklaverei, der Leibeigenschaft, der Lohnarbeit hindurchwädet.

Weiter. Beim Uebergang vom Kapitalismus zum Kommunismus ist die Unterdrückung noch notwendig, aber bereits die Unterdrückung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Ausgebeuteten. Ein besonderer Apparat, eine besondere Unterdrückungsmaschine, ein „Staat“, ist noch notwendig, aber es ist bereits ein Uebergangsstaat, kein Staat im eigentlichen Sinne mehr, denn die Niederhaltung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Lohnsklaven von gestern ist eine verhältnismäßig so leichte, einfache und natürliche Sache, daß sie viel weniger Blut kosten wird als die Unterdrückung von Aufständen der Sklaven, Leibeigenen, Lohnarbeiter, daß sie der Menschheit viel billiger zu stehen kommen wird. Und sie ist auch vereinbar mit der Ausdehnung der Demokratie auf eine so überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, daß das Bedürfnis nach einer besonderen Maschine zur Unterdrückung zu verschwinden beginnt. Die Ausbeuter sind natürlich nicht imstande, das Volk ohne eine sehr komplizierte Maschine zur Erfüllung dieser Aufgabe niederzuhalten; das Volk dagegen vermag die Ausbeuter mit einer sehr einfachen „Maschine“, nahezu ohne „Maschine“, ohne einen besonderen Apparat niederzuhalten, durch die einfache Organisation der bewaffneten Massen (etwa der Arbeiter- und Soldatenräte, wie vorausseilend bemerkt sei).

Schließlich, nur der Kommunismus schafft den Zustand, unter dem der Staat völlig unnötig wird, denn es ist niemand da, der niedergehalten werden müßte, „niemand“ im Sinne einer Klasse, im Sinne des systematischen Kampfes gegen einen bestimmten Teil der Bevölkerung. Wir sind keine Utopisten und leugnen durchaus nicht die Möglichkeit und Unvermeidlichkeit von Ausschreitungen einzelner Personen sowie die Notwendigkeit, gegen solche Ausschreitungen vorzugehen. Aber erstens bedarf es hierfür keiner besonderen Maschine, keines besonderen Unterdrückungsapparates. Das wird das bewaffnete Volk selbst ebenso einfach und leicht bewerkstelligen, wie eine beliebige

Ansammlung zivilisierter Menschen sogar in der heutigen Gesellschaft raufende Menschen auseinanderbringt oder die Vergewaltigung einer Frau verhindert. Zweitens wissen wir, daß die soziale Grundursache der Ausschreitungen, die eine Verletzung der Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens bedeuten, die Ausbeutung der Massen, ihre Not und ihr Elend ist. Mit der Beseitigung dieser Hauptursache werden die Ausschreitungen unvermeidlich „a b z u s t e r b e n“ beginnen. Wir wissen nicht, wie rasch und in welcher Aufeinanderfolge es geschehen wird, aber wir wissen, daß sie absterben werden. Mit dem Absterben der Ausschreitungen wird auch der Staat a b s t e r b e n.

Marx bestimmte, ohne sich auf Utopien einzulassen, näher das, was sich j e t z t über diese Zukunft bestimmen läßt, nämlich den Unterschied zwischen der niederen und der höheren Phase (Stufe, Etappe) der kommunistischen Gesellschaft.

3. Die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft

In seiner „Kritik des Gothaer Programms“ widerlegt Marx eingehend die Lassallesche Idee, der Arbeiter würde unter dem Sozialismus den „ungekürzten“ oder „vollen Arbeitsertrag“ erhalten. Marx zeigt, daß von dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt abzuziehen ist ein Reservefonds, ein Fonds für Ausdehnung der Produktion, ferner für Ersatz der „verbrauchten“ Maschinen usw., sodann aus den Konsumtionsmitteln ein Fonds für Verwaltungskosten, für Schulen, Krankenhäuser, Altersheime und dergleichen.

An Stelle der nebelhaften, unklaren, allgemeinen Phrase Lassalles („dem Arbeiter den vollen Arbeitsertrag“) liefert Marx eine nüchterne Kalkulation, wie die sozialistische Gesellschaft zu wirtschaften gezwungen sein wird. Marx geht an die k o n k r e t e Analyse der Lebensbedingungen einer solchen Gesellschaft, in der es keinen Kapitalismus mehr geben wird, und sagt:

„Womit wir es h i e r zu tun haben (bei der Erörterung des Programms der Arbeiterpartei), ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht; die also in jeder

Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.“

Diese kommunistische Gesellschaft, die eben erst aus dem Schoße des Kapitalismus ans Tageslicht tritt, die in jeder Beziehung den Stempel der alten Gesellschaft trägt, bezeichnet Marx als die „erste“ oder niedere Phase der kommunistischen Gesellschaft.

Die Produktionsmittel sind bereits nicht mehr Privateigentum einzelner Personen. Die Produktionsmittel gehören der ganzen Gesellschaft. Jedes Mitglied der Gesellschaft leistet einen gewissen Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit und erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß es so und so viel Arbeit geliefert habe. Auf diesen Schein erhält es ein entsprechendes Quantum Produkte aus den öffentlichen Magazinen der Konsumtionsmittel. Nach Abzug des Arbeitsquantums, das für die gemeinschaftlichen Fonds bestimmt ist, erhält jeder Arbeiter also von der Gesellschaft so viel zurück, wie er ihr gegeben hat.

Es herrscht gewissermaßen „Gleichheit“.

Wenn aber Lassalle, der eine solche Gesellschaftsordnung im Auge hat (die gewöhnlich als Sozialismus bezeichnet wird, während Marx sie als erste Phase des Kommunismus bezeichnet), sagt, das wäre eine „gerechte Verteilung“, „gleiches Recht auf den gleichen Arbeitsertrag“, so irrt er, und Marx deckt seinen Irrtum auf.

„Gleiches Recht“, sagt Marx, haben wir hier allerdings, es ist aber noch das „bürgerliche Recht“, das, wie alles Recht, Ungleichheit voraussetzt. Jedes Recht bedeutet die Anwendung eines gleichen Maßstabes auf verschiedene Individuen, die in Wirklichkeit nicht gleich, die ungleich sind; das „gleiche Recht“ ist daher eine Verletzung der Gleichheit und eine Ungerechtigkeit. In der Tat erhält jeder, der einen gleichen Teil der gesellschaftlichen Arbeit geleistet, den gleichen Anteil am gesellschaftlichen Produkt (nach den erwähnten Abzügen).

Die einzelnen Menschen sind aber nicht gleich: der eine ist stärker, der andere schwächer; der eine ist verheiratet, der andere nicht, der eine hat mehr, der andere weniger Kinder usw.

„...Bei gleicher Arbeitsleistung — folgert Marx — und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andere, ist der eine reicher als der andere usw. Um

alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht, statt gleich, ungleich sein.“

Gerechtigkeit und Gleichheit kann also die erste Phase des Kommunismus noch nicht geben: Unterschiede im Reichtum und ungerechte Unterschiede bleiben bestehen, unmöglich aber wird die Ausbeutung eines Menschen durch den anderen, denn es ist nicht mehr möglich, die Produktionsmittel, die Fabriken, Maschinen, den Grund und Boden usw. als Privateigentum an sich zu reißen. Indem Marx die kleinbürgerliche, unklare Phrase Lassalles von der „Gleichheit“ und „Gerechtigkeit“ überhaupt zerschlägt, zeigt er den Entwicklungsgang der kommunistischen Gesellschaft, die gezwungen ist, zunächst nur die „Ungerechtigkeit“ zu beseitigen, daß die Produktionsmittel von einzelnen Personen angeeignet sind, und vorerst nicht imstande ist, mit einem Schlage auch die weitere Ungerechtigkeit zu beseitigen, daß die Verteilung der Konsumtionsmittel „nach der Arbeitsleistung“ (und nicht nach den Bedürfnissen) erfolgt.

Die Vulgärökonomen, darunter die bürgerlichen Professoren, darunter auch „unser“ Tugan-Baranowski, werfen den Sozialisten ständig vor, sie vergäßen die Ungleichheit der Menschen und „träumten“ von einer Beseitigung dieser Ungleichheit. Ein solcher Vorwurf beweist nur, wie wir sehen, die große Unwissenheit der Herren bürgerlichen Ideologen.

Marx berücksichtigt nicht nur auf das genaueste die unvermeidliche Ungleichheit der Menschen, er berücksichtigt auch noch, daß der bloße Uebergang der Produktionsmittel in das Gemeineigentum der ganzen Gesellschaft („Sozialismus“ im landläufigen Gebrauch des Wortes) die Mängel der Verteilung und die Ungleichheiten des „bürgerlichen Rechtes“ nicht beseitigt, das weiter herrscht, soweit die Produkte „nach der Arbeitsleistung“ verteilt werden.

„...Aber diese Mißstände — fährt Marx fort — sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.“

Somit wird in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft (die gewöhnlich Sozialismus genannt wird) das „bürger-

liche Recht“ nicht vollständig abgeschafft, sondern nur zum Teil, nur entsprechend der bereits erreichten ökonomischen Umwälzung, d. h. nur in bezug auf die Produktionsmittel. Das „bürgerliche Recht“ erkennt sie als Privateigentum einzelner Individuen an. Der Sozialismus macht sie zum gesellschaftlichen Eigentum. Insofern — und nur insofern — fällt das bürgerliche Recht fort.

Dieses bleibt jedoch in seinem anderen Teil bestehen, es bleibt als Regulator (Ordner) bei der Verteilung der Arbeit und der Produkte unter die Mitglieder der Gesellschaft. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, dieses sozialistische Prinzip ist schon verwirklicht; für das gleiche Quantum Arbeit das gleiche Quantum Produkte — auch dieses sozialistische Prinzip ist schon verwirklicht. Das ist jedoch noch kein Kommunismus, und das beseitigt noch nicht das „bürgerliche Recht“, das ungleichen Menschen für ungleiche (faktisch ungleiche) Arbeitsleistung die gleiche Menge Produkte zuweist.

Das ist ein „Mißstand“, sagt Marx, aber er ist in der ersten Phase des Kommunismus unvermeidlich, denn ohne in Utopien zu verfallen, darf man nicht glauben, daß die Menschen mit dem Sturz des Kapitalismus plötzlich lernen werden, ohne irgendwelche Rechtsnormen für die Allgemeinheit zu arbeiten, und überdies sind die ökonomischen Voraussetzungen für eine solche Aenderung durch die Abschaffung des Kapitalismus nicht sofort gegeben.

Andere Normen aber als die des „bürgerlichen Rechts“ sind nicht da. Insofern bleibt noch die Notwendigkeit des Staates, der unter Wahrung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die Gleichheit der Arbeitsleistung und die Gleichheit bei der Verteilung der Produkte zu schützen hat.

Der Staat stirbt ab, soweit es keine Kapitalisten, keine Klassen mehr gibt und man daher auch keine Klasse mehr unterdrücken kann.

Der Staat ist jedoch noch nicht ganz abgestorben, denn es bleibt noch der Schutz des „bürgerlichen Rechts“, das die faktische Ungleichheit sanktioniert. Zum vollständigen Absterben des Staates ist der vollständige Kommunismus erforderlich.

4. Die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft

Marx fährt fort:

„...In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

Erst jetzt können wir die ganze Richtigkeit der Bemerkungen von Engels einschätzen, in denen er schonungslos die Unsinnigkeit einer Verbindung der Worte „Freiheit“ und „Staat“ verhöhnt. Solange es einen Staat gibt, gibt es keine Freiheit. Wenn es Freiheit geben wird, wird es keinen Staat mehr geben.

Die ökonomische Grundlage für das vollkommene Absterben des Staates ist eine so hohe Entwicklung des Kommunismus, daß der Gegensatz zwischen geistiger und körperlicher Arbeit verschwindet, damit also eine der wichtigsten Quellen der heutigen gesellschaftlichen Ungleichheit beseitigt wird, und zwar eine Quelle, die durch den bloßen Uebergang der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, durch die bloße Expropriation der Kapitalisten keinesfalls mit einemmal aus der Welt geschafft werden kann.

Diese Expropriation wird eine gigantische Entwicklung der Produktivkräfte ermöglichen. Und wenn wir sehen, wie schon jetzt der Kapitalismus in unglaublicher Weise diese Entwicklung hemmt, wie vieles auf der Grundlage der modernen, bereits erreichten Technik gefördert werden könnte, so sind wir berechtigt, mit voller Ueberzeugung zu sagen, daß die Expropriation der Kapitalisten zweifellos eine ungeheure Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft zur Folge haben wird. Wie rasch aber diese Entwicklung weitergehen wird, wie schnell sie zur Aufhebung der Arbeitsteilung, zur Beseitigung des Gegensatzes von geistiger und körperlicher Arbeit, zur Ver-

wandlung der Arbeit in „das erste Lebensbedürfnis“ führen wird, das wissen wir nicht und können es nicht wissen.

Wir sind daher auch nur berechtigt, von dem unvermeidlichen Absterben des Staates zu sprechen unter Betonung der langen Dauer dieses Prozesses, seiner Abhängigkeit vom Entwicklungstempo der höheren Phase des Kommunismus, wobei die Frage des Zeitpunktes oder der konkreten Formen des Absterbens vollkommen offen bleibt, denn Unterlagen zur Entscheidung dieser Frage sind nicht vorhanden.

Der Staat wird dann völlig absterben können, wenn die Gesellschaft den Grundsatz: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ verwirklicht haben wird, d. h. wenn die Menschen sich so an die Befolgung der Grundregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewöhnt haben werden und ihre Arbeit so produktiv sein wird, daß sie freiwillig nach ihren Fähigkeiten tätig sein werden. „Der enge bürgerliche Rechtshorizont“, der veranlaßt, mit der Hartherzigkeit eines Shylock darauf bedacht zu sein, daß man nur ja nicht eine halbe Stunde länger als der andere arbeitet, keine geringere Bezahlung erhält als der andere — dieser enge Horizont wird dann überschritten sein. Die Verteilung der Produkte wird dann keine Normierung der jedem einzelnen zukommenden Menge durch die Gesellschaft erfordern; jeder wird frei nehmen „nach seinen Bedürfnissen“.

Vom bürgerlichen Standpunkt aus ist es leicht, eine solche Gesellschaftsstruktur als „reine Utopie“ zu bezeichnen und darüber zu grinsen, daß die Sozialisten jedem das Recht zusichern, von der Gesellschaft ohne jegliche Kontrolle über die Arbeitsleistung des einzelnen Bürgers eine beliebige Menge Trüffeln, Automobile, Klaviere u. a. m. zu erhalten. Die Mehrzahl der bürgerlichen „Gelehrten“ beschränkt sich bis auf den heutigen Tag auf dieses Grinsen und zeigt damit nur ihre Unwissenheit und ihre eigennützige Verteidigung des Kapitalismus.

Unwissenheit, denn es ist keinem Sozialisten eingefallen, „zuzusichern“, daß die höhere Phase der Entwicklung des Kommunismus sofort eintreten wird, und die Voraussicht der großen Sozialisten, daß sie eintreten wird, hat nicht die heutige Arbeitsproduktivität und nicht den heutigen Spieß zur Voraus-

setzung, der es fertigbringt, „ohne jeden Grund“, wie die Seminaristen bei Pomjalowski, mit dem gesellschaftlichen Reichtum zu wüsten und Unmögliches zu verlangen.

Bis zum Eintritt der „höheren“ Phase des Kommunismus fordern die Sozialisten die strengste Kontrolle seitens der Gesellschaft und seitens des Staates über das Maß der Arbeit und das Maß der Konsumtion, aber diese Kontrolle muß beginnen mit der Expropriation der Kapitalisten, mit der Kontrolle der Arbeiter über die Kapitalisten, und durchgeführt soll sie werden nicht durch den bürokratischen Staat, sondern durch den Staat der bewaffneten Arbeiter.

Die eigennützige Verteidigung des Kapitalismus durch die bürgerlichen Ideologen (und ihre Schleppenträger vom Schlage der Herren Zeretelli, Tschernow und Konsorten) besteht gerade darin, daß sie durch Diskussionen und Gerede über die ferne Zukunft die dringende und aktuelle Frage der heutigen Politik verfälschen: die Expropriation der Kapitalisten, die Umwandlung aller Bürger in Arbeiter und Angestellte eines großen „Syndikats“, nämlich des ganzen Staates, und die völlige Unterordnung der gesamten Arbeit dieses ganzen Syndikates unter den wahrhaft demokratischen Staat, den Staat der Arbeiter- und Soldatenräte.

Wenn der gelehrte Professor, und mit ihm der Spießer, und mit diesem die Herren Zeretelli und Tschernow, von sinnlosen Utopien, von demagogischen Versprechungen der Bolschewiki, von der Unmöglichkeit der „Einführung“ des Sozialismus sprechen, so meinen sie gerade das höhere Stadium, die höhere Phase des Kommunismus, deren „Einführung“ nicht nur niemand versprochen, sondern an die auch niemand gedacht hat, da sie sich überhaupt nicht „einführen“ läßt.

Und hier sind wir bei der Frage der wissenschaftlichen Unterscheidung zwischen Sozialismus und Kommunismus angelangt, die Engels in seiner vorerwähnten Betrachtung über die Unrichtigkeit der Bezeichnung „Sozialdemokrat“ berührt. Politisch wird der Unterschied zwischen der ersten oder niederen und der höheren Phase des Kommunismus mit der Zeit wahrscheinlich ungeheuer groß sein, doch wäre es lächerlich, jetzt, unter dem Kapitalismus, diesen Unterschied hervorzuheben, und in den Vorder-

grund rücken könnten ihn höchstens vereinzelte Anarchisten (sofern unter den Anarchisten noch welche übriggeblieben sein sollten, die nach der Verwandlung der Kropotkin, Grave, Cornelissen und anderer „Leuchten“ des Anarchismus in Sozialchauvinisten von „Plechanowschem“ Typus oder in Schützengraben-Anarchisten — wie Ge, einer der wenigen Anarchisten, die noch Ehre und Gewissen bewahrt haben, sich ausgedrückt hat — nichts gelernt haben).

Der wissenschaftliche Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus ist aber klar. Was gewöhnlich als Sozialismus bezeichnet wird, nannte Marx die „erste“ oder niedere Phase der kommunistischen Gesellschaft. Insofern die Produktionsmittel Gemeineigentum werden, ist das Wort „Kommunismus“ auch hier angebracht, wenn man nicht vergißt, daß es kein vollständiger Kommunismus ist. Die große Bedeutung der Marxschen Erklärungen besteht darin, daß er auch hier konsequent die materialistische Dialektik, die Entwicklungslehre, anwendet, indem er den Kommunismus betrachtet als etwas, das sich aus dem Kapitalismus entwickelt. An Stelle scholastisch ausgeklügelter, „erdachter“ Definitionen und unfruchtbarer Wortklaubereien (was Sozialismus, was Kommunismus sei) liefert Marx eine Analyse dessen, was man als Stufen der ökonomischen Reife des Kommunismus bezeichnen könnte.

In seiner ersten Phase, auf seiner ersten Stufe kann der Kommunismus ökonomisch noch nicht völlig reif, völlig frei von den Traditionen oder Spuren des Kapitalismus sein. Hieraus erklärt sich eine so interessante Erscheinung, wie die Beibehaltung des „engen bürgerlichen Rechtshorizonts“ während der ersten Phase des Kommunismus. Das bürgerliche Recht auf dem Gebiete der Verteilung der Konsumtionsmittel setzt natürlich auch den bürgerlichen Staat voraus, denn das Recht ist nichts ohne einen Apparat, der imstande ist, die Einhaltung der Rechtsnormen zu erzwingen.

Es ergibt sich also, daß nicht nur unter dem Kommunismus das bürgerliche Recht eine gewisse Zeit bestehen bleibt, sondern sogar der bürgerliche Staat — ohne Bourgeoisie!

Das mag paradox oder als bloße dialektische Spiegelfechterei erscheinen, wie es vielfach dem Marxismus von Leuten zum Vor-

wurf gemacht wird, die sich nicht im geringsten die Mühe genommen haben, seinen überaus tiefen Gehalt zu studieren.

In Wirklichkeit zeigt uns das Leben auf Schritt und Tritt, in der Natur wie in der Gesellschaft, im Neuen Reste des Alten. Und Marx hat nicht willkürlich ein Stückchen „bürgerlichen“ Rechtes in den Kommunismus gesteckt, sondern hat das genommen, was wirtschaftlich und politisch in einer aus dem Schoße des Kapitalismus hervorgehenden Gesellschaft unvermeidlich ist.

Die Demokratie ist von ungeheurer Bedeutung im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten. Die Demokratie ist aber durchaus nicht die Grenze, die nicht überschritten werden kann, sondern lediglich eine der Etappen auf dem Wege vom Feudalismus zum Kapitalismus und vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Demokratie bedeutet Gleichheit. Es ist begreiflich, welch große Bedeutung der Kampf des Proletariats um Gleichheit und die Lösung der Gleichheit besitzt, wenn man diese richtig im Sinne der Aufhebung der Klassen auffaßt. Aber Demokratie bedeutet nur formale Gleichheit. Und sofort nach der Verwirklichung der Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft in Hinsicht auf den Besitz der Produktionsmittel, d. h. der Gleichheit der Arbeit, Gleichheit des Lohnes, wird sich vor der Menschheit unvermeidlich die Frage erheben, wie sie von der formalen zur tatsächlichen Gleichheit, d. h. zur Verwirklichung des Satzes: „jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“, weiterschreiten soll. Welche Etappen die Menschheit auf dem Wege zu diesem höheren Ziel wird durchschreiten müssen, welche praktischen Maßnahmen sie hierzu ergreifen müssen — wir wissen es nicht und können es nicht wissen. Es ist aber wichtig, daß wir uns darüber klar werden, wie unendlich verlogen die übliche bürgerliche Vorstellung ist, der Sozialismus sei etwas Totes, Erstarrtes, ein für allemal Gegebenes, während in Wirklichkeit erst mit dem Sozialismus ein rascher, wirklicher, ein wahrhafter Massenfortschritt auf allen Gebieten des öffentlichen und persönlichen Lebens, zunächst unter Teilnahme der Mehrheit der Bevölkerung und später der gesamten Bevölkerung einsetzen wird.

Die Demokratie ist eine Staatsform, eine der Abarten des Staates. Sie ist daher, wie jeder Staat, eine organisierte, systema-

tische Gewaltanwendung gegenüber den Menschen. Das ist die eine Seite. Andererseits bedeutet Demokratie aber die formale Anerkennung der Gleichheit zwischen den Bürgern, des gleichen Rechtes aller, die Staatseinrichtung und -verwaltung mitzubestimmen. Das wiederum hat zur Folge, daß auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung die Demokratie erstens die dem Kapitalismus gegenüber revolutionäre Klasse, das Proletariat, zusammenschließt und ihm die Möglichkeit gibt, die bürgerliche, auch die bürgerlich-republikanische Staatsmaschine — stehendes Heer, Polizei, Beamtentum — zu zerbrechen, in Scherben zu schlagen, sie aus der Welt zu schaffen und durch eine demokratischere Staatsmaschine, aber immerhin doch eine Staatsmaschine, zu ersetzen, die von den bewaffneten Arbeitermassen gebildet wird und auf eine Beteiligung des gesamten Volkes an der Miliz hinausläuft.

Hier „schlägt die Quantität in Qualität um“: eine solche Stufe der Demokratie ist verknüpft mit der Sprengung des Rahmens der bürgerlichen Gesellschaft, mit dem Beginn ihrer sozialistischen Umgestaltung. Wenn tatsächlich alle an der Leitung des Staates teilnehmen, dann kann sich der Kapitalismus nicht mehr halten. Ihrerseits schafft die Entwicklung des Kapitalismus die Voraussetzungen dafür, daß wirklich „alle“ an der Leitung des Staates teilnehmen können. Zu diesen Voraussetzungen gehört die allgemeine Schulbildung, die bereits in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern durchgeführt ist, ferner die „Schulung und Disziplinierung“ der Millionen von Arbeitern durch den großen, komplizierten vergesellschafteten Apparat der Post, der Eisenbahnen, der Großbetriebe, des Großhandels, des Bankwesens usw. usf.

Unter solchen ökonomischen Voraussetzungen ist es durchaus möglich, sofort, von heute auf morgen, dazu überzugehen, die Kapitalisten und Beamten nach ihrem Sturz bei der Kontrolle über die Produktion und Verteilung, bei der Registrierung der Arbeit und der Produkte durch bewaffnete Arbeiter, durch das gesamte bewaffnete Volk zu ersetzen. (Man darf die Frage der Kontrolle und Registrierung nicht mit der Frage des wissenschaftlich ausgebildeten Personals, der Ingenieure, Agronomen usw. verwechseln: diese Herrschaften arbeiten

heute, indem sie sich den Kapitalisten fügen, sie werden morgen noch besser arbeiten und sich den bewaffneten Arbeitern fügen.)

Registrierung und Kontrolle — das ist das Wichtigste, was zum „Ingangsetzen“, zum richtigen Funktionieren der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft erforderlich ist. Alle Bürger verwandeln sich hier in entlohnte Angestellte des Staates, den die bewaffneten Arbeiter bilden. Alle Bürger werden Angestellte und Arbeiter eines das gesamte Volk umfassenden Staats-„syndikats“. Es handelt sich nur darum, daß sie alle in gleicher Weise arbeiten müssen, das Maß ihrer Arbeit richtig einhalten, und gleichmäßigen Lohn bekommen. Diese Registrierung, die Ausübung dieser Kontrolle ist durch den Kapitalismus auf das äußerste vereinfacht, in ganz außergewöhnlich einfache, jedem des Lesens und Schreibens Kundigen zugängliche Operationen der Beaufsichtigung und Notierung verwandelt, zu deren Verrichtung die Kenntnis der vier Rechnungsarten und die Ausstellung entsprechender Quittungen genügt*.

Wenn die Mehrheit des Volkes beginnen wird, selbständig und überall eine solche Registrierung, eine solche Kontrolle der Kapitalisten (die nunmehr Angestellte geworden sind) und der Herren Intellektuellen, die kapitalistische Allüren beibehalten haben, auszuüben, so wird diese Kontrolle eine wirklich universelle, allgemeine, nationale werden, dann wird man ihr nicht mehr entgehen können, weil ein Ausweichen nicht möglich sein wird.

Die ganze Gesellschaft wird ein Bureau und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein.

Aber diese „Fabrik“disziplin, die das siegreiche Proletariat nach dem Sturze der Kapitalisten, nach Beseitigung der Ausbeuter auf die gesamte Gesellschaft ausdehnen wird, ist nichts ~~weniger~~ als unser Ideal oder unser Endziel, sie ist nur eine notwendige Stufe zur radikalen Reinigung der Gesellschaft von der Niedertracht und den Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung und für das weitere Fortschreiten.

* Wenn der Staat im wesentlichen Teil seiner Funktionen auf eine solche Registrierung und Kontrolle durch die Arbeiter selbst reduziert wird, hört er auf, ein „politischer Staat“ zu sein, dann „verwandeln sich die öffentlichen Funktionen aus politischen in einfache administrative Funktionen“ (vgl. oben, Kapitel IV, § 2, über Engels' Polemik mit den Anarchisten).

Von dem Augenblick an, wo alle Mitglieder der Gesellschaft oder wenigstens ihre übergroße Mehrzahl selbst gelernt haben, den Staat zu regieren, selbst diese Angelegenheit in ihre Hände genommen haben, die Kontrolle „in Gang gebracht“ haben über die verschwindende Minderheit der Kapitalisten, über die Herren, die die kapitalistischen Allüren gern bewahren möchten, über die Arbeiter, die durch den Kapitalismus tief demoralisiert worden sind, von diesem Augenblick an beginnt die Notwendigkeit irgendeines Regierens überhaupt zu schwinden. Je vollständiger die Demokratie, um so näher der Augenblick, in dem sie überflüssig wird. Je demokratischer der „Staat“, der aus bewaffneten Arbeitern besteht und der „schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr“ ist, um so rascher beginnt jeder Staat abzusterven.

Denn wenn alle gelernt haben werden, selbständig die gesellschaftliche Produktion zu leiten und sie in der Tat leiten werden, selbständig die Registrierung und Kontrolle der Schmarotzer, der Herrensohnchen, der Gauner und ähnlicher „Traditionshüter des Kapitalismus“ verwirklichen werden, so wird die Umgehung dieser vom ganzen Volke durchgeführten Registrierung und Kontrolle unvermeidlich so ungeheuer schwierig werden, eine so höchst seltene Ausnahme bilden und wahrscheinlich eine so rasche und ernsthafte Bestrafung nach sich ziehen (denn die bewaffneten Arbeiter sind Menschen des praktischen Lebens und keine sentimentale Intelligenzler, und werden kaum mit sich spaßen lassen), daß die Notwendigkeit der Einhaltung der unkomplizierten Grundregeln für jedes menschliche Zusammenleben sehr bald zur Gewohnheit werden wird.

Und dann wird das Tor zum Uebergang von der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft zu der höheren Phase und damit auch zum völligen Absterben des Staates sperrangelweit geöffnet stehen.

Sechstes Kapitel

Die Verflachung des Marxismus durch die Opportunisten

Die Frage nach dem Verhältnis des Staates zur sozialen Revolution und der sozialen Revolution zum Staate hat die prominentesten Theoretiker und Publizisten der Zweiten Internationale (1889—1914) sehr wenig beschäftigt, wie überhaupt die Frage der Revolution sie wenig beschäftigt hat. Aber das Charakteristischste an dem Prozeß des allmählichen Anwachsens des Opportunismus, der 1914 zum Zusammenbruch der Zweiten Internationale geführt hat, ist, daß sie selbst da, wo sie hart an diese Frage herangekommen waren, sie zu umgehen suchten, oder sie nicht bemerkten.

Im großen und ganzen kann man sagen, daß dieses Ausweichen vor der Frage des Verhältnisses der proletarischen Revolution zum Staat, ein Ausweichen, das für den Opportunismus vorteilhaft war und ihn nährte, zur Entstehung und völligen Verflachung des Marxismus geführt hat.

Um diesen traurigen Prozeß wenigstens kurz zu kennzeichnen, wenden wir uns den angesehensten Theoretikern des Marxismus, Plechanow und Kautsky, zu.

1. Plechanows Polemik gegen die Anarchisten

Plechanow hat der Frage des Verhältnisses zwischen Anarchismus und Sozialismus eine besondere Broschüre gewidmet, die 1894 in deutscher Sprache unter dem Titel „Anarchismus und Sozialismus“ erschienen ist.

Plechanow brachte es fertig, dieses Thema zu behandeln unter völliger Umgehung des Aktuellsten und politisch Wesentlichsten im Kampfe gegen den Anarchismus, nämlich des Verhältnisses der

Revolution zum Staat, wie überhaupt der Frage des Staates! In seiner Broschüre ragen zwei Teile hervor: der eine Teil ist ein historisch literarischer mit wertvollem Material zur Geschichte der Ideen Stirners, Proudhons usw., der andere Teil ist ein philiströser mit plumpen Betrachtungen darüber, daß ein Anarchist von einem Banditen kaum zu unterscheiden sei.

Die Kombination der Themen ist höchst kurios und für die ganze Tätigkeit Plechanows am Vorabend der Revolution und während der Revolutionsperiode in Rußland äußerst charakteristisch: Plechanow hat sich denn auch in den Jahren 1905—1917 demgemäß halb als Doktrinär und halb als Philister erwiesen, der in der Politik im Nachtrab der Bourgeoisie marschierte.

Wir haben gesehen, wie Marx und Engels in ihrer Polemik gegen die Anarchisten ihre Ansichten über das Verhältnis der Revolution zum Staat auf das eingehendste klargelegt haben. Engels schrieb bei Herausgabe der Marxschen „Kritik des Gothaer Programms“ im Jahre 1891: „Wir (d. h. Engels und Marx) lagen damals, kaum zwei Jahre nach dem Haager Kongreß der (Ersten) Internationale, im heftigsten Kampf mit Bakunin und seinen Anarchisten“.

Die Anarchisten versuchten gerade die Pariser Kommune sozusagen „für sich“ zu reklamieren, als eine Bestätigung ihrer Lehre, wobei sie die Lehren der Kommune und die Analyse dieser Lehren durch Marx absolut nicht begriffen hatten. Der Anarchismus hat nichts, was auch nur annähernd der Wirklichkeit ähnlich sah, zu den konkret-politischen Fragen: soll man die alte Staatsmaschinerie zerschlagen? — und wodurch sie ersetzen? — beigetragen.

Aber über „Anarchismus und Sozialismus“ sprechen, indem man der ganzen Frage des Staates ausweicht, indem man die ganze Entwicklung des Marxismus vor und nach der Kommune nicht bemerkt, das bedeutete unvermeidlich ein Abgleiten zum Opportunismus. Denn der Opportunismus braucht ja gerade nichts weiter, als daß die beiden von uns soeben bezeichneten Fragen überhaupt nicht gestellt werden. Dies allein bedeutet schon einen Sieg des Opportunismus.

2. Kautskys Polemik gegen die Opportunisten

In der russischen Literatur gibt es zweifellos ungleich mehr Uebersetzungen von Kautskys Schriften als in irgendeiner anderen. Nicht umsonst scherzen manche deutsche Sozialdemokraten, Kautsky würde in Rußland mehr gelesen als in Deutschland. (Nebenbei bemerkt, enthält dieser Scherz einen viel tieferen historischen Sinn, als seine Urheber vermuten, nämlich: die russischen Arbeiter, die 1905 einen wahren Heißhunger nach den besten Werken der besten sozialdemokratischen Literatur der Welt an den Tag legten und denen eine im Vergleich zu anderen Ländern unerhört große Menge von Uebersetzungen und Ausgaben solcher Werke geboten wurde, übertrugen damit sozusagen auf den jungen Boden unserer proletarischen Bewegung in beschleunigtem Tempo die reiche Erfahrung des benachbarten, fortgeschritteneren Landes.)

Besonders bekannt ist bei uns Kautsky, außer durch seine populäre Darstellung des Marxismus, durch seine Polemik gegen die von Bernstein geführten Opportunisten. Kaum bekannt ist aber eine Tatsache, die nicht verschwiegen werden darf, wenn man sich die Aufgabe stellt, zu verfolgen, wie Kautsky zu der unglaublich schmachvollen Ratlosigkeit und Verteidigung des Sozialchauvinismus in der Zeit der schwersten Krise 1914/15 herabgesunken ist. Nämlich die Tatsache, daß vor seinem Auftreten gegen die angesehensten Vertreter des Opportunismus in Frankreich (Millerand und Jaurès) und in Deutschland (Bernstein) Kautsky sehr große Schwankungen aufwies. Die marxistische „Sarja“, die 1901/02 in Stuttgart erschien und die revolutionär-proletarischen Anschauungen vertrat, sah sich gezwungen, gegen Kautsky zu polemisieren, seine aus Halbheiten bestehende, ausweichende, den Opportunisten gegenüber versöhnliche Resolution auf dem Pariser internationalen sozialistischen Kongreß im Jahre 1900 als „kautschukartig“ zu bezeichnen. In der deutschen Literatur sind Briefe von Kautsky veröffentlicht worden, die seine nicht geringeren Schwankungen vor dem Feldzug gegen Bernstein an den Tag brachten.

Von ungleich größerer Bedeutung ist jedoch der Umstand, daß

wir in seiner Polemik gegen die Opportunisten selbst, in seiner Fragestellung und seiner Art der Behandlung der Frage jetzt, beim Studium der Geschichte des neuesten Verrats Kautskys am Marxismus, ein systematisches Hinneigen zum Opportunismus gerade in der Frage des Staates feststellen können.

Nehmen wir Kautskys erstes größeres Werk gegen den Opportunismus, sein Buch „Bernstein und das sozialdemokratische Programm“. Kautsky widerlegt Bernstein ausführlich. Charakteristisch ist aber folgendes.

Bernstein erhebt in seinen herostratisch berühmten „Voraussetzungen des Sozialismus“ gegen den Marxismus den Vorwurf des „Blanquismus“ (ein Vorwurf, den seither die Opportunisten und die liberalen Bourgeois in Rußland Tausende von Malen gegen die Vertreter des revolutionären Marxismus, die Bolschewiki, wiederholt haben). Bernstein verweilt hierbei besonders bei dem Marxschen „Bürgerkrieg in Frankreich“ und versucht — wie wir gesehen haben, durchaus erfolglos — die Ansichten von Marx über die Lehren der Kommune mit denen Proudhons zu identifizieren. Besondere Aufmerksamkeit widmet Bernstein der Folgerung von Marx, die dieser im Vorwort von 1872 zum „Kommunistischen Manifest“ unterstrich und die besagt, daß „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann.“

Bernstein „gefällt“ dieser Ausspruch so sehr, daß er ihn in seinem Buch nicht weniger als dreimal wiederholt, um ihn in einem ganz entstellten, opportunistischen Sinne auszulegen.

Marx will, wie wir gesehen haben, sagen, daß die Arbeiterklasse die ganze Staatsmaschine zerschlagen, zerbrechen, sprengen muß (letzterer Ausdruck stammt von Engels). Bernstein dagegen stellt es so dar, als hätte Marx mit diesen Worten die Arbeiterklasse warnen wollen vor einem übertriebenen Revolutionarismus bei der Ergreifung der Macht.

Eine gröbere und skandalösere Verdrehung des Marxschen Gedankens läßt sich kaum vorstellen.

Was tat nun Kautsky in seiner sehr eingehenden Widerlegung der Bernsteinerei?

Er vermied es, die ganze Tiefe der opportunistischen Verdrehung des Marxismus in diesem Punkte zu analysieren. Er führte die weiter oben zitierte Stelle aus dem Engelsschen Vorwort zum „Bürgerkrieg“ von Marx an und beschränkte sich darauf, zu sagen, nach Marx könne die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen, aber überhaupt könne sie sie in Besitz nehmen. Davon, daß Bernstein Marx das gerade Gegenteil des wirklichen Marxschen Gedankens zuschrieb; daß Marx seit 1852 als Aufgabe der proletarischen Revolution das „Zerschlagen“ der Staatsmaschinerie in den Vordergrund rückte, findet sich bei Kautsky nicht ein Wort.

So kam es, daß der wesentlichste Unterschied zwischen Marxismus und Opportunismus hinsichtlich der Aufgaben der proletarischen Revolution bei Kautsky verwischt erscheint!

„Die Entscheidung über das Problem der proletarischen Diktatur — schrieb Kautsky „gegen“ Bernstein — können wir wohl ganz ruhig der Zukunft überlassen“ (Seite 172 der deutschen Ausgabe von 1899).

Das ist keine Polemik gegen Bernstein, sondern im Grunde ein Zugeständnis an ihn, eine Auslieferung von Positionen an den Opportunismus, denn vorerst verlangen die Opportunisten ja nichts weiter, als daß man alle grundlegenden Fragen nach den Aufgaben der proletarischen Revolution „ganz ruhig der Zukunft überlassen“ soll.

Marx und Engels haben von 1852 bis 1891, im Laufe von vierzig Jahren, das Proletariat gelehrt, es müsse die Staatsmaschinerie zerschlagen. Kautsky dagegen begeht 1899 die Unterschiebung, daß er an Stelle der Frage, ob man diese Maschine zerschlagen müsse, die Frage nach den konkreten Formen des Zerschlagens setzt, und rettet sich unter die Fittiche der „unbestreitbaren“ (und unfruchtbaren) philiströsen Wahrheit, daß man die konkreten Formen nicht im voraus kennen könne!

Zwischen Marx und Kautsky klafft ein Abgrund in ihrem Verhältnis zu der Aufgabe der proletarischen Partei, die Arbeiterklasse auf die Revolution vorzubereiten.

Nehmen wir ein späteres, reiferes Werk von Kautsky, das in beträchtlichem Maße ebenfalls einer Widerlegung der Irrtümer des Opportunismus gewidmet ist. Es ist seine Broschüre „Die soziale Revolution“. Der Verfasser behandelte hier speziell das Thema der „proletarischen Revolution“ und des „proletarischen

Regimes“. Er gab hier sehr viel außerordentlich Wertvolles, aber gerade die Frage des Staates umging er. In der Broschüre ist überall von der Eroberung der Staatsgewalt und von nichts anderem die Rede, d. h. es ist eine Formulierung gewählt, die den Opportunisten entgegenkommt, soweit sie die Eroberung der Macht ohne Zerstörung der Staatsmaschinerie zuläßt. Gerade das, was Marx 1872 im Programm des „Kommunistischen Manifestes“ als „veraltet“ erklärt, erlebt 1902 bei Kautsky seine Wiedergeburt.

In der Broschüre ist ein besonderer Paragraph den „Formen und Waffen der sozialen Revolution“ gewidmet. Hier wird wohl gesprochen vom politischen Massenstreik und vom Bürgerkrieg und von den „Machtmitteln des modernen Großstaates, seiner Bürokratie und Armee“, aber keine Silbe darüber, was die Kommune die Arbeiter gelehrt hat. Augenscheinlich hat Engels die Sozialisten, insbesondere die deutschen, nicht ohne Grund vor der „abergläubischen Verehrung“ des Staates gewarnt.

Kautsky stellt die Sache folgendermaßen dar: das siegreiche Proletariat wird „das demokratische Programm zur Wahrheit machen“, und er erläutert die einzelnen Punkte. Darüber aber, was das Jahr 1871 über die Ersetzung der bürgerlichen Demokratie durch die proletarische Demokratie Neues gegeben hat — kein Wort. Kautsky begnügt sich mit solchen „solide“ klingenden Banalitäten, wie:

„Und doch ist es selbstverständlich, daß wir nicht zur Herrschaft kommen unter den heutigen Verhältnissen. Die Revolution selbst setzt lange und tiefgehende Kämpfe voraus, die bereits unsere heutige politische und soziale Struktur verändern werden.“

Freilich ist das „selbstverständlich“, ebensogut wie die Wahrheit, daß Pferde Hafer fressen und die Wolga ins Kaspische Meer fließt. Schade nur, daß vermittels einer hohlen und schwülstigen Phrase über „tiefgehende“ Kämpfe die für das revolutionäre Proletariat wesentliche Frage umgangen wird, worin denn die „Tiefe“ seiner Revolution gegenüber dem Staat, gegenüber der Demokratie, zum Unterschiede von den früheren nichtproletarischen Revolutionen zum Ausdruck kommt.

Indem Kautsky diese Frage umgeht, macht er in der Tat in diesem wesentlichsten Punkt ein Zugeständnis an den Opportunismus, dem er in Worten einen fürchterlichen Krieg ansagt

durch Unterstreichung der Bedeutung der „Idee der Revolution“ (was mag diese „Idee“ wert sein, wenn man sich fürchtet, unter den Arbeitern die konkreten Ideen der Revolution zu verbreiten?), oder durch die Bemerkung: „revolutionären Idealismus vor allem“, oder durch die Erklärung, daß die englischen Arbeiter „heute kaum noch etwas anderes seien als kleine Bourgeois“.

„Die verschiedensten Formen des Betriebes — schreibt Kaustky —, bureaukratischer (??), gewerkschaftlicher, genossenschaftlicher, Alleinbetrieb ... können nebeneinander in einer sozialistischen Gesellschaft existieren.“

„... Es gibt z.B. Betriebe, die ohne eine bureaukratische (??) Organisation nicht auskommen, wie die Eisenbahnen. Die demokratische Organisation kann sich da so gestalten, daß die Arbeiter Delegierte wählen, die eine Art Parlament bilden, welches die Arbeitsordnungen feststellt und die Verwaltung des bureaukratischen Apparates überwacht. Andere Betriebe kann man der Verwaltung der Gewerkschaften übergeben, wieder andere können genossenschaftlich betrieben werden.“

Diese Betrachtung ist falsch und bedeutet einen Schritt rückwärts gegenüber dem, was in den siebziger Jahren Marx und Engels am Beispiel der Lehren der Kommune gezeigt haben.

Die Eisenbahnen unterscheiden sich, vom Standpunkte einer angeblich notwendigen „bureaukratischen“ Organisation, absolut durch nichts von allen sonstigen Betrieben der maschinellen Großindustrie, von einer beliebigen Fabrik, einem großen Geschäft, einem großkapitalistischen landwirtschaftlichen Unternehmen. In allen solchen Betrieben schreibt die Technik unbedingt die strengste Disziplin vor, die größte Genauigkeit bei Ausführung der jedem zugewiesenen Teilarbeit, da sonst die Stilllegung des ganzen Betriebes, eine Schädigung des Mechanismus, eine Schädigung des Produkts zu befürchten wäre. In allen solchen Unternehmungen werden die Arbeiter natürlich „Delegierte wählen, die eine Art Parlament bilden“.

Aber das ist ja eben der ganze Witz, daß diese „Art Parlament“ kein Parlament im Sinne der bürgerlich-parlamentarischen Körperschaften sein wird. Das ist ja der Witz, daß diese „Art Parlament“ nicht nur die „Arbeitsordnung feststellen und die Verwaltung des bureaukratischen Apparates überwachen“ wird, wie Kautsky sich das ausmalt, dessen Gedanken nicht über den Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus hinausgehen. In der sozialistischen Gesellschaft wird natürlich „eine Art Parlament“

von Arbeiterdeputierten die Arbeitsordnung feststellen und die Verwaltung des „Apparates“ überwachen, aber dieser Apparat wird nicht „bureaukratisch“ sein. Die Arbeiter werden nach Eroberung der politischen Macht den alten bureaukratischen Apparat zerschlagen, ihn bis auf den Grund zerstören, nicht einen Stein auf dem anderen lassen; sie werden ihn durch einen neuen, aus denselben Arbeitern und Angestellten gebildeten Apparat ersetzen, wobei man gegen deren Verwandlung in Bureaukraten sofort die von Marx und Engels eingehend besprochenen Maßnahmen treffen wird: 1. nicht nur Wählbarkeit, sondern auch jederzeitige Absetzbarkeit; 2. eine den Arbeiterlohn nicht übersteigende Bezahlung; 3. sofortiger Uebergang dazu, daß alle die Funktionen der Kontrolle und Aufsicht verrichten, daß alle eine Zeitlang „Bureaukraten“ werden, so daß gerade dadurch niemand zum „Bureaukraten“ werden kann.

Kautsky hat die Worte von Marx: „Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit“, absolut nicht durchdacht.

Kautsky hat absolut nicht den Unterschied begriffen zwischen bürgerlichem Parlamentarismus, der die Demokratie (nicht für das Volk) mit dem Bureaukratismus (gegen das Volk) verbindet, und der proletarischen Demokratie, die sofort Maßnahmen ergreifen wird, um den Bureaukratismus mit der Wurzel auszurotten, und die imstande sein wird, diese Maßnahmen restlos bis zur völligen Beseitigung der Bureaukratie, bis zur Einführung der vollen Demokratie für das Volk durchzuführen.

Kautsky offenbarte hier die gleiche „abergläubische Verehrung“ des Staates, den gleichen „Aberglauben“ an den Bureaukratismus.

Gehen wir zum letzten und besten Werk Kautskys über, das er gegen die Opportunisten geschrieben hat, zu seiner Broschüre „Der Weg zur Macht“ (die, glaube ich, nicht ins Russische übersetzt worden ist, da sie zur Zeit der ärgsten Reaktion bei uns, im Jahre 1909, erschienen ist*). Diese Broschüre ist ein großer Schritt vorwärts, insofern in ihr nicht von einem revolutionären Pro-

* Die russische Uebersetzung dieser Schrift, besorgt von N. L. Meschtscherjakow, erschien zum erstenmal im Jahre 1918. Die Red.

gramm im allgemeinen, wie in der Schrift gegen Bernstein von 1899, nicht von den Aufgaben der sozialen Revolution, losgelöst von der Zeit ihres Ausbruchs, wie in der Broschüre „Die soziale Revolution“ von 1902 die Rede ist, sondern von den konkreten Bedingungen, die uns zwingen, anzuerkennen, daß die „Aera der Revolutionen“ **b e g i n n t**.

Der Verfasser weist mit Bestimmtheit hin auf die Verschärfung der Klassengegensätze im allgemeinen und auf den Imperialismus, der in dieser Beziehung eine besonders große Rolle spiele. Nach dem „revolutionären Zeitalter 1789—1871“ für Westeuropa beginne seit 1905 ein ähnliches Zeitalter für den Osten. Der Weltkrieg rücke mit großer Geschwindigkeit in bedrohliche Nähe. „Es (das Proletariat) kann nicht mehr von einer vorzeitigen Revolution reden.“ „Wir sind in eine revolutionäre Periode eingetreten.“ Die „revolutionäre Aera, die anhebt“.

Diese Erklärungen sind völlig klar. Diese Schrift Kautskys kann als Maßstab dessen dienen, was die deutsche Sozialdemokratie vor dem imperialistischen Krieg zu sein versprach und wie tief sie bei Ausbruch des Krieges (mitsamt Kautsky) gesunken ist. „Die heutige Situation“, schrieb Kautsky in der angeführten Broschüre, „bringt aber die Gefahr mit sich, daß wir (d. h. die deutsche Sozialdemokratie) leicht ‚gemäßigter‘ aussehen, als wir sind“. In Wirklichkeit erwies sich die deutsche sozialdemokratische Partei unvergleichlich gemäßigter und opportunistischer, als sie zu sein schien!

Um so bezeichnender ist es, daß Kautsky trotz einer solchen Bestimmtheit seiner Erklärungen über die bereits begonnene Aera der Revolutionen auch in dieser Schrift, die nach seinen eigenen Worten der Erörterung der Frage gerade der „politischen Revolution“ gewidmet ist, wiederum die Frage des Staates völlig umgeht.

Die Summe dieser Umgehungen der Frage, dieses Verschweigens und Ausweichens ergab unvermeidlich jenen völligen Uebergang zum Opportunismus, über den wir sofort zu sprechen haben werden.

Die deutsche Sozialdemokratie erklärte gleichsam durch die Person Kautskys: ich behalte die revolutionären Anschauungen bei (1899). Ich erkenne insbesondere die Unvermeidlichkeit der sozia-

len Revolution des Proletariats an (1902). Ich erkenne den Anbruch einer neuen Aera der Revolutionen an (1909). Aber dennoch gehe ich zurück gegenüber dem, was Marx bereits 1852 gesagt hat, sobald es sich um die Frage nach den Aufgaben der proletarischen Revolution dem Staat gegenüber handelt (1912).

Gerade so wurde die Frage in der Polemik mit Pannekoek formuliert.

3. Kautskys Polemik gegen Pannekoek

Pannekoek trat gegen Kautsky als ein Vertreter jener „links-radikalen“ Richtung auf, die in ihren Reihen Rosa Luxemburg, Karl Radek und andere zählte und als Vertreterin der revolutionären Taktik einig war in der Ueberzeugung, daß Kautsky zum Standpunkt des „Zentrums“ übergehe und prinzipienlos zwischen Marxismus und Opportunismus hin und her schwanke. Die Richtigkeit dieser Ansicht wurde durch den Krieg vollkommen bestätigt, als die Richtung des „Zentrums“ (das irrtümlich marxistisch genannt wird) oder des „Kautskyanertums“ sich in ihrer ganzen abscheulichen Jämmerlichkeit zeigte.

In dem Artikel „Massenaktion und Revolution“ („Neue Zeit“, 1912, XXX,2), in dem die Frage des Staates berührt wird, charakterisiert Pannekoek die Stellung Kautskys als die des „passiven Radikalismus“, als „die Theorie des aktionlosen Abwartens“. „Kautsky übersieht den Prozeß der Revolution“ (S. 616). Indem Pannekoek die Frage so stellte, kam er auf die Aufgaben der proletarischen Revolution gegenüber dem Staate zu sprechen.

„Der Kampf des Proletariats — schrieb er — ist nicht einfach ein Kampf gegen die Bourgeoisie um die Staatsgewalt als Objekt, sondern ein Kampf gegen die Staatsgewalt... Der Inhalt dieser Revolution ist die Vernichtung und Auflösung der Machtmittel des Staates durch die Machtmittel des Proletariats (S. 544)... Der Kampf hört erst auf, wenn als Endresultat die völlige Zerstörung der staatlichen Organisation eingetreten ist. Die Organisation der Mehrheit hat dann ihre Ueberlegenheit dadurch erwiesen, daß sie die Organisation der herrschenden Minderheit vernichtet hat.“ (S. 548.)

Die Formulierung, in die Pannekoek seine Gedanken kleidete, weist sehr große Mängel auf. Immerhin, der Gedanke ist klar, und es ist interessant, wie Kautsky ihn widerlegte.

„Bisher — schrieb er — bestand der Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten darin, daß jene die Staatsgewalt erobern, diese sie zerstören wollten. Pannekoek will beides. (S. 724.)

Wenn bei Pannekoek die Darstellung an Unklarheit leidet und der Konkretheit ermangelt (von anderen Mängeln seines Artikels, die zu dem in Rede stehenden Thema nicht gehören, sehen wir hier ab), so hat Kautsky gerade das von Pannekoek angedeutete prinzipielle Wesen der Sache genommen und hat in dieser grundlegenden prinzipiellen Frage die Stellung des Marxismus gänzlich verlassen, ist ganz und gar zum Opportunismus hinübergeschwenkt. Der Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten ist bei ihm ganz falsch definiert, der Marxismus ist endgültig entstellt und verflacht.

Der Unterschied zwischen Marxisten und Anarchisten besteht darin, daß 1. die Marxisten, die sich die völlige Aufhebung des Staates zum Ziele setzen, dieses Ziel für durchführbar halten erst nach der Aufhebung der Klassen durch die sozialistische Revolution, als Resultat der Aufrichtung des Sozialismus, der zum Absterben des Staates führt; die Anarchisten wollen die völlige Aufhebung des Staates von heute auf morgen, ohne die Bedingungen für die Durchführbarkeit einer solchen Aufhebung zu begreifen. 2. Die Marxisten erachten es für notwendig, daß das Proletariat nach Eroberung der politischen Macht die alte Staatsmaschinerie völlig zerstört, um sie durch eine neue, nach dem Typus der Kommune gebildete Organisation der bewaffneten Arbeiter zu ersetzen; die Anarchisten, die für die Zerstörung der Staatsmaschinerie eintreten, sind sich völlig unklar darüber, was das Proletariat an ihre Stelle setzen und wie es die revolutionäre Macht gebrauchen wird; die Anarchisten lehnen sogar die Ausnutzung der Staatsgewalt durch das revolutionäre Proletariat, dessen revolutionäre Diktatur, ab. 3. Die Marxisten fordern die Vorbereitung des Proletariats auf die Revolution durch Ausnutzung des gegenwärtigen Staats; die Anarchisten lehnen das ab.

Kautsky gegenüber vertritt Pannekoek in dieser Kontroverse den Marxismus, denn gerade Marx hat uns gelehrt, daß das Proletariat nicht einfach die Staatsmacht erobern kann im Sinne des Ueberganges des alten Staatsapparates in neue Hände, sondern daß es diesen Apparat zerschlagen, zerbrechen, ihn durch einen neuen ersetzen muß.

Kautsky schwenkt vom Marxismus zu den Opportunisten ab, denn bei ihm verschwindet vollkommen gerade diese Zerstörung der Staatsmaschine, die für die Opportunisten völlig unannehmbar ist, und es bleibt ihnen eine Hintertür offen dadurch, daß sie die „Eroberung“ als einfache Erlangung der Mehrheit auslegen.

Um seine Entstellung des Marxismus zu bemänteln, verfährt Kautsky nach dem Rezept des bibelfesten Mannes: er läßt „ein Zitat“ von Marx selbst los. 1850 schrieb Marx über die Notwendigkeit der „entschiedensten Zentralisation der Gewalt in den Händen der Staatsmacht“. Und Kautsky fragt triumphierend, ob denn Pannekoek den Zentralismus zerstören wolle?

Das ist einfach Hokuspokus, ähnlich der Bernsteinschen Identifizierung der marxistischen und proudhonistischen Anschauungen über Föderalismus statt Zentralismus.

Das „Zitat“ paßt bei Kautsky wie die Faust aufs Auge. Zentralismus ist sowohl bei der alten als bei der neuen Staatsmaschinerie möglich. Wenn die Arbeiter freiwillig ihre bewaffneten Kräfte vereinigen werden, so wird das Zentralismus sein, aber er wird beruhen auf der „völligen Zerstörung“ des zentralistischen Staatsapparates, des stehenden Heeres, der Polizei, der Bureaucratie. Kautsky benimmt sich durchaus wie ein Schwindler, indem er die ihm wohlbekannten Darlegungen von Marx und Engels über die Kommune umgeht und ein Zitat hervorholt, das mit der Frage nichts zu tun hat.

„... Will er (Pannekoek) vielleicht die staatlichen Funktionen der Beamten aufheben? — fährt Kautsky fort. — Aber wir kommen in Partei und Gewerkschaft nicht ohne Beamte aus, geschweige denn in der Staatsverwaltung. Unser Programm fordert denn auch nicht Abschaffung der staatlichen Beamten, sondern die Erwählung der Behörden durch das Volk...“

Nicht darum handelt es sich bei unserer jetzigen Erörterung, wie sich der Verwaltungsapparat des ‚Zukunftsstaates‘ gestalten wird, sondern darum, ob unser politischer Kampf die Staatsgewalt auflöst, ehe wir sie noch erobert haben (von Kautsky gesperrt). Welches Ministerium mit seinen Beamten könnte aufgehoben werden?“

Es werden die Ministerien des Unterrichts, der Justiz, der Finanzen, des Heerwesens aufgezählt.

„Nein, keines der heutigen Ministerien wird durch unseren politischen Kampf gegen die Regierungen beseitigt werden... Ich wiederhole es, um Mißverständnissen vorzubeugen: hier ist nicht die Rede von der Gestaltung

des Zukunftsstaates durch die siegreiche Sozialdemokratie, sondern von der des Gegenwartsstaates durch unsere Opposition.“ (S. 725.)

Dies ist eine offensichtliche Verdrehung. Pannekoek stellt gerade die Frage der Revolution. Das wird sowohl in der Ueberschrift seines Artikels wie in den angeführten Stellen klar gesagt. Indem Kautsky auf die Frage der „Opposition“ hinüberspringt, vertauscht er den revolutionären Standpunkt gegen einen opportunistischen. Bei ihm erscheint die Sache so: gegenwärtig sind wir in Opposition; nach Eroberung der Macht werden wir weiter sehen. Die Revolution verschwindet! Das ist es gerade, was die Opportunisten brauchten.

Es handelt sich nicht um Opposition und nicht um den politischen Kampf im allgemeinen, sondern eben um die Revolution. Die Revolution besteht darin, daß das Proletariat den „Verwaltungsapparat“, ja den gesamten Staatsapparat zerstört und ihn durch einen neuen, aus bewaffneten Arbeitern gebildeten Apparat ersetzt. Kautsky offenbart eine „abergläubische Verehrung“ der „Ministerien“, doch weshalb sollten diese nicht ersetzt werden können, sagen wir, durch Kommissionen von Fachleuten, während alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten gehört?

Der springende Punkt besteht durchaus nicht darin, ob „Ministerien“ bleiben, ob es „Kommissionen von Fachleuten“ oder irgendwelche andere Institutionen geben wird, das ist ganz unwichtig. Die entscheidende Frage ist, ob die alte Staatsmaschinerie (die durch tausend Fäden mit der Bourgeoisie verbunden und durch und durch von Routine und Trägheit durchsetzt ist) aufrechterhalten bleibt, oder ob sie zerstört und durch eine neue ersetzt wird. Die Revolution darf nicht darin bestehen, daß eine neue Klasse mit Hilfe der alten Staatsmaschinerie kommandiert, leitet, sondern muß darin bestehen, daß sie diese Maschine zerschlägt und mit Hilfe einer neuen Maschine kommandiert und leitet — diesen grundlegenden Gedanken des Marxismus vertuscht Kautsky, oder aber er hat ihn gar nicht begriffen.

Seine Frage bezüglich der Beamten beweist anschaulich, daß er die Lehren der Kommune und die Marxsche Lehre nicht erfaßt hat. „Wir kommen in Partei und Gewerkschaft nicht ohne Beamte aus...“

Wir kommen nicht ohne Beamte aus unter dem Kapitalismus, unter der Herrschaft der Bourgeoisie. Das Proletariat ist geknechtet, die werktätigen Massen sind durch den Kapitalismus versklavt. Unter dem Kapitalismus ist die Demokratie durch das ganze Milieu der Lohnsklaverei, der Not und des Elends der Massen eingengt, eingeschrumpft, beschnitten, verstümmelt. Aus diesem Grunde, und nur aus diesem, werden die beamteten Personen in unseren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen durch das Milieu des Kapitalismus demoralisiert (oder genauer gesagt, haben sie die Tendenz demoralisiert zu werden) und weisen sie die Tendenz auf, sich in Bürokraten, d. h. in den Massen entfremdete, über den Massen stehende, privilegierte Personen zu verwandeln.

Das ist das Wesen des Bürokratismus, und solange die Kapitalisten nicht expropriert sind, solange die Bourgeoisie nicht gestürzt ist, solange ist eine gewisse „Bürokratisierung“ sogar der proletarischen beamteten Personen unvermeidlich.

Bei Kautsky sieht die Sache so aus: da gewählte beamtete Personen bleiben, so bleiben auch die Beamten unter dem Sozialismus, bleibt die Bürokratie. Und gerade das ist falsch. Gerade an dem Beispiel der Kommune hat Marx gezeigt, daß unter dem Sozialismus die beamteten Personen aufhören, „Bürokraten“, „Beamte“ zu sein, sie hören es auf in dem Maße, als außer der Wählbarkeit auch noch die jederzeitige Absetzbarkeit eingeführt wird, dazu noch die Reduzierung des Gehalts auf das Niveau des durchschnittlichen Arbeiterlohnes, dazu noch die Ersetzung der parlamentarischen Körperschaften durch „arbeitende Körperschaften, die vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit“ sind.

Im Grunde genommen läuft die ganze Argumentation Kautskys gegen Pannekoek und insbesondere der herrliche Einwand Kautskys, daß wir auch in Partei und Gewerkschaft nicht ohne Beamte auskämen, auf eine Wiederholung der alten „Argumente“ Bernsteins gegen den Marxismus überhaupt hinaus. In seinem Renegatenbuch „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ bekämpft Bernstein die Ideen der „primitiven“ Demokratie, bekämpft er das, was er als „doktrinären Demokratismus“ bezeichnet: gebundene Mandate, unbezahlte Beamte, machtlose Zentralvertre-

tung usw. Als Beweis für die Unhaltbarkeit dieser „primitiven“ Demokratie beruft sich Bernstein auf die Erfahrungen der englischen Trade-Unions, wie sie das Ehepaar Webb interpretiert. Während der siebenzig Jahre ihrer Entwicklung hätten die Trade Unions, die sich angeblich „in voller Freiheit“ entwickelt haben (S. 137 der deutschen Ausgabe), sich von der Unbrauchbarkeit der „primitiven“ Demokratie überzeugt und sie durch die übliche Demokratie ersetzt: Parlamentarismus, verquickt mit Bürokratismus.

In Wirklichkeit haben sich die Trade-Unions nicht „in voller Freiheit“, sondern in voller kapitalistischer Sklaverei entwickelt, wobei natürlich eine Reihe Zugeständnisse an das herrschende Uebel, an Vergewaltigung, Lüge, Ausschluß der Armen von der „höheren“ Verwaltung „nicht entbehrt werden können“. Unter dem Sozialismus wird unvermeidlich vieles von der „primitiven“ Demokratie wieder aufleben, denn zum erstenmal in der Geschichte der zivilisierten Völker, wird die Masse der Bevölkerung sich zur selbständigen Beteiligung nicht nur an Abstimmungen und Wahlen, sondern auch an der laufenden Verwaltungsarbeit erheben. Unter dem Sozialismus werden alle abwechselnd, der Reihe nach, in der Leitung tätig sein und sich bald daran gewöhnen, daß keiner leitet.

Marx, mit seinem genialen kritisch-analytischen Verstande, sah in den praktischen Maßnahmen der Kommune jenen Umschwung, den die Opportunisten fürchten und nicht zugeben wollen aus Feigheit, aus Furcht, mit der Bourgeoisie endgültig zu brechen, und den die Anarchisten nicht einsehen wollen, sei es aus Uebereilung, sei es aus Verständnislosigkeit für die Bedingungen sozialer Wandlungen der Massen überhaupt. „An die Zerstörung der alten Staatsmaschinerie ist gar nicht zu denken — wie sollen wir denn da ohne Ministerien und ohne Beamte auskommen?“ — rätioniert der durch und durch verspießerte Opportunist, der im Grunde an die Revolution, an die Schaffenskraft der Revolution nicht nur nicht glaubt, sondern vor ihr eine tödliche Angst hat (wie unsere Menschewiki und Sozialrevolutionäre).

„Es gilt nur, die alte Staatsmaschinerie zu zerstören, man

braucht nicht in die konkreten Lehren der früheren proletarischen Revolutionen einzudringen und zu analysieren, wodurch und wie das Zerstörte ersetzt werden soll“, — räsontiert der Anarchist (der beste von ihnen natürlich, und nicht einer, der mit den Herren Kropotkin und Co. hinter der Bourgeoisie herläuft); daher kommt beim Anarchisten eine Taktik der Verzweiflung heraus, statt einer rücksichtslos kühnen und gleichzeitig die praktischen Bedingungen der Massenbewegung berücksichtigenden revolutionären Arbeit an konkreten Aufgaben.

Marx lehrt uns beide Fehler vermeiden, er lehrt uns grenzenlose Kühnheit bei der Zerstörung der gesamten alten Staatsmaschine und gleichzeitig lehrt er uns, die Frage konkret zu stellen: die Kommune vermochte in einigen Wochen den Bau einer neuen proletarischen Staatsmaschine in Angriff zu nehmen und auf diese Weise die erwähnten Maßnahmen zu größerer Demokratisierung und Ausrottung des Bürokratismus durchzuführen. Wir wollen uns an der revolutionären Kühnheit der Kommunarden ein Beispiel nehmen, wir wollen in ihren praktischen Maßnahmen eine Skizzierung der praktisch-dringlichen und sofort durchführbaren Maßnahmen erblicken, und wir werden, wenn wir diesen Weg gehen, zur völligen Vernichtung des Bürokratismus gelangen.

Die Möglichkeit einer solchen Vernichtung ist dadurch gesichert, daß der Sozialismus den Arbeitstag verkürzen, die Massen zu neuem Leben emporheben, für die Mehrheit der Bevölkerung Bedingungen schaffen wird, die allen ohne Ausnahme gestatten werden, „Staatsfunktionen“ auszuüben. Das aber führt zum völligen Absterben jeden Staates überhaupt.

„...Seine (des Massenstreiks) Aufgabe — fährt Kautsky fort — kann nicht die sein, die Staatsgewalt zu zerstören, sondern nur die, eine Regierung zur Nachgiebigkeit in einer bestimmten Frage zu bringen, oder eine dem Proletariat feindselige Regierung durch eine ihm entgegenkommende zu ersetzen... Aber nie und nimmer kann dies zu einer Zerstörung der Staatsgewalt, sondern stets nur zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der Staatsgewalt führen... Und das Ziel unseres politischen Kampfes bleibt dabei das gleiche, das es bisher gewesen: Eroberung der Staatsgewalt durch Gewinnung der Mehrheit im Parlament und Erhebung des Parlaments zum Herrn der Regierung.“ (S. 726, 727, 732.)

Das ist schon der reinste und banalste Opportunismus, der Verzicht auf die Revolution in der Tat bei einem Bekenntnis zu

ihr in Worten. Kautskys Gedanke geht nicht weiter als bis zu einer „dem Proletariat entgegenkommenden Regierung“ — ein Schritt rückwärts zum Spießertum, verglichen mit 1847, wo das „Kommunistische Manifest“ die „Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse“ proklamierte.

Kautsky wird die von ihm geliebte „Einigkeit“ mit den Scheidemannern, den Plechanow, Vandervelde verwirklichen müssen, die alle bereit sind, für eine „dem Proletariat entgegenkommende Regierung“ zu kämpfen.

Wir aber werden uns von diesen Verrätern am Sozialismus trennen und werden für die Zerstörung der ganzen alten Staatsmaschinerie kämpfen, auf daß das bewaffnete Proletariat selbst die Regierung sei. Das sind zwei verschiedene Dinge.

Kautsky wird die angenehme Gesellschaft der Legien, David, Plechanow, Potressow, Zeretelli, Tschernow teilen müssen, die alle bereit sind, für eine „Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der Staatsgewalt“, für die „Gewinnung der Mehrheit im Parlament und Erhebung des Parlaments zum Herrn der Regierung“ zu kämpfen — ein höchst edles Ziel, an dem für die Opportunisten alles akzeptabel ist, alles im Rahmen der bürgerlichen parlamentarischen Republik bleibt.

Wir aber werden uns von den Opportunisten trennen und das ganze klassenbewußte Proletariat wird mit uns sein im Kampfe nicht nur um eine „Verschiebung der Machtverhältnisse“, sondern um den Sturz der Bourgeoisie, um die Zerstörung des bürgerlichen Parlamentarismus, um die demokratische Republik vom Typus der Kommune oder eine Republik der Arbeiter- und Soldatenräte, um die revolutionäre Diktatur des Proletariats.

*

Noch weiter rechts als Kautsky stehen im internationalen Sozialismus solche Richtungen wie die „Sozialistischen Monatshefte“ in Deutschland (Legien, David, Kolb und viele andere, einschließlich der Skandinavier Stauning und Branting), die Jaurèsisten und Vandervelde in Frankreich und Belgien, Turati, Treves und andere Vertreter des rechten Flügels der italienischen Partei, die Fabier und die Unabhängigen („Unabhängige Arbeiterpartei“, die sich in Wirklichkeit stets in Abhängigkeit von den

Liberalen befand) in England u. a. m. Alle diese Herrschaften, die in der parlamentarischen Arbeit und in der Parteipublizistik eine ungeheure, sehr oft eine beherrschende Rolle spielen, lehnen die Diktatur des Proletariats rundweg ab, treiben eine Politik des unverhüllten Opportunismus. Für diese Herrschaften „widerspricht“ die „Diktatur“ des Proletariats der Demokratie!! Sie unterscheiden sich im Grunde durch nichts ernsthaft von den kleinbürgerlichen Demokraten.

Ziehen wir diesen Umstand in Betracht, so sind wir zu der Schlußfolgerung berechtigt, daß die Zweite Internationale in der überwältigenden Mehrheit ihrer offiziellen Vertreter sich vollkommen dem Opportunismus verschrieben hat. Die Erfahrungen der Kommune wurden nicht nur vergessen, sondern entstellt. Den Arbeitermassen wurde nicht nur nicht eingeprägt, daß die Zeit naht, wo sie sich werden erheben und die alte Staatsmaschine zerbrechen müssen, um sie durch eine neue zu ersetzen und auf diese Weise ihre politische Herrschaft zur Grundlage der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu machen — das Gegenteil wurde den Massen eingeprägt, und die „Eroberung der Macht“ wurde so dargestellt, daß dem Opportunismus tausend Hintertüren geöffnet blieben.

Die Entstellung und das Verschweigen der Frage, wie sich die proletarische Revolution zum Staat verhält, mußte eine ungeheure Rolle spielen, als die Staaten mit ihrem infolge der imperialistischen Konkurrenz verstärkten militärischen Apparat sich in Kriegsungeheuer verwandelten, die Millionen von Menschen vernichten, um den Streit zu entscheiden, ob England oder Deutschland, ob dieses oder jenes Finanzkapital die Welt beherrschen soll.

Nachwort zur ersten Auflage

Die vorliegende Broschüre ist im August und September 1917 verfaßt. Ich hatte bereits das siebente Kapitel: „Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und 1917“ im Entwurf fertig. Aber außer der Kapitelüberschrift habe ich nicht eine Zeile zu diesem Kapitel schreiben können: ich wurde durch die politische Krise, den Vorabend der Oktoberrevolution von 1917, „gestört“. Ueber eine solche „Störung“ kann man sich nur freuen. Der zweite Teil der Broschüre (der den „Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und 1917“ gewidmet ist) wird vielleicht lange auf sich warten lassen müssen: es ist angenehmer und nützlicher, die „Erfahrungen der Revolution“ mitzumachen, als über sie zu schreiben.

Der Verfasser

Petrograd, den 30. November 1917.

ERLÄUTERUNGEN

Awksentjew, N. D. (geb. 1878), russischer Sozialrevolutionär. 1905 Mitglied des Exekutivkomitees des Petersburger Arbeiterrats, seit 1907 Mitglied des ZK der Sozialrevolutionären Partei. Einer der Hauptvertreter des rechten Flügels der SR. Während des Krieges extremer Sozialpatriot. Mitredakteur der Zeitschrift „Prisyw“ („Der Ruf“), für die auch Plechanow schrieb. Minister in der Kerenski-Regierung. Nach der Oktoberrevolution Organisator des Bürgerkrieges an der tschechoslawakischen Front.

Bakunin, Michael (1814—1876), Begründer des russischen Anarchismus, Theoretiker des internationalen Anarchismus, beteiligte sich an einer Reihe von Aufständen auch in Westeuropa. Zweimal zum Tode verurteilt. Seine Lehren wurden von Marx und Engels auf das schärfste bekämpft. Auf dem Haager Kongreß (1872) wurde er wegen desorganisatorischer Tätigkeit aus der Internationale ausgeschlossen. Die Ideen B.s beherrschten in den siebziger Jahren die russische revolutionäre Intelligenz.

Bebel, August (1840—1913), bedeutendster politischer Führer und Taktiker der deutschen Sozialdemokratie. Entwickelte sich in den sechziger Jahren vom Demokraten zum Sozialisten, war Mitglied der von Marx und Engels gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation. Begründete mit Wilhelm Liebknecht im Jahre 1869 in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die sich im Jahre 1875 in Gotha mit den Lassalleanern zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammenschloß. Bebel bekämpfte den Revisionismus, stand jedoch im allgemeinen dem „marxistischen Zentrum“ (Kautsky u. a.) nahe und machte vor allem im letzten Jahrzehnt seines Lebens den Revisionisten beträchtliche Konzessionen.

Bernstein, Eduard (geb. 1850), deutscher sozialdemokratischer Schriftsteller. Veröffentlichte im Jahre 1899 das Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, das die Bibel des Revisionismus wurde. Gegen Bernstein und den Revisionismus führten die Linksradikalen in der deutschen Sozialdemokratie unter Führung von Franz Mehring und Rosa Luxemburg einen unversöhnlichen Kampf. Kautsky und das „marxistische Zentrum“, die in dem ersten geschichtlichen Waffengang mit dem Revisionismus in einem Block mit den Linken kämpften, entpuppten sich in den späteren Jahren als die Wegbereiter des Revisionismus. Im Jahre 1917 schloß sich B. mit anderen der USP an und trat 1918 wieder zur SPD. über.

Bismarck, Otto von (1815—1898), erster Reichskanzler des aus dem Kriege 1870/71 hervorgegangenen Deutschen Reiches. 1848 offener Konterrevolutionär. In den Jahren der Reaktion Gesandter in Petersburg und in Paris. 1862 preußischer Ministerpräsident. Bei Antritt seines Amtes verkündete er, daß er die Frage der deutschen Einheit mit Blut und

Eisen lösen wolle. Den Verfassungskonflikt in Preußen löste er unter Verfassungsbruch zugunsten der Krone, indem er die hilflose Fortschrittspartei durch Polizeimaßregeln brutalisierte. Um die Macht der Krone und des Junkertums zu retten und zu befestigen, erfüllte er die wirtschaftspolitischen Forderungen der Bourgeoisie, versperrte ihr aber den Weg zur politischen Macht. Gleichzeitig suchte er die junge Arbeiterklasse durch Gewährung des allgemeinen Wahlrechts und gewisse Sozialreformen zu ködern und gegen die Bourgeoisie auszuspielen. Zu diesem Zweck führte er auch Verhandlungen mit Ferdinand Lassalle (s. d.). 1878 verhängte er über die Arbeiterklasse das Sozialistengesetz, um die immer mehr erstarkende Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Der Versuch scheiterte kläglich. B. war jahrzehntelang der unumschränkte Herrscher Deutschlands. 1890 wurde er von dem jungen Wilhelm II., der die Machtstellung des Kanzlers nicht ertragen konnte, entlassen.

Bissolati, Leonida (1857—1919), Mitbegründer der italienischen Sozialdemokratie; lange Jahre Chefredakteur des Zentralorgans „Avanti“. Wegen seiner Propaganda für den Tripoliskrieg wurde er 1911 aus der Partei ausgeschlossen; 1914 einer der eifrigsten Befürworter des Eintritts Italiens in den Krieg auf Seiten der Entente. 1916—1918 Minister.

Blanqui, Louis Auguste (1805—1881), französischer Revolutionär. Kämpfte 1830 und 1848 auf den Barrikaden. Mehrfach zum Tode verurteilt. Verbrachte 37 Jahre in Gefängnissen. In der sozialistischen Literatur der letzten Jahrzehnte wurden als Blanquisten die Anhänger jener Theorie bezeichnet, die für die politische Machtergreifung und die Errichtung einer revolutionären Diktatur durch eine entschlossene revolutionäre Minderheit eintraten. Das Wort Blanquist wird also gebraucht im Sinne von „Putschist“. Diese Beurteilung trifft, wie durch neuere Untersuchungen festgestellt werden konnte, wenigstens auf Blanqui selbst nicht zu.

Bolschewiki (vom russischen Wort „bolsche“, was „mehr“ bedeutet, abgeleitet, also wörtlich: Mehrheitler), Name der revolutionären Fraktion der russischen Sozialdemokratie, die sich später als eigene Partei konstituierte. Der Name ist entstanden auf dem Zweiten Parteitag der russischen Sozialdemokratie in Brüssel und London im Jahre 1903, auf dem der revolutionäre Flügel unter Führung von Lenin im Kampf gegen den von Martow geführten reformistischen Flügel die Mehrheit hatte. Heute wird das Wort allgemein im Sinne von Kommunist gebraucht.

Bracke, Wilhelm (1812—1880), deutscher Sozialdemokrat, ursprünglich „Lassalleaner“, dann „Eisenacher“. Während des deutsch-französischen Krieges nahm B. zunächst eine schwankende Stellung gegenüber dem Kriege ein. Als jedoch nach Sedan die Annexionsbestrebungen Deutschlands offenkundig wurden, wandte er sich entschieden gegen den Krieg. B. wurde mit anderen Mitgliedern des Braunschweiger Ausschusses (so nannte sich das ZK der „Eisenacher“) verhaftet und in Ketten nach der Festung Lötzen in Ostpreußen gebracht. 1877—1879 Reichstagsabgeordneter. Im Januar 1880 legte er infolge Krankheit sein Mandat nieder. B. ist der Verfasser einer populären und seinerzeit weit verbreiteten Broschüre „Nieder mit den Sozialdemokraten!“, die auch in viele fremde Sprachen übersetzt wurde.

- Branting*, Hjalmar (1860—1925), Mitbegründer der schwedischen Sozialdemokratie, langjähriger Chefredakteur des Zentralorgans der Partei, „Socialdemokraten“. Revisionist. Während des Krieges Wortführer der englisch-französischen Orientierung. 1917/18 Finanzminister. Später mehrfach Ministerpräsident.
- Breschko-Breschkowskaja*, J. K. (geb. 1844), bekannte Sozialrevolutionärin. Lange Jahre in Gefängnis und Verbannung. Nach der Oktoberrevolution bekämpfte B. die Sowjetregierung und agitierte aus dem Ausland gegen die Sowjetmacht. Von den Sozialrevolutionären die „Großmutter der russischen Revolution“ genannt.
- Cavaignac*, Louis Eugène (1802—1857), französischer General, Bourgeoisrepublikaner, von der provisorischen Regierung 1848 zum Gouverneur von Algier ernannt, im Juni 1848 nach Paris berufen zur Unterdrückung des Arbeiteraufstandes, berüchtigt als der Junischlächter; später Ministerpräsident und Chef der Exekutive, unterlag bei den Wahlen zur Präsidentschaft gegenüber Louis Napoleon.
- Cornelissen*, holländischer Anarchist mit syndikalistischem Einschlag, während des Krieges Sozialpatriot.
- David*, Eduard (geb. 1863), rechter deutscher Sozialdemokrat, während des Krieges einer der eifrigsten Sozialpatrioten. Beschäftigte sich vor allem mit Agrarfragen, schrieb ein Buch „Sozialismus und Landwirtschaft“ gegen die Marxsche Kapitaltheorie, das eine große Polemik mit Kautsky und anderen herbeiführte; 1918 Unterstaatssekretär des Äußeren unter Max von Baden. Bis 1920 mehrfach Minister.
- „*Djelo Naroda*“ („Volkssache“), Zentralorgan der rechten Sozialrevolutionäre, das unter der Redaktion von Tschernow 1917 in Petrograd erschien.
- Dühring*, Eugen (1833—1902), deutscher Schriftsteller und Philosoph, vertrat eine Art von bürgerlichem Sozialismus auf der Basis der Versöhnung der Klassengegensätze. Gegen seine Lehre schrieb Engels die klassische Streitschrift „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, die als „Anti-Dühring“ bekannt und eine der wichtigsten Quellen zum Studium der materialistischen Dialektik ist.
- Erfurter Programm*, auf dem Erfurter Parteitag der Deutschen Sozialdemokratie 1891 angenommen, von Kautsky verfaßt. Der Entwurf des Parteivorstandes zum Erfurter Programm wurde von Engels eingehend kritisiert. Diese Kritik erschien 1901 unter dem Titel „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs“ in der „Neuen Zeit“ (Jahrg. 20, Band 1).
- Fabier*, Gesellschaft der (Fabian Society), englische kleinbürgerliche Reformgesellschaft, 1883 in London von den Webbs und Bernard Shaw gegründet, so benannt in Anlehnung an den Namen des römischen Feldherrn Fabius Cunctator (der Zauderer), der im zweiten punischen Kriege (3. Jahrhundert v. u. Z.) durch seine „Zauder“taktik den offenen Kampf zu vermeiden suchte. Die F. fordert eine Revision der englischen Verfassung im demokratischen Sinne und propagiert die „Einführung“ der sozialistischen Produktionsweise auf der Basis der Klassenharmonie. Die F. (keine eigentliche Partei, sondern mehr eine Propagandagesellschaft), die als Konkurrenz gegen die „marxistische“ Social-Democratic-Federation gegründet wurde, unterstützte anfangs die bürgerlichen Radikalen, seit 1918 die Labour party (Arbeiterpartei).

- Ge** (Alexander Goldberg), russischer Anarchist, bekämpfte während des Krieges die Sozialchauvinisten von der Art der Kropotkin, Cornelissen, Grave usw., die er mit bissigem Hohn „Schützengrabenanarchisten“ nannte. Nach der Oktoberrevolution Anhänger der Sowjetmacht, Mitglied des Allrussischen Zentralexekutivkomitees der Räte. 1918 von den Weißen im Kaukasus hingerichtet.
- Girondins** (Girondisten), gemäßigte Republikaner in der großen französischen Revolution von 1789 (der Name entstand dadurch, daß die meisten Führer dieser Partei Abgeordnete der Provinz Gironde waren), wurden nach erbitterten Kämpfen im Nationalkonvent von den Jakobinern gestürzt.
- Gothaer Programm**, ein Kompromißprogramm, auf dessen Grundlage sich die Vereinigung der „Lassalleaner“ und der „Eisenacher“ im Jahre 1875 in Gotha vollzog. Das Gothaer Programm enthielt alle spezifisch lassalleanischen Programmpunkte: das „eiserne Lohngesetz“, das Recht der Arbeiter auf den vollen Arbeitsertrag, die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe usw. Es wurde von Marx und Engels, vor allem in dem berühmten „Programmbrief“, einer vernichtenden Kritik unterzogen. Trotzdem wurde es angenommen und blieb in Geltung bis zum Erfurter Parteitag 1891.
- Grave, Jean**, französischer Anarchist, Schüler Kropotkins, Antiparlamentarier, trat für den Generalstreik und den Terror ein, während des Krieges Sozialchauvinist.
- Guesde, Jules** (1845—1922), französischer Sozialist, früher einer der hervorragendsten Vertreter des orthodoxen Marxismus in Frankreich, gründete zusammen mit Lafargue in den achtziger Jahren die französische Arbeiterpartei (Parti ouvrier français). Einst eifriger Bekämpfer des Revisionismus und des Ministerialismus der Millerand und Jaurès, 1914 „lernte er um“ und trat als Minister in die Kriegsregierung ein.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich** (1770—1831), der bedeutendste Vertreter der deutschen klassischen Philosophie. Obwohl er konsequent und mit unerhörter Meisterschaft die dialektische Methode anwandte, blieb H. doch Idealist. Statt die dialektische Entwicklung in der konkreten Wirklichkeit aufzuspüren, setzte er die mystische „absolute Idee“ als das Ursprüngliche und einzig Wirkliche, deren dialektische Entfaltung sich in der Wirklichkeit widerspiegelt. Marx stellte Hegels Dialektik „vom Kopf auf die Füße“, indem er die menschliche Gesellschaft und die Natur in den Mittelpunkt rückte und den revolutionären Kern der Hegelschen Dialektik herauschälte und weiterentwickelte.
- Henderson, Arthur**, (geb. 1863), einer der Führer der englischen Arbeiterpartei, reformistischer Gewerkschaftsführer. In der Kriegsregierung Lloyd Georges war H. Minister, 1924 in der Macdonald-Regierung Innenminister.
- Hyndman, Henry Mayers** (1842—1922), Mitbegründer und Führer der Britischen Sozialistischen Partei, während des Krieges Sozialpatriot. 1915 wurde H. aus der Partei ausgeschlossen.
- Jaurès, Jean** (1859—1914), vor dem Kriege Führer der französischen Sozialistischen Partei. J. kam vom radikalen Bürgertum zum Sozialismus. Er war erst Universitätsprofessor, wurde 1885 radikaler Abgeordneter und trat Anfang der neunziger Jahre zur Sozialistischen Partei über. J. war der Führer des ministerialistischen Flügels der französischen Partei. Als

Historiker und Philosoph versuchte er den Marxismus mit dem Idealismus zu „versöhnen“. Am 31. Juli 1914 von einem Söldling der Kriegspartei ermordet.

Kadetten (Konstitutionelle Demokraten, nach den Anfangsbuchstaben KD = Kadetten genannt), Partei der liberalen russischen Bourgeoisie, die im Oktober 1905 gegründet wurde. Die in ihr vertretenen liberalen Grundbesitzer und bürgerlichen Intellektuellen erstrebten ein Kompromiß mit dem Zarismus. Nach der Februarrevolution 1917 war die Partei ein Sammelpunkt der Konterrevolution und unterstützte den General Kornilow.

Kautsky, Karl (geb. 1854), einst einer der führenden marxistischen Theoretiker. K. entwickelte sich unter Engels' Leitung zum Marxisten, bekämpfte im Block mit den von Franz Mehring und Rosa Luxemburg geführten Linken um die Jahrhundertwende Bernstein und den Revisionismus. Später Führer der Zentristen, des sog. „marxistischen Zentrums“. Im August 1914 deckte K. die sozialpatriotische Politik des Parteivorstandes mit dem berühmten Argument, die Internationale sei „im wesentlichen ein Friedensinstrument“, aber „kein wirksames Werkzeug im Kriege“. Nach der Oktoberrevolution wurde K. einer der erbittertsten Gegner der Sowjetmacht, er begnügt sich nicht mit der „theoretischen“ Bekämpfung der Diktatur des Proletariats, sondern macht offene Propaganda für den Interventionskrieg.

Kerenski, Alexander Fjodorowitsch (geb. 1881), Sozialrevolutionär, Abgeordneter der vierten Reichsduma, während des Krieges Sozialpatriot. Nach der Februarrevolution wurde K. stellvertretender Vorsitzender des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates und trat als Justizminister in die provisorische Regierung des Fürsten Lwow ein. Nach dem Rücktritt Gutschkows (Mai 1917) Kriegsminister; veranlaßte auf Befehl der Entente die Junioffensive, die mit einer Niederlage endete. Nach dem Juliaufstand wurde er Ministerpräsident in mehreren Koalitionsregierungen, konspirierte mit Kornilow und versuchte nach der Oktoberrevolution, gestützt auf die Frontsoldaten, die Sowjetmacht zu stürzen. Geschlagen, floh er in der Verkleidung eines Matrosen ins Ausland.

Kolb, Wilhelm, badischer Sozialdemokrat, Reformist, Mitredakteur der „Sozialistischen Monatshefte“.

Konstituierende Versammlung. Unter dem Zarismus Parole der russischen Revolutionäre. Herbst 1917 erfolgten die Wahlen zur KV., die von den Bolschewiki im Januar 1918 aufgelöst wurde, da die Oktoberrevolution bereits die über die formale Demokratie hinausgehende Losung: „Alle Macht den Räten“ verwirklicht hatte.

Kropotkin, Peter (1842—1920), russischer Anarchist, Theoretiker des Anarchismus. K. entstammte hohem russischem Adel, schloß sich in den siebziger Jahren den Revolutionären an, 1874 verhaftet, floh aus dem Gefängnis und lebte seitdem als Emigrant im Ausland, wo er eine Anzahl theoretischer Werke zur Begründung des Anarchokommunismus verfaßte. Schrieb u. a. eine Geschichte der französischen Revolution, die wegen der ausführlichen Behandlung der Agrarfrage und Bauernbewegung wertvoll ist. Im Weltkrieg propagierte K. als Sozialpatriot den Sieg der Entente, trat jedoch nach dem Siege der Oktoberrevolution auf die Seite der Sowjetregierung.

Lassalleaner, Anhänger Lassalles. *Lassalle*, Ferdinand (1825—1864), deutscher Arbeiterführer. Gründete 1863 den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“, die erste Massenorganisation des deutschen Proletariats, die sich im Jahre 1875 in Gotha auf der Grundlage eines von Marx und Engels scharf kritisierten Kompromißprogramms mit der von Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei („Eisenacher“) zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands vereinigte. Lassalles historisches Verdienst besteht darin, daß er die deutsche Arbeiterbewegung aus der organisatorischen und geistigen Vormundschaft der bürgerlichen Demokratie löste und eine selbständige Massenbewegung schuf. Die Ideologie des Lassalleanismus jedoch war die spezifische Form des Opportunismus in Deutschland in den sechziger und siebziger Jahren und wurde von Marx und Engels mit Recht in der schärfsten Weise bekämpft. Lassalle selbst versuchte in völligem Mißverständnis der historischen Situation und gestützt auf seine idealistisch-reformistischen Grundauffassungen durch einen Kuhhandel mit Bismarck die deutsche Arbeiterbewegung gegen die Bourgeoisie in den Rahmen der bismärckisch-feudalen Monarchie einzuspannen. Der Versuch scheiterte daran, daß sich die beiden Verhandlungspartner gegenseitig zu übertölpeln gedachten.

Legien, Karl (1861—1920), rechter Sozialdemokrat, Führer der gewerkschaftlichen Richtung des deutschen Reformismus. Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften, der Vorläuferin des ADGB. Im Jahre 1918 schloß L. mit Stinnes die sog. Zentralarbeitsgemeinschaft auf der Basis des „Industriefriedens“ und der „Wirtschaftsdemokratie“.

Liebknecht, Wilhelm (1826—1900), Kampfgenosse von Marx und Engels, gründete zusammen mit Bebel im Jahre 1869 in Eisenach die deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Eisenacher), die sich 1875 in Gotha mit den Lassalleanern (Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein) vereinigte. In der Revolution von 1848 nahm L. teil am Badischen Feldzug, ging als Flüchtling zunächst nach der Schweiz, dann nach London, wo er Marx und Engels kennenlernte und sich zum Marxisten entwickelte, 1862 kehrte er, amnestiert, nach Deutschland zurück. Im Jahre 1870 wurde L. in den Norddeutschen Reichstag gewählt, 1872 wegen Hochverrat zu zwei Jahren Festung verurteilt.

Mehring, Franz (1846—1919), Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihres theoretischen Organs „Die Internationale“. Neben Rosa Luxemburg Führer des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie seit Anfang der neunziger Jahre. Stand immer in vorderster Front im Kampfe gegen den Revisionismus und den Zentrismus. Während des Krieges gründete M. mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht den Spartakusbund. Er starb am 29. Januar 1919 an den Folgen der erlittenen Schutzhaft. M. war der bedeutendste Historiker der deutschen Sozialdemokratie. Seine Hauptwerke sind: „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, „Karl Marx, Geschichte seines Lebens“, „Aus dem literarischen Nachlaß von Marx und Engels“ (drei Bände mit wertvollen historischen Einleitungen), „Die Lessinglegende“ und „Deutsche Geschichte seit dem Ausgang des Mittelalters“.

Menschewiki (von russisch „mensch“ = minder, wörtlich: Minderheitler). Der Name entstand auf dem zweiten Parteitag der russischen Sozial-

demokratie in Brüssel und London (1903), auf dem der reformistische Teil der Partei unter Führung Martows in der Minderheit blieb. Heute allgemeine Bezeichnung für Sozialdemokraten.

Michailowski, N. K. (1842—1904), russischer Publizist und Kritiker, Theoretiker der Narodniki (Volkstümler). M.s Philosophie und Soziologie schildern in allen Farben eines kleinbürgerlichen Eklektizismus. Insbesondere entwickelte er eine „subjektive Soziologie“, wonach die „kritisch-denkende Persönlichkeit“ der treibende Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung sei. M. stand in schroffem Gegensatz zum Marxismus. In seinem Jugendwerk: „Was sind die ‚Freunde des Volkes‘ und wie bekämpfen sie die Sozialdemokraten?“ (1894) setzt sich Lenin mit den Ansichten M.s eingehend auseinander.

Millerand, Alexandre (geb. 1859), französischer Politiker, von Haus aus Advokat. Anfangs Führer der von ihm gegründeten kleinbürgerlichen parlamentarischen Gruppe der „Radikalsozialisten“, trat später zur Sozialistischen Partei über. Millerand trat 1899 als erster Sozialdemokrat in eine bürgerliche Regierung (als Handelsminister) ein. Nach ihm pflegte man vor dem Kriege die Beteiligung von Sozialdemokraten an bürgerlichen Regierungen als „Millerandismus“ zu bezeichnen. M.s Haltung wurde vom Internationalen Sozialistenkongreß zu Amsterdam verurteilt. Er zog es aber vor, aus der Partei auszutreten, um seinen Posten zu behalten. In den Jahren 1920—1924 war M. Präsident der Republik. Jetzt Wortführer des reaktionärsten Teils der französischen Bourgeoisie.

Montesquieu, Charles de Secondat, Baron (1689—1755), französischer Schriftsteller und Freidenker, der gegen die absolute Monarchie auftrat. Berühmt durch sein Buch „*Esprit des Lois*“ („Geist der Gesetze“), in dem er als erster den Versuch unternahm, die Gesetze auf ihre sozialen Grundlagen zu analysieren.

Palttschinski, P., russischer Ingenieur, vor dem Kriege Organisator des russischen Kohlensyndikats. Am 7. November 1917 leitete P. auf der Seite der Konterrevolution die Verteidigung des Winterpalastes gegen die Bolschewiki. Später wegen konterrevolutionärer Tätigkeit verhaftet, auf Intervention Lenins gegen das Versprechen, sich der Teilnahme an konterrevolutionären Akten zu enthalten, freigelassen. Seitdem Spezialist im Dienste der Sowjetunion.

Pannekoek, Anton, holländischer Sozialist, Führer des linken Flügels, 1909 mit anderen (Gorter, Wynkoop usw.) ausgeschlossen, arbeitete von 1909 bis 1914 in der SPD, wo er mit den Linksradikalen gegen Kautsky und den Zentrismus kämpfte, 1914 kehrte er nach Holland zurück und vertrat dort die Zimmerwalder Linke. Später Kommunist. 1919 gründete er mit Gorter die KAP, 1921 trat er aus der KP Hollands aus und zog sich vom politischen Leben zurück. Gegenwärtig Professor der Astronomie in Amsterdam.

Plechanow, Georgij Valentinowitsch (1856—1918), Mitbegründer und hervorragender Theoretiker der russischen Sozialdemokratie, gründete 1883 die erste russische sozialdemokratische Gruppe „Befreiung der Arbeit“. P. ging bis zum zweiten Parteitag (1903) mit Lenin zusammen. Nach der Spaltung schloß er sich nach einigem Schwanken den Menschewiki an. In den Jahren 1908—1912 schloß Lenin im Kampfe gegen den philosophischen Revisionismus (Bogdanow usw.) einen Block mit Plechanow.

Gegenüber der Revolution von 1905 verhielt sich P. typisch reformistisch, indem er die traurig-berühmte These prägte: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen.“ Während des Krieges Sozialpatriot, blieb auch nach der Oktoberrevolution Gegner der Bolschewiki, weigerte sich aber, öffentlich gegen die Sowjetmacht aufzutreten.

Potressow, A. N. (geb. 1869), alter Sozialdemokrat; mit Lenin, Plechanow u. a. Mitredakteur der „Iskra“. Bei der Spaltung (1903) schloß er sich den Menschewiki an, seitdem einer der Führer des Menschewismus, stand auf dem äußersten rechten Flügel. 1917 Chefredakteur der linksbürgerlichen Zeitung „Djen“ („Tag“).

„**Prawda**“ („Wahrheit“), Zentralorgan der Bolschewiki, gegründet 1912 in Petersburg, dann verboten. Nach der Februarrevolution 1917 erschien die „P.“ wieder legal, wurde aber später von der Kerenski-Regierung verboten. Jetzt Zentralorgan der KPSU und erscheint in Moskau.

Proudhon, Pierre Joseph (1809—1865), französischer sozialpolitischer Schriftsteller, Theoretiker des frühen Anarchismus, vertrat eine kleinbürgerlich-reformistische Ideologie und Politik („Tauschbanken“ mit zinsfreiem Kredit usw.). Gegen Proudhons Buch „Die Philosophie des Elends“ schrieb Marx eine seiner ersten glänzenden Kampfschriften „Das Elend der Philosophie“.

Renaudel, Paul (geb. 1871), einer der Führer des rechten Flügels der französischen Sozialistischen Partei, während des Krieges extremer Sozialpatriot. 1914—1918 Redakteur des Zentralorgans der Partei „L'Humanité“.

Rubanowitsch, J. A. (1860—1920), russischer Revolutionär, in der Jugend tätiges Mitglied der „Narodnaja Wolja“ („Volkswille“ — Partei der revolutionären Narodniki), emigrierte später ins Ausland. Bei der Bildung der Partei der Sozialrevolutionäre schloß er sich dieser an. Vertreter der Sozialrevolutionäre im Internationalen Sozialistischen Bureau. Während des Krieges Sozialpatriot. R. war lange Jahre Privatdozent an der Sorbonne in Paris.

Russanow, N. S. (geb. 1859), in der Jugend Mitglied der „Narodnaja Wolja“. Mitbegründer der Partei der Sozialrevolutionäre. 1917 mit Tschernow Mitredakteur der Zeitung „Djelo Naroda“.

„**Sarja**“ („Morgenröte“), theoretische Zeitschrift des revolutionären Flügels der russischen Sozialdemokratie, erschien 1901—1903 unter hervorragender Teilnahme von Lenin und Plechanow in Stuttgart, kämpfte auf das schärfste gegen den Revisionismus und Reformismus aller Schattierungen.

Scheidemann, Philipp (geb. 1865), Führer der deutschen Sozialdemokratie, einst Zentrlist, während des Krieges hemmungslosester Sozialchauvinist, 1918 kaiserlicher Minister, 1919 Reichskanzler, organisierte mit Ebert und Noske den blutigen Feldzug gegen die Revolution.

„**Schwarze Hundert**“, reaktionäre Terrororganisation unter dem Zarismus, die im Dienste der politischen Geheimpolizei Provokationen einfädete und Pogrome gegen die Arbeiterschaft, die revolutionären Studenten und die jüdische Bevölkerung organisierte. Das Wort bedeutet etwa dasselbe wie heute „Faschist“.

Sembat, Marcel (1862—1922), französischer Sozialist; Sozialchauvinist, während des Krieges Minister in der bürgerlichen Koalitionsregierung.

Sensinow, W. M., Sozialrevolutionär, 1905 führendes Mitglied des Moskauer Komitees der Partei der Sozialrevolutionäre, beteiligte sich am Dezemberaufstand in Moskau; später war er mit der Kampforganisation (Terrorgruppe) eng verbunden und leitete bis zu seiner Verhaftung im Jahre 1910 die illegale Arbeit seiner Partei in Rußland. 1917 Redaktionsmitglied des Zentralorgans der Sozialrevolutionäre „Djelo Naroda“. Gegenwärtig in der Emigration im Auslande, wo er mit den kläglichen Ueberresten der rechten Sozialrevolutionäre die Kampagne gegen Sowjetrußland fortsetzt.

Shylock (sprich: Scheilock), Hauptfigur in Shakespeares (sprich: Schekspir) Lustspiel „Der Kaufmann von Venedig“, Jude, Typus des unerbittlichen und engherzigen Kleinbürgers, dessen Ausspruch: „Ich bestehe auf meinem Schein“, sprichwörtlich geworden ist.

Skobelew, M. J. (geb. 1885), russischer Menschewik, im Sommer 1917 Arbeitsminister in Kerenskis erster Koalitionsregierung; Sozialpatriot. Arbeitet gegenwärtig im Konzessionskomitee der RSFSR.

Sozialrevolutionäre, russische revolutionäre Partei, entstand Ende 1901 durch Zusammenschluß mehrerer revolutionärer Narodniki-Gruppen. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die nur das Proletariat als konsequent revolutionäre Klasse anerkannten, die fähig ist, bis zu Ende für den Sozialismus zu kämpfen, wollten die „Sozialrevolutionäre“ keinen Unterschied zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft sehen; sie vertuschten die Klassengegensätze innerhalb der Bauernschaft und betrachteten das Proletariat, die Bauernschaft und die Intelligenz als gesellschaftliche Kräfte, die gleichermaßen der revolutionären Partei, die die sozialistischen Ideale verwirklichen will, als Stütze dienen können. An Stelle des marxistischen Begriffs des Klassenkampfes setzten sie daher den Kampf „aller“ Werktätigen und Ausgebeuteten. Klassenmäßig waren die SR die Partei der revolutionären bürgerlichen Intelligenz und der kleinbürgerlichen Bauernschaft und bildeten den äußersten linken Flügel der bürgerlichen Demokratie. — Die Theorie der SR war ausgesprochen eklektisch: ein Gemisch von alten Auffassungen der Volkstümpler (Narodniki) mit revisionistisch „umgearbeitetem“ Marxismus. Im Prinzip erkannten sie die Bedeutung der Massenbewegung an; da sie aber auf echt intelligenzlerische Art die „Helden“ der „Menge“ gegenüberstellten, sahen sie im individuellen Terror eine der wichtigsten Kampfmethoden, und sie wendeten auch den individuellen Terror in ausgedehntestem Maße an. Sie schufen eigens zu diesem Zweck eine besondere Organisation („Kampforganisation“), an deren Spitze erst Gerschuni und später der berühmte Lockspitzel Asef stand. — Während des Krieges spaltete sich die Partei in einen rechten sozialpatriotischen und einen linken internationalistischen Flügel. Nach der Februarrevolution war die Partei der SR die Hauptträgerin der Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie. Es kam dann zu einer formellen Spaltung der Partei. Die „Linken Sozialrevolutionäre“ konstituierten sich als selbständige Partei, die anfänglich der Führung der Bolschewiki folgte. Die rechten Sozialrevolutionäre bekämpften aufs heftigste die Sowjetmacht durch Anzettelung von Aufständen und durch individuelle Terrorakte. Ein Mitglied der SR (Dora Kaplan) verübte auch ein Attentat auf Lenin und verwundete

ihn schwer. Ueberreste der SR leben in der Emigration, von wo aus sie den Kampf gegen die Sowjetregierung fortführen. Führer der Partei waren Viktor Tschernow u. a.

Spencer, Herbert (1820—1903), englischer Philosoph und Soziologe. Begründer einer eigenen Entwicklungslehre im Rahmen kleinbürgerlich-radikaler Ideologie. Erbitterter Gegner des Sozialismus.

Stauning, Torwald (geb. 1873), Führer der dänischen Sozialdemokratie, während des Krieges Minister in einer bürgerlichen Regierung. Später mehrmals Ministerpräsident.

Stirner, Max (Pseudonym von Karl Schmidt) (1806—1856), deutscher Schriftsteller, Theoretiker des Anarchismus. Sein bekanntestes Werk ist: „Der Einzige und sein Eigentum“, in dem er einen schrankenlosen egoistischen Individualismus predigt.

Struve, Peter (geb. 1870), einst russischer Sozialdemokrat, Hauptvertreter des sog. „legalen Marxismus“ (Revisionismus), später schwenkte er ins Lager der liberalen Bourgeoisie über und landete schließlich beim ultrareaktionären Nationalismus. Während des Bürgerkrieges war er Minister bei Denikin und Wrangel. Struve ist gegenwärtig Herausgeber einer in Paris erscheinenden monarchistisch-weißgardistischen Zeitschrift.

Treves, Claudio, altes Mitglied der italienischen Sozialistischen Partei. Bis 1912 Redakteur des Zentralorgans „Avanti“. Theoretiker des italienischen Reformismus. Während des Krieges Pazifist.

Tschernow, V. M. (geb. 1876), Mitbegründer der Partei der Sozialrevolutionäre, Führer des rechten Flügels dieser Partei, während des Krieges auf dem rechten Flügel der Zimmerwalder stehend, nach der Februarrevolution Sozialpatriot. Landwirtschaftsminister in Kerenskis erster Koalitionsregierung; Präsident der Konstituierenden Versammlung. Konspirierte nach deren Auflösung (Januar 1918) gegen die Sowjetmacht und flüchtete nach dem Zusammenbruch der sog. „Konstituante von Samara“ ins Ausland, wo er einige bedeutungslose Grüppchen von rechten sozialrevolutionären Emigranten führt.

Tugan-Baranowski, M. I. (1865—1919), russischer Nationalökonom, früher Sozialdemokrat und einer der angesehensten Vertreter des sog. „legalen Marxismus“, später Liberaler, „vernichtete“ gemeinsam mit Struve den Marxismus. Eine Auseinandersetzung mit seiner Theorie findet man u. a. bei Rosa Luxemburg in ihrem Buch: „Die Akkumulation des Kapitals“.

Turati, Filippo (geb. 1857), italienischer Sozialdemokrat, Mitbegründer der italienischen Sozialistischen Partei, Führer des reformistischen Flügels, während des Krieges Halbpazifist. Lebt als Emigrant in Paris.

„*Unabhängige Arbeiterpartei*“ (ILP = Independent Labour Party), englische sozialdemokratische Organisation, als autonome Organisation der Arbeiterpartei (Labour party) angeschlossen. Betrieb während des Krieges eine kleinbürgerlich-pazifistische Politik. Die ILP trat 1920 aus der II. Internationale aus, um sich der in Wien gegründeten „Internationalen Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft“ (2½ Internationale) anzuschließen. Im Jahre 1923 kehrte sie in den Schoß der II. Internationale zurück. Ihr Führer ist Macdonald, Ex-Ministerpräsident „seiner Majestät“.

- Vandervelde*, Emile (geb. 1866), Führer der belgischen Sozialdemokratie, berüchtigter Reformist und Sozialpatriot. Trat als einer der ersten Sozialdemokraten in eine bürgerliche Regierung ein. Während des Krieges trat er als Minister für die Verlängerung des Krieges ein, Mitunterzeichner des Versailler Friedensvertrages. Nach dem Kriege in mehreren Regierungen Außenminister.
- Webb*, Sidney (geb. 1859) und Beatrice (geb. 1858) (Ehepaar), englische kleinbürgerliche Sozialreformer, Verfasser eines bekannten Werkes über die englische Gewerkschaftsbewegung.
- Weydemeyer*, Joseph (1818—1866), Kampfgenosse von Marx und Engels, Mitglied des „Kommunistenbundes“, nach der Niederlage der Revolution von 1848 mußte er flüchten, wanderte 1851 nach Amerika aus, wo er am Bürgerkrieg gegen die Sklavenhalter der Südstaaten aktiv teilnahm. Später Militärkommandant des Distrikts St. Louis.
- Zeretelli*, I. G. (geb. 1882), georgischer Sozialdemokrat, Menschewik. Abgeordneter der zweiten Reichsduma. Nach deren Auflösung im Juni 1907 wurde er mit der ganzen Fraktion unter der (falschen) Beschuldigung, eine militärische Verschwörung organisiert zu haben, vor das zaristische Gericht gestellt und zu Zwangsarbeit verurteilt, die er in Sibirien verbüßte. Nach der Februarrevolution zurückgekehrt, stellte er sich an die Spitze der Menschewiki. Führendes Mitglied des ersten Allrussischen Zentral-exekutivkomitees. Z. trat mit aller Entschiedenheit für die Fortsetzung des imperialistischen Krieges und für die Koalition mit der Bourgeoisie ein. Minister der ersten Koalitionsregierung. Lebt in der Emigration, wo er gegen die Sowjetmacht konspiriert.

ERKLÄRUNG DER FREMDWÖRTER

(Nur die weniger geläufigen sind hier berücksichtigt)

absolvieren = beenden, von Anfang bis zu Ende durchmachen.

abstrakt = begrifflich, von der konkreten Wirklichkeit losgelöst.

Allianz = Bündnis.

Allüren = Benehmen.

Analyse = zergliedernde Untersuchung.

Anatomie = die Lehre vom Bau der Organismen.

antik = aus dem Altertum, besonders dem alten Griechenland und alten Rom.

Assoziation = Vereinigung.

Attribut = Eigenschaft.

Avantgarde = Vorhut.

banal = fade, abgedroschen.

Charakteristik = Charakterschilderung, Hervorhebung des Eigentümlichen.

Definition = Inhaltsbestimmung eines Begriffs.

Deduktion = Ableitung, Schlußfolgerung.

Dekret = Verordnung, obrigkeitliche Verfügung.

demonstrieren = anschaulich beweisen.

Dialektik = im marxistischen Sinne die Denkmethode, die alle Vorgänge und Erscheinungen in Natur und Gesellschaft nicht starr, sondern in ihrer Entwicklung, in ihren Widersprüchen, in ihrem Entstehen, Werden und Vergehen auffaßt (im Gegensatz zum metaphysischen Denken).

Differenzierung = Scheidung, Trennung, z. B. Klassendifferenzierung.

Diktatur = eine mit niemand geteilte und sich unmittelbar auf die bewaffnete Gewalt stützende Macht.

Doktrin = Lehre, Lehrsatz.

dokumentarisch = urkundlich, mit unerschütterlichen Tatsachen belegt.

Eklektizismus = prinzipienlose philosophische Richtung, die aus den verschiedensten Systemen etwas herauswählt (ohne einheitlich festgehaltenen Grundgedanken).

Evolution = Entwicklung.

Exekutivgewalt = Vollzugsgewalt.

Expropriation = Enteignung.

Exzeß = Ausschreitung.

Fazit = Ergebnis.

Formation = Gebilde.

Gentilorganisation = gesellschaftliche Organisation nach Geschlechtern oder Stämmen.

Heroismus = Heldentum.

herostratisch = nach Art des *Herostratus*, eines Griechen, der um 350 vor unserer Zeitrechnung aus Ruhmsucht den berühmten Tempel seiner Vaterstadt Ephesus in Brand steckte, um, wie er aussagte, seinen Namen auf die Nachwelt zu bringen.

Ideologe = theoretischer Wortführer.

Illusion = Einbildung, Täuschung, Trugbild.

Illustration = bildliche Erläuterung.

Institution = Einrichtung.

isolieren = absondern, von jeder Beziehung abschließen.

kanonisieren = heiligsprechen

Klassizität = Mustergültigkeit.

Kollision = Zusammenprall.

Komplizierung = Verwicklung, Erschwerung.

Kontinent = Festland.

legitim = gesetzlich.

logisch = gedanklich folgerichtig.

Materialismus = in philosophischem Sinne die Weltanschauung, wonach das Stoffliche, die Materie, die Natur den Ursprung alles Seins bildet, der Geist dagegen, also Bewußtsein und Denken, nur eine Erscheinungsform der Materie ist (Gegensatz: Idealismus).

Munizipalität = Stadt oder Gemeinde als Selbstverwaltungskörperschaft.

Nimbus = Heiligenschein.

paradox = scheinbar widerspruchsvoll.

Parasit = Schmarotzer.

pedantisch = kleinlich genau.

philiströs = spießbürgerlich.

Phraseologie = die Lehre von den einer Sprache eigentümlichen Redensarten; Sammlung von Redensarten.

plastisch = körperlich-greifbar, bildhaft.

Popularisierung = volkstümliche, gemeinverständliche Darstellung.

Prägnanz = auf die kürzeste Formel gebrachte Genauigkeit.

privilegiert = bevorrechtet.

Quasi-Sozialismus = Scheinsozialismus

reduzieren = zurückführen, einschränken.

Renegat = Abtrünniger.

Repräsentationsgelder = Aufwands-gelder.

Repräsentativstaat = Staat mit sogenannter Volksvertretung.

Repressionsgewalt = Unterdrückungsgewalt, Unterdrückungsapparat.

reprimieren = unterdrücken.

Resultat = Ergebnis.

sophistisch = mit Trugschlüssen beweisend.

Stagnation = Stillstand, Versumpfung.

suggestieren = eingeben, beeinflussen.

Surrogat = Ersatz.

Terminologie = Gesamtheit der Fachausdrücke einer bestimmten Wissenschaft oder Kunst.

tolerant = duldsam.

trivial = platt, seicht.

Utopie = Hirngespinnst; eingebildetes, auf keinerlei konkreter Grundlage beruhendes Ziel.

versimpeln = allzusehr vereinfachen.

Zitat = Belegstelle, angeführter Auszug aus einem Buch oder einer Rede.

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT ZUR ERSTEN RUSSISCHEN AUFLAGE	5
VORWORT ZUR ZWEITEN RUSSISCHEN AUFLAGE	6
I. Kapitel: KLASSENGESELLSCHAFT UND STAAT	7—22
1. Der Staat — ein Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassen- gegensätze	7
2. Besondere Formationen bewaffneter Menschen, Gefängnisse usw.	10
3. Der Staat — ein Werkzeug zur Ausbeutung der unterdrückten Klasse	13
4. Das „Absterben“ des Staates und die gewaltsame Revolution	17
II. Kapitel: STAAT UND REVOLUTION. DIE ERFAHRUNGEN VON 1848—1851	22—35
1. Der Vorabend der Revolution	23
2. Ergebnisse der Revolution	27
3. Marx' Fragestellung im Jahre 1852	33
III. Kapitel: STAAT UND REVOLUTION. DIE ERFAHRUNGEN DER PARISER KOMMUNE VON 1871. DIE ANALYSE VON MARX	36—56
1. Worin bestand der Heroismus des Versuchs der Kommunarden?	36
2. Wodurch soll die zerschlagene Staatsmaschinerie ersetzt werden?	40
3. Aufhebung des Parlamentarismus	45
4. Organisierung der Einheit der Nation	51
5. Vernichtung des Schmarotzers Staat	54
IV. Kapitel: FORTSETZUNG: ERGÄNZENDE ERLÄUTERUNGEN VON ENGELS	57—80
1. „Zur Wohnungsfrage“	57
2. Polemik gegen die Anarchisten	59
3. Ein Brief an Bebel	63
4. Kritik des Entwurfs des Erfurter Programms	66
5. Die Einleitung zu Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich“ vom Jahre 1891	73
6. Engels über die Überwindung der Demokratie	78
V. Kapitel: DIE ÖKONOMISCHEN GRUNDLAGEN FÜR DAS AB- STERBEN DES STAATES	81—100
1. Die Fragestellung bei Marx	81
2. Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus	83
3. Die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft	89
4. Die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft	93
VI. Kapitel: DIE VERFLACHUNG DES MARXISMUS DURCH DIE OPPORTUNISTEN	101—118
1. Plechanows Polemik gegen die Anarchisten	101
2. Kautskys Polemik gegen die Opportunisten	103
3. Kautskys Polemik gegen Pannekoek	110
NACHWORT ZUR ERSTEN AUFLAGE	119
ERLÄUTERUNGEN	120
ERKLÄRUNG DER FREMDWÖRTER	131

MARXISTISCHE BIBLIOTHEK

Band I

N. LENIN

Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus

Neue, vom Lenin-Institut Moskau autorisierte Ausgabe
Der erste Band der Einzelausgaben der Lenin-Werke

128 Seiten

Ganzleinen M 2,50

Band II

N. BUCHARIN

Die politische Ökonomie des Rentners

Die Wert- und Profittheorie der österreichischen Schule
Die methodologischen Grundlagen der Grenznutzentheorie und des Marxismus
Die Werttheorie / Die Profittheorie

200 Seiten

Ganzleinen M 4,—

Band III

FRIEDRICH ENGELS

Ludwig Feuerbach

und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie

Mit einem Anhang: Quellenmaterial zum Marx-Engels-
schen Materialismus

Herausgegeben, mit Vorwort und Anmerkungen versehen von Dr. H. Duncker
AUS DEM INHALT: Von Hegel zu Feuerbach / Idealismus und Materialismus / Feuerbachs
Religionsphilosophie und Ethik / Der dialektische Materialismus / Karl Marx, Thesen über
Feuerbach / Fr. Engels, Ausgelassenes aus „Feuerbach“ / Fr. Engels, Ueber historischen Materialismus

124 Seiten

Ganzleinen M 2,50

Band IV

Karl Marx als Denker, Mensch und Revolutionär

Ein Sammelbuch, herausgegeben von D. Rjazanov

AUS DEM INHALT: Friedrich Engels: „Karl Marx“, Rede am Grabe Marx' / Eleanor Marx
„Karl Marx“ / Karl Marx: „Die Revolutionen von 1848 und das Proletariat“ (eine von Rjaza-
nov entdeckte und zum erstenmal veröffentlichte Rede am vierten Jahrestag der Zeitung
„Peoples Paper“ / Plechanow: „Karl Marx“ („Iskra“ vom 1. 3. 1903) / Franz Mehring:
„Karl Marx und das Gleichnis“ / Rosa Luxemburg: „Stillstand und Fortschritt im Marxis-
mus“ / Lenin: „Der Marxismus“ / Leßner: „Erinnerungen eines Arbeiters an Karl Marx“
Wilhelm Liebknecht: „Marx und die Kinder“ / Rjazanov: „Marx' Bekenntnisse“

163 Seiten

4 Bilder

Ganzleinen M 3,50

Band V

J. STALIN

Probleme des Leninismus

Zweite, durchgesehene, vom Verfasser autorisierte
Ausgabe

Dieses Werk enthält eine Sammlung wichtiger Beiträge und Aufsätze zu den Problemen
des Leninismus. In der Stalin eigenen prägnanten Art behandelt er die Fragen der Partei,
der Klasse, des Bauerntums, der Nep, die Nationalitätenfrage, die Frage der Erweiterung
der Demokratie, die Frage, ob der Aufbau des Sozialismus in einem Lande möglich ist usw.

425 Seiten

Ganzleinen M 5,—

Band VI

J. STALIN

Auf dem Wege zum Oktober

Reden und Artikel vom Februar bis Oktober 1917

Diese Artikel, Reden und Aufsätze Stalins sind ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der Oktoberrevolution. Sie geben ein Bild der Entwicklung jener gewaltigen Umwälzung, geschildert von einem der nächsten Mitarbeiter Lenins

254 Seiten

Ganzleinen M 3,50

Band VII

KARL MARX

Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte

Neue ergänzte Ausgabe, mit einem Vorwort von Engels

Herausgegeben und eingeleitet von D. Rjazanov

Diese neue von Rjazanov herausgegebene Ausgabe bringt einen ergänzten Text der zweiten Auflage sowie umfangreiche Erläuterungen und eine Zeittafel

160 Seiten, 2 Bildtafeln

Ganzleinen M 3,—

Band VIII

N. LENIN

Agitation und Propaganda

Der zweite Band der Einzelausgaben der Lenin-Werke

AUS DEM INHALT: *Agitation und Propaganda in der Periode der Vorbereitung der Revolution von 1905 / Agitation und Propaganda in den Jahren der Reaktion / Agitation und Propaganda in der Periode des imperialistischen Krieges / Agitation und Propaganda in der Periode zwischen der Februar- und Oktoberrevolution / Agitation und Propaganda in der Periode der Diktatur des Proletariats*

erscheint in Kürze. Etwa 250 Seiten

Ganzleinen etwa M 3,50

Band IX

N. BUCHARIN

Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals

Zweite Auflage

AUS DEM INHALT: *Die erweiterte Reproduktion in der abstrakten kapitalistischen Gesellschaft / Geld und erweiterte Reproduktion Die allgemeine Theorie des Marktes und die Krisen / Die ökonomischen Wurzeln des Imperialismus*

Sonderdruck aus der Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“

127 Seiten

Ganzleinen M 3,—

Band X

N. LENIN

Über Gewerkschaften

Der dritte Band der Einzelausgaben der Lenin-Werke

Der vorliegende Sammelband enthält das Grundlegendste, was Lenin über die Gewerkschaften, sowohl in der Epoche des Zarismus, wie nach dem Siege der proletarischen Diktatur geschrieben und gesagt hat

180 Seiten

Ganzleinen M 3,—

Band XI

TH. ROTHSTEIN

Beiträge

zur Geschichte der Arbeiterbewegung in England

AUS DEM INHALT: *Die Epoche des Chartismus / Verkünder des Klassenkampfes vor Marx Aus der Vorgeschichte der Internationale / Die Periode des Trade Unionismus*

Erscheint Anfang April 1929

Umfang 464 Seiten

Ganzleinen M 5,50

Band XIII THALHEIMER—DEBORIN

Spinozas Stellung

in der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus

Reden und Aufsätze zur Wiederkehr seines Todestages

Mit einer Einleitung von Hermann Duncker

INHALT: Thalheimer: Die Klassenverhältnisse und Klassenkämpfe in den Niederlanden zur Zeit Spinozas, Debordin: Die Weltanschauung Spinozas, Thalheimer: Spinozas Einwirkung auf die klassische deutsche Literatur

118 Seiten

Ganzleinen M 3,—

Band XIV

A. THALHEIMER

Einführung in den dialektischen Materialismus

Sechzehn Vorträge, gehalten an der Sun Yat-sen-Universität Moskau

191 Seiten

Ganzleinen M 3,—

Band XV

J. LUPPOL

Lenin und die Philosophie

Zur Frage des Verhältnisses der Philosophie zur Revolution

Erscheint Ende April 1929. Umfang etwa 240 Seiten.

Ganzl. etwa M 3,50

Band XVI

L. KRITZMANN

Die heroische Periode der russischen Revolution

(Versuch einer Analyse des sogenannten Kriegskommunismus)

Veröffentlichung der Kommunistischen Akademie Moskau (Band 3)

AUS DEM INHALT: Der Mechanismus der Revolution / Die Entwicklung der Revolution unter dem Einfluß der inneren Kräfte / Die Einmischung der äußeren Kräfte / Der sozialistische Aufbau / Das proletarisch-naturwissenschaftliche System und die Anarchie in ihm / Legale und illegale Oekonomie / Der Sowjetbureaukratismus / Der Verfall der Produktivkräfte, seine Ursachen und Auswirkungen / Die Ergebnisse des Bürgerkrieges / Drei Jahre „neuer ökonomischer Politik“ des Proletariats der UdSSR.

(i. V., erscheint Mai 1929). Etwa 350 Seiten

Ganzleinen etwa M 5,

Band XVII

PROF. M. N. POKROWSKI

Historische Aufsätze

Ein Sammelband

Veröffentlichung der Kommunistischen Akademie Moskau (Band 1)

AUS DEM INHALT: Die Aufgaben der Gesellschaft Marxistischer Historiker / Vorwort zum Sammelwerk „Die russische historische Literatur vom Klassenstandpunkt aus gesehen“ Die Entente / Lamartine, Cavaignac und Nikolaus I. / Die Stolypin-Aera

170 Seiten

Ganzleinen M 3,—

Band XVIII

N. LENIN—G. PLECHANOW

L. N. Tolstoi im Spiegel des Marxismus

Ein Sammelband

Veröffentlichung der Kommunistischen Akademie in Moskau (Band 2)

AUS DEM INHALT: Lenin: Lew Nikolajewitsch als Spiegel der russischen Revolution Lenin: Lew Tolstoi und seine Epoche / G. Plechanow: Von hierher — bis dahin / G. Plechanow: Begriffsverwirrung / G. Plechanow: Karl Marx und Lew Tolstoi / Anmerkungen

128 Seiten, 5 Bildtafeln

Ganzleinen M 3,50

Weitere Bände von Marx, Engels, Lenin, Plechanow, Bucharin und anderen in Vorbereitung

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK

BERLIN SW 61, PLANUFER 17



W7-BCE-258

